

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis halbjährlich: 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. (incl. Post- und Einlege-Kosten).
 Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags- und Feiertags-Beilage.
 Die Redaktion ist an der Post-Adresse: Berliner Volksblatt, Postfach 10, Berlin, W. 10.
 Abonnement-Preis für den Ausland: 3.00 Mk. (incl. Post- und Einlege-Kosten).
 Die Redaktion ist an der Post-Adresse: Berliner Volksblatt, Postfach 10, Berlin, W. 10.
 Abonnement-Preis für den Ausland: 3.00 Mk. (incl. Post- und Einlege-Kosten).
 Die Redaktion ist an der Post-Adresse: Berliner Volksblatt, Postfach 10, Berlin, W. 10.

Die Insertions-Gebühr
 Berechnet für die sechsstelligen Nummern, die in den ersten 10 Tagen des Monats für politische und gewerbliche Anzeigen und Sonntags-Beilage. 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt, die in den ersten 10 Tagen des Monats für politische und gewerbliche Anzeigen. Jedes weitere Wort 10 Pf. (incl. Post- und Einlege-Kosten).
 Die Redaktion ist an der Post-Adresse: Berliner Volksblatt, Postfach 10, Berlin, W. 10.

Erscheint täglich außer Montags.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 14. Januar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Wer herrscht in Deutschland?

Die Antwort auf diese Frage ist durch den Gang der neueren deutschen Geschichte so oft gegeben worden und wird noch jeden Tag durch jedes wichtigere politische Ereignis so unzweideutig gegeben, daß bald jedes Kind in Deutschland antwortet: das preussische Junkertum! Wer über das Herrschaftsverhältnis des Deutschen Reiches zum ostelbischen Preußen noch im Zweifel sein sollte, möge die Verhandlungen des Deutschen Reichstags vom gestrigen Montag nachlesen und zwar die Rede des Genossen Richard Fischer zum Etat des Reichsamts des Innern.

Genosse Fischer teilte unter großer Spannung des ganzen Hauses mit, daß der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Herr Delbrück, entwürdigende Vorträge zum preussischen Minister des Innern gemacht habe, um die Zustimmung dieses Gewaltigen zu dem einstimmigen Votum des Reichstages für Einführung einheitlicher Wahlurnen zu erlangen. Aber der ehemalige Kanalarbeiter v. Dallwitz rebelliert noch heute gern, wenn es gegen Reichstag und Reichsregierung geht: er stimmt nicht zu! Der Auge Herr Delbrück erkennt die Stimmung des Reichstages. Er hat die Einmütigkeit selbst der bürgerlichen Parteien in dieser Frage miterlebt. Er weiß ferner, daß kleine Geschenke die Freundschaft erhalten, und daß die bürgerlichen Parteien, besonders die liberalen, aber das kleine Geschenk der Wahlurnen hochbeglückt sein würden. Und so beschwört Herr Delbrück seine „nachgeordneten“ Kollegen in Preußen, doch in dieser Frage nachzugeben. Aber Herr v. Dallwitz bleibt ungerührt! Herr Delbrück zieht das stärkste Register: die Reichsregierung möchte den Wunsch des Reichstages jetzt erfüllen, damit es kurz vor den Wahlen nicht so aussehe, als habe sie sich die Zustimmung zu dem Beschluß des Reichstages „abringen“ lassen. Aber Herr v. Dallwitz läßt sich durch kein Bitten und kein Drohen erweichen. Er ist ein ostelbischer Junker, der weiß, was er will und was er junkertischen Wahlinteressen schuldig ist. So bescheidet er die deutsche Reichsregierung, den Staatssekretär und den Reichskanzler dahin, daß die großen Schwierigkeiten, die die Einführung der Wahlurnen verursachen würden, der preussischen Regierung die Zustimmung unmöglich machen.

Kein Wort über diese faule Ausrede! Kein Wort auch in diesem Zusammenhang über die Sache selbst, sie wird schon noch zu geeigneter Zeit ihre weitere parlamentarische und öffentliche Erörterung finden. Genosse Fischer hat die Enthüllung, die allgemein größtes Aufsehen erregen wird und zu den bevorstehenden preussischen Landtagswahlen recht gelegen kommt, auch nicht um ihrer selbst willen und aus Sensationslust dem Reichstag unterbreitet, sondern sie sollte nur an einem augenfälligen und krassen Beispiel zeigen, daß die deutsche Reichsregierung nur ein klägliches Vordientendasein im Interesse der preussischen Junkerinteressen führt und daß man sich daher von einer solchen Regierung auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik keinerlei Taten versprechen darf. Wenn die deutsche Reichsregierung nicht einmal in einer solchen untergeordneten Frage der Wahltechnik ihren bescheidenen Willen durchsetzen kann, wie soll sie ihn — falls sie ihn überhaupt besäße — bei den viel wichtigeren und ernstlicheren Fragen des Arbeiterkampfes, des Koalitionsrechts, der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Staatsbetrieben durchsetzen!

Bildete diese bedeutame Mitteilung des Genossen Fischer in politischer Beziehung den Höhepunkt seiner Rede, so waren seine Ausführungen doch auch im übrigen reich an wertvoller Kritik der stagnierenden Sozialpolitik des Deutschen Reiches. Er geißelte die Scharfmacherrede des Herrn Delbrück, die er bei der Interpellation über das Koalitionsrecht gehalten hat, mit der nötigen Schärfe; er stellte die Urfragen über den angeblichen Schutze der nationalen Arbeit durch Zollschutz und Schutz der Unternehmerinteressen in das richtige Licht und zeigte, daß die schönen Redensarten nur die Sorge um den Schutz des Geldbeutels der Kapitalisten schamhaft verbergen sollen; er dachte an Einzelbeispielen den sozialen Geist der herrschenden Klasse auf, wie er sich in erbärmlicher Bezahlung von Beamten und Arbeitern und in hochwühlerischer Geringschätzung des Mittelstandes und der darunter lebenden Volksmassen offenbare; er trat in beredter Weise für das volle Koalitionsrecht der Arbeiter und Beamten in Staatsbetrieben ein, da es für das wirtschaftliche Verhältnis des Arbeiters zum Arbeitgeber ganz gleich sei, ob der Arbeitgeber ein Privatunternehmer oder der Staat sei.

Zum Schluß behandelte Genosse Fischer die päpstliche Enzyklika über die christlichen Gewerkschaften. Waren bei den Enthüllungen Fischers über die Abhängigkeit Deutschlands von Preußen Herr Delbrück und seine „nachgeordneten“ Unterleiten in große Aufregung und Verwirrung geraten, so wirkten seine Bemerkungen über die Scharfmacherei des Papstes auf das Zentrum wie das brennende Sodom und Gomorra auf Lot. In verlegenem Schweigen, ohne sich zu rühren, weder durch eine Kundgebung des Widerspruches noch durch ein befreiendes Lachen, so sahen die Herren vom Zentrum da. Nur der „Berliner“ Gewerkschaftler Hoffmann wagte einmal ein Wort des Widerspruches, als Fischer von dem schamlosen Verrat der Berliner Fachabteilungen an den Arbeiter-

interessen im Saargebiet sprach. Aber die stürmische Zustimmung unserer Fraktion zu Fischers scharfer Kennzeichnung brachte den sonderbaren Arbeitervertreter schnell zum Schweigen, zumal ihn aus seiner eigenen Fraktion auch nicht ein leises Wortlein, nicht ein noch so schüchternes ermunterndes Zuruf unterstützte.

Sofort nach dem Genossen Fischer meldete sich der Staatssekretär Delbrück zum Wort. Sachlich wollte er erst später auf die Rede eingehen, für heute müsse er nur ein Wort über den Vertrauensbruch sagen, dem Fischer seine Enthüllung verdanke. Er müsse sich lediglich dagegen verwahren, denn auf eine Mitteilung einzugehen, die nur durch Vertrauensbruch zur Kenntnis des Abgeordneten gekommen sein könne, entspreche nicht der Haltung, die die Regierung vor dem Reichstage habe.

Aber Genosse Fischer blieb die Antwort auf diese ebenso geschwollene wie verlegene Ausflucht nicht schuldig. Er habe vorausgesehen, daß die Regierung sich in Würde und Vornehmheit hüllen werde. Aber das mache keinen Eindruck auf ihn, denn dieselbe Regierung, die sich gegen einen Vertrauensbruch so feierlich verwahre, gebe jährlich Tausende und Aber-tausende von Mark aus, um durch die organisierte Polizeispionage brave Arbeiter zum Vertrauensbruch zu verleiten und auf diese Weise geheime Mitteilungen über die Arbeiterbewegung zu erlangen.

Der Sieb sah, und Herr Delbrück hielt es vorläufig für ratsamer, zu schweigen. In lebhafter Erregung ging damit die Sitzung zu Ende.

Bevor der Etat des Reichsamts des Innern zur Erörterung gelangt war, hatte der Reichstag die ersten Lesungen zweier Gesetzesentwürfe erledigt und beide Entwürfe besonderen Kommissionen überwiesen. Von größerer sozialpolitischer Bedeutung ist der Gesetzesentwurf über das Verfahren gegen Jugendliche, dessen Unzulänglichkeit der Staatssekretär des Reichsjustizamts in unzulänglicher Weise angeklagt zu rechtfertigen versuchte. Von unserer Seite kritisierte Genosse Sidhagen die Mangelhaftigkeit des Entwurfs; aber auch auf bürgerlicher Seite war man mit der Vorlage nur wenig zufrieden. Sogar zwei leibhaftige Universitätsprofessoren, v. Caller (natl.) und v. Lissl (freis.), fanden in dieser Frage, für die sie Sachkenntnis mitbringen, schärfere Worte der Kritik.

Ein Gesetzesentwurf zur Ausführung der internationalen Pariser Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums wurde ohne nennenswerte Debatte der Kommission überwiesen.

Landtagsneuwahlen im Mai?

Nach Gerüchten, die im Abgeordnetenhaus verbreitet wurden, soll die Regierung beabsichtigen, die Neuwahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus bereits im Mai stattfinden zu lassen. Es soll für die Urwahlen der 14. Mai und für die Abgeordnetenwahlen der 2. Juni als Termin in Aussicht genommen sein. „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und „Reichsanzeiger“ bringen einseitigen noch keine Bestätigung dieser Nachricht.

Die derzeitige 21. Legislaturperiode läuft am 25. Juli 1913 ab. Die letzten Wahlen fanden am 3. Juni (Wahlmännernwahlen) und am 16. Juni (Abgeordnetenwahlen) 1908 statt. Das Abgeordnetenhaus trat am 26. Juni 1908 zu seiner ersten Session zusammen.

Die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus könnten auch dann im Mai stattfinden, wenn das derzeitige Abgeordnetenhaus noch bis in den Mai hinein tagte. Auch im Jahre 1908 erfolgte die Auflösung des Abgeordnetenhauses erst am 1. Juni, während die Urwahlen bereits am 3. Juni stattfanden. Die Verfassung bestimmt lediglich, daß der König entweder die Kammern gemeinsam oder auch nur eine der Kammern auflösen kann, und daß in diesem Falle innerhalb eines Zeitraumes von 60 Tagen nach der Auflösung die Wähler und innerhalb eines Zeitraumes von 90 Tagen nach der Auflösung die Kammern versammelt werden müssen. Eine Mindestfrist zwischen der Auflösung der Kammern und dem Termin der Neuwahlen ist nicht vorgesehen.

Selbst dann also, wenn eine offizielle Bestätigung über den von der Regierung in Aussicht genommenen Wahltermin nicht erfolgen sollte, werden die Genossen im Lande gut tun, sich auf einen frühzeitigen Wahltermin vorzubereiten!

Die Balkankrise.

Zwischen Krieg und Frieden.

London, 13. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Eifer, mit dem die Balkanstaaten und die Türkei die Stimmungsmache betreiben, deutet darauf hin, daß die langwierigen Verhandlungen zu Ende gehen und die Entscheidung bevorsteht, die entweder die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten oder wahrscheinlicher den Frieden bringen wird.

Mesjid Pascha hat gemäß den diplomatischen Gepflogenheiten einem Interviewer erklärt, die ottomanischen Delegierten würden heute oder morgen abreisen, wenn die Mächte nicht vermittelten oder die Verbindeten nicht den Wunsch zur Wiedereinberufung der Konferenz äußerten. Diese und ähnliche Erklärungen sind aber kaum tragisch zu nehmen. Die Entscheidung hängt jetzt offenbar vom Entschluß des Großen Rats ab, den das türkische Kabinett auf heute oder morgen zusammenberufen hat. Nach übereinstimmenden Nachrichten aus Konstantinopel soll der Große Rat für den Krieg sein. Es heißt sogar, daß die Einberufung erfolgt sei, um der Note der Mächte zuvorzukommen, so daß also die Türken dem Beispiel der Montenegreiner zu Anfang des Krieges zu folgen gedenken. Die „Times“ meinen dazu, daß die verantwortlichen türkischen Staatsmänner kaum diesen törichten Schritt tun würden, da sie sehen müßten, wie viele gierige Augen auf die asiatischen Besitztümer der Türkei gerichtet sind.

Zu bezug auf den rumänisch-bulgarischen Streit meint das Blatt, daß man Grund zur Annahme habe, daß dieser ohne viel Mühe und Verzögerung überwunden werden würde. In anderen Blättern findet man ähnliche Anschauungen. Dr. Dillon veröffentlicht heute im „Daily Telegraph“ einen friedfertigen Brief von Herrn Jonescu, in dem dieser versichert, daß die rumänische Regierung dem bulgarischen Vertreter in Bukarest nicht mit Befehlung der Dobrudscha gedroht, daß von einem Ultimatum nie die Rede gewesen und daß der rumänische Minister Jilescu nur zum Vergnügen nach Konstantinopel gefahren sei. Offenbar hat König Karl gefunden, daß die Macht seiner Sintermänner für die rumänische Erpresseroperation nicht ausreicht.

Verzögerung der Intervention.

Konstantinopel, 13. Januar. Die Botschafter haben einander Besuche abgetauscht und sich gegenseitig die Ansichten ihrer Regierungen mitgeteilt, doch besitzen sie noch keine ausreichenden Instruktionen für die Gesamtsitzung, in der der endgültige Text der Kollektivmitteilung verfaßt werden soll. Infolgedessen weiß man noch nicht, ob die Mitteilung der Mächte übermittelt werden kann. Man glaubt in diplomatischen Kreisen, daß die Aktion der Mächte durch die bulgarisch-rumänische Frage verzögert worden sei, denn eine eventuelle Aktion Rumaniens könnte die Situation ändern. Es wird auch erklärt, daß über den endgültigen Text der Mitteilung nicht in London, sondern in Konstantinopel Beschluß gefaßt werden würde, da hier die Botschafter kompetenter seien, eine passende Formel zu finden.

Dagegen meldet Reuters Bureau aus London, die seit einigen Tagen durch die Botschafter in Konstantinopel vorbereitete Note werde durch die Kollektivnote ersetzt werden, die am Freitag durch die Botschafter in London im Laufe ihrer Besprechung redigiert worden ist. Der Text ist am Freitagabend an die verschiedenen Hauptstädte telegraphiert und damit den Regierungen zur Billigung unterbreitet worden.

Bulgarien und Rumänien.

Paris, 13. Januar. Zu dem bulgarisch-rumänischen Streit meldet der Londoner Sonderberichterstatter des „Matin“, der bulgarische Delegierte Danew habe ihm erklärt, er verbürge sich dafür, daß man sich nicht zu unruhigen brauche. Bulgarien und Rumänien würden sicher zu einer Verständigung gelangen. Von dem rumänischen Minister Jonescu habe der Korrespondent erfahren, daß der bulgarische Ministerpräsident Gecow der rumänischen Regierung mitgeteilt habe, er wünsche lebhaft eine Verständigung und habe in diesem Sinne an Danew nach London Weisungen gelangen lassen.

Keinen Krieg wert!

London, 13. Januar. Die „Times“ vertritt die Ansicht, daß die Fragen betreffend Adrianopel und die Ägäischen Inseln, wie die Fragen der Kompensationen für Rumänien und der Abgrenzung Albaniens durch die Großmächte gelöst werden könnten. Das Blatt sagt: daß keine dieser Fragen die Opfer und Gefahren wert seien, denen alle beteiligten Mächte durch eine Erneuerung des Krieges ausgesetzt würden. Es sei kaum denkbar, daß die Türkei oder die Verbindeten den Krieg wieder aufnehmen würden wegen eines Arrangements, das gänzlich von dem Willen anderer abhängen müsse. Als die Verbindeten die Verhandlungen begannen, verkündeten sie mit erstauulichem Selbstvertrauen, daß die Zukunft der Balkanhalbinsel lediglich eine Frage der Balkanmächte sei. Sie tiefen Europa stolz ein „Hände-weg“ zu und erklärten, daß sie allein mit der Türkei abrechnen würden. Die Erfahrung habe sie gelehrt, daß diese Pose keinen Zweck hat. Sie alle erkennen jetzt an, daß in mehrfacher Hinsicht die endgültige Entscheidung bei Europa liege, und alle seien jetzt sehr bemüht, Europa zugunsten ihrer eigenen Bestrebungen zu beeinflussen.

Einberufung des türkischen „Großen Rats“.

Konstantinopel, 13. Januar. Auch heute fand auf der Bforte unter Vorsitz des Großwesirs ein Ministerrat

Koff, der über die Lage beriet, hauptsächlich über Telegramme der türkischen Friedensbevollmächtigten und der türkischen Botschafter. Trotz offizieller Erklärungen, die, wie es heißt, auch den hiesigen Botschaftern gegenüber wiederholt worden sind, daß die Worte in der Frage bezüglich Adrianopels und der Megaischen Inseln niemals nachgeben könne, erfüllt der bevorstehende Kollektivschritt der Mächte die Worte mit ernster Besorgnis. Die Regierung ist durch ihre bisher befolgte Haltung demnach festgelegt, daß sie anherkande zu sein scheint, für die ernsten Entscheidungen; Krieg oder Zurückweichen vor dem Willen Europas die Verantwortung zu übernehmen. Der heutige Ministerrat beriet über einen Vorschlag des Großwesirs, eine große Versammlung einzuberufen, die alle hohen zivilen, militärischen und kirchlichen Würdenträger, darunter die Häupter der nichtmuselmanischen Gemeinschaften, umfassen soll, ferner die hervorragendsten Senatoren und mehrere ehemalige Minister. In dieser Versammlung will die Regierung alle Phasen des Krieges sowie die gegenwärtige militärische und diplomatische Lage auseinandersetzen, und die Versammlung soll dann ihre Meinung darüber aussprechen, welchen Entschluß die Türkei fassen solle. Eine ähnliche Versammlung fand vor dem russisch-türkischen Kriege 1877 statt. Eine endgültige Entscheidung über den Vorschlag wurde noch nicht gefaßt.

Die Bedeutung des Großrats.

Adn, 13. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Ein offizielles Berliner Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ vom 13. Januar besagt:

„Die Nachricht von der Einberufung der Nationalversammlung zur Entscheidung über die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten, die über Sonntag von Konstantinopel eingetroffen ist, stellt die Geduld auf eine neue Probe. Sie braucht aber kein ungünstiges Zeichen zu sein. Der Entschluß zeigt, daß Romil die Entscheidung auf eine bessere Grundlage stellen will und ein anderer Grund mag vielleicht der sein, daß man wieder einmal Zeit zu gewinnen wünscht. Wenn auch wahrscheinlich die Teilnehmer an der Nationalversammlung zum größten Teil in Konstantinopel wohnen, so werden diese zum Teil auch erst aus den Provinzen eintreffen müssen, und darüber kann noch einige Zeit hingehen. Man muß nun den Beschluß dieser Nationalversammlung abwarten. Unterdessen ist die Gesamtheit der Mächte sowohl gefördert worden, daß die Note wohl heute von der Botschafterversammlung in London auf Grund der mutmaßlich allen Großmächten eingegangenen Annahmeerklärung zum letzten Entwurf beschlossen wird. Dann kann die Heberzeugung morgen erfolgen.“

Ueber die Stimmung in Konstantinopel telegraphiert der Berichtshatter der „Kölnischen Zeitung“: „Die Lokalpresse begrüßt sympathisch den Vorschlag des Großwesirs, eine Nationalversammlung wie im Jahre 1876 in das Palais einzuberufen. Die Versammlung soll sich aus Senatoren, hohen Würdenträgern und Militärs, Klern, Großkaufmännern und Bankiers zusammensetzen, der die Frage, die seit dem Kriege aufgelaufen ist, unterbreitet werden soll. Besonders soll sie abstimmen, ob Frieden geschlossen oder weitergekämpft werden soll.“

Zuverlässigere Beurteilung.

Konstantinopel, 13. Januar. Trotz der einstimmigen Erklärungen der türkischen Presse und trotz der von den Regierungsfreien ausgehenden Parole, daß die türkischen Bevollmächtigten London verlassen sollen, falls in der Frage Adrianopels ihre Bedingung nicht zugestanden wird, ist man in diplomatischen Kreisen noch mehr als bisher überzeugt, daß die türkischen Bevollmächtigten London nicht verlassen werden und daß man die Feindseligkeiten nicht wieder aufnehmen wird. Ebenso zutreffend ist es aber, daß die türkischen Truppen in Thessalonika und Gallipoli schon Verstärkungen erhalten haben und alle Vorbereitungen treffen, um für jede Eventualität bereit zu sein.

Die Delegierten bleiben.

London, 13. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, verlängern die Delegierten der Balkanstaaten ihren Aufenthalt in London nur aus Rücksicht auf die Großmächte und in der Hoffnung, daß die Note der Mächte in Konstantinopel Früchte tragen und die Haltung der Türken sich in einigen Tagen ändern werde. Andernfalls würden die Delegierten, wie sie sagen, gezwungen sein, London zu verlassen, und die Feindseligkeiten würden wieder aufgenommen werden.

Die Gefahr für Kleinasien.

Konstantinopel, 13. Januar. Da im Falle der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten eine Aktion der griechischen Flotte gegen die Kleinasienische Küste befürchtet wird, wurden beträchtliche Truppenverstärkungen nach den wichtigsten Städten des Bilolets Smyrna entsandt. Auch die Truppen von Gallipoli wurden durch Kurden und Araber erheblich verstärkt. Der zum Flottenkommandanten ernannte frühere Marineminister, Konteradmiral Halil, hat sich bereits nach den Dardanellen begeben. Er soll Instruktionen haben, sich für eine entscheidende Schlacht mit der griechischen Flotte bereitzubalten.

Eine Erklärung der deutschen Regierung.

Die „Nordd. Allg. Zeitung“ schreibt: „Die Hinweise einzelner Blätter auf noch nicht behobene Meinungsverschiedenheiten erscheinen unangebracht in einem Augenblick, wo der Friedenwille Europas sich für ein einheitliches Vorgehen in der Hauptfrage bewährt. Die der Worte zu überreichende Rolle ist nicht aus parteiischen Auffassungen hervorgegangen und gilt nicht der Ausübung eines ungeredeten Zwanges. Sie bedeutet einen freundschaftlichen, wenn auch ernsthaften Rat, der nichts enthält, was nach reiflicher Ueberlegung der Kabinette gegen die wohlwollenden Interessen der Türkei selbst verstößt, die doch für ihr künftiges Schicksal auf die mäßige Mithilfe der Großmächte rechnen. Auch die Besorgnis, daß die Arbeit der europäischen Diplomatie einseitig werden könnte, ist nicht geschicklich. Denn auch den Balkanstaaten gegenüber hat eine ausgleichende mildernde Tätigkeit der Mächte niemals ausgefehlt. Sie macht sich gegenwärtig unter anderem in den zwischen Rumänien und Bulgarien entstandenen Schwierigkeiten geltend, von denen wir hoffen, daß sie auf dem Wege diplomatischer Unterhandlungen eine Lösung finden werden.“

Die Rehabilitierung Paty de Clams

Paris, 11. Januar. (Fig. Ber.)

Es war einmal eine Zeit, wo die Ankläger des Hauptmanns Dreyfus als Hässcher und Verschörrer gegen die Republik für ewig aus dem Paradies der bürgerlich-demokratischen Amtshierarchie vertrieben sein sollten. Vor allem sollte jeglicher

„Säbel“, der sich dem „Reichswedel“ allzu sehr genähert hatte, endgültig ins alte Eisen geworfen werden. Nach dem selbstsamen Freiheits-, Wahrheits- und Gerechtigkeitskrieger General Galliffet unternahm der radikale Doktor General André wirklich so etwas wie die Demokratisierung der Armee und die Republikanisierung des Offizierskorps, letztere vermittelt der anrührenden freimaurerischen Auskunftszeitel. Dieser talentvolle Reformgeist des Radikalismus hat sich aber bald wieder beruhigt. Nicht nur besaßen die Kriegsgerichte noch immer fort wie zur Zeit der berühmten „Affäre“, auch der eine Zeitlang kaltgestellte Merkantilismus hat seinen Einfluß und seine Machtstellung in der Armee wiedergewonnen. Daran tragen aber nicht etwa die im Finstern herum-schleichenden Jesuiten die Schuld, sondern die Radikalen selbst, die ins nationalistische Orchester als Paukenschläger eingetreten sind. Der Militarismus hat seine eigene Logik und er hat auch seine besondere Tradition. Da sich die Radikalen aus Furcht vor dem Proletariat dem banalen Chauvinismus ergeben haben, der sich am militärischen Fiskus genug tut, so mußten sie es auch geschehen lassen, daß das reaktionäre Prätorianertum in die verlorenen Stellungen wieder einrückte.

Ihr eifrigster Helfer wurde dabei Herr Millerand. Es gibt Leute, die ihm aus diesem Anlaß seine Vergangenheit vorwerfen. Es handelt sich aber darum, welche Vergangenheit. Es ist richtig, daß Millerand, vom Vorkriegsminister kommend, eine längere Station beim Sozialismus gemacht hat und dabei sogar zu einem internationalen Problem geworden ist, aber er hat dann das Ministerium Combes und damit die Herrschaft des Linksblocks zu Fall gebracht und galt seither als eine der Hoffnungen der konservativen und antirepublikanischen Parteien. Es gab sogar Leute, die von Nachschichten mit irgend einer Prätorianerclique munterten. Sicher ist, daß er als Kriegsminister nicht nur die chauvinistische Stimmungsmache in der kleinbürgerlichen Masse und bei ihrem größtmöglichen Anhang durch die Einführung der militärischen Kapfenkreise in den Stragen betrieb, sondern auch bei der Besetzung der höheren Kommandoposten den kirchlichen Klängen gefördert hat. Die Proteste, die die um das Organ „Armée et Démocratie“ gescharten republikanischen Offiziere erhoben, blieben vergeblich und fanden nur in einem kleinen Teil der radikalen Presse ein Echo. Seit Agadir ist ja der Nationalismus Trumpf und von der „Veruhigungspolitik“, die die sozialkonservativen Politiker aller Parteien zusammenbringt, verprochen sich allerhand „Republikaner“ gute Geschäfte.

Die Wiedereinstellung des Oberstleutnants Paty de Clam, der nach der Aufhebung der Fällung Henrys, bei der er seine Hand im Spiele hatte, strafweise in die Reserve versetzt worden war und nach den gesetzlichen Bestimmungen nach Ablauf von fünf Jahren aus der Armeeliste hätte gestrichen werden müssen, als Landwehroffizier im Eisenbahn- und Stappendienst — liegt nun durchaus in der Linie dieser Entwicklung. Sie macht aber gleichwohl einen ungeheuren Verrat. Einmal darum, weil Paty de Clam wirklich ein ausgezeichneter, repräsentatives Exemplar der antirepublikanischen Militärlaste ist, dann aber ganz besonders, weil seine Ernennung genau eine Woche vor der Präsidentschaftswahl im „Officiel“ bekanntgegeben worden ist. Man sucht ihr unter diesen Umständen einen besonderen politischen Sinn unterzulegen. Ist sie ein Mittel, Herrn Poincaré die Stimmen der Rechten zu sichern? Die Wahlführer des Ministerpräsidenten weisen darauf hin, daß dieser ein über allen Zweifel erhabener „Drehfusard“ gewesen sei. Das will nun freilich nichts besagen, denn fürs gehabte gibt kein Drehfusard etwas. Millerand selbst war auch ein Drehfusard. Aber es ist sicher, daß Poincaré diese Stimmen der Rechtenpartei auch so bekommen hätte, denn seine Kandidatur ist, wie der Jungtribüne Vojson in den „Droits de l'homme“ ganz richtig sagte, im Grunde eine nationalistische und die Torheit, daß er einigen weniger sicheren nationalistischen Stimmen zuliebe seine Anhänger auf der Linken zu verschlingen riskiert hätte, ist ihm wahrlich nicht zuzutrauen. Es ist darum vollkommen glaubhaft, wenn eine halbhoftische Korrespondenz berichtet, Poincaré habe von der Wiedereinstellung Patys erst durch den „Officiel“ Kenntnis erhalten. In diesem Fall aber ist es sicher, daß Millerand Poincaré hat ein Bein stellen wollen. Es war ja vorauszu-sehen, daß die Verfügung im jetzigen Augenblick der Strömung auf der radikalen Linken zugute kommen würde, die sich gegen Poincaré und gegen die Politik der „nationalen“ Konzentration überhaupt richtet. Die Wiedereinstellung Patys sieht wie ein symbolischer Akt aus, der die Wiederkehr der konservativen Republik verkündet und so die Warnungsrufe der radikalen Radikaldemokraten bestätigt. Doch es ist der Lotengraber des Vioctregimes Millerand ist, der die demokratische Rettungsgesellschaft auf die Weine bringt, ist einer der Humore, an denen die parlamentarische Bourgeoisrepublik so reich ist. Es liegt auf der Hand, daß Millerand die Rehabilitierung des Paty ebenso gut 14 Tage vorher oder auch ein paar Tage nach der Präsidentschaftswahl hätte vornehmen können. Sie hätte aber dann nicht ihre Bombenwirkung gehabt. Millerand sollturierte offenbar so, daß Poincaré ihn nicht ausdrücklich desabouieren könne, ohne Wähler aus den gemäßigten Parteien an Ribot oder Deschanel zu verlieren und eben darum riskierte, daß die radikalen Verschwörer in den Conloirs irgend einen obstruktionistischen Kandidaten mit dem Mantel des Prinzips bekleiden.

Vielleicht steht der Coup Millerands auch mit jener anderen Intrige im Zusammenhang, die sich ihre Waffen mittels der Radikalführer in privatesten Angelegenheiten verschafft und die das Gemüth, daß die Gattin Poincarés, eine geschiedene Frau, eine „Vergangenheit“ habe und keine tugendhaften Monarchengeföhrinnen empfangen könne, zu einem bössartigen Skandal aufschwellen gemacht hat. Man sieht, mit welcher edlen Mitteln die erhabenste Staatshandlung der Bourgeoisrepublik vorbereitet wird.

Inlekt sei noch erwähnt, daß auch Millerand gar nicht selbst für die Wiedereinstellung des Paty verantwortlich sein will, sondern sich darauf beruft, daß sie schon unter — Herrn Messimy, dem radikalen Kriegsminister des Kabinetts Caillaux vorbereitet worden sei. Und das ist in der Tat richtig — nur daß Herr Messimy, der sich seither auch als Anführer der Rehrerhe hervorgetan hat, erklärt, er habe dem Paty im Augenblick der Agadirirthe wohl ein solches Versprechen gegeben, aber es nachher aus Gründen der politischen Opportunität nicht eingelöst. Was Herrn Millerand, der den offenbar in der Not des Vaterlandes unentbehrlichen kirchlichen Offizier in der Zeit der Balkankrise wieder einsetzt, vom Standpunkt auch der radikalen Moral rechtfertigt.

Die Demission Millerands.

Paris, 12. Januar. Im Verlaufe des heutigen Minister-

Kriegsminister Millerand nicht teilnahm, verlas Ministerpräsident Poincaré einen Brief des Kriegsministers, in dem es heißt:

„Die administrative Maßnahme, die ich traf, um eine Verpflichtung eines meiner Vorgänger einzulösen, der ich mich loyalerweise nicht entziehen konnte, hat Kommentare hervorgerufen, die der Angelegenheit einen politischen Charakter geben, den sie niemals bejah. Unter diesen Umständen halte ich es nach Rücksprache mit unseren Freunden für meine Pflicht, Sie zu bitten, meine Demission durch den Präsidenten der Republik genehmigen zu lassen.“

Nach der Verlesung des Briefes nahm Präsident Fallières die Demission Millerands an.

Kolonialminister Lebun ist zum Kriegsminister ernannt worden. An die Stelle Lebuns tritt der Unterstaatssekretär im Finanzministerium Besnard. Das Unterstaatssekretariat der Finanzen wird aufgehoben.

Paris, 12. Januar. Ministerpräsident Poincaré antwortete auf den Brief des zurückgetretenen Kriegsministers Millerand mit folgenden Worten: „Der Ministerrat bedauert einmütig, anderer Ansicht zu sein als Sie über die Maßnahme, die Sie ergriffen und für die Sie mit Ihrer gewohnten Loyalität die Verantwortung auf sich genommen haben. Der Präsident der Republik glaube insolgeßes, Ihre Demission, die Sie so spontan anboten, annehmen zu müssen. In dem Augenblicke, wo ich so unerwartet gezwungen bin, mich von Ihnen zu trennen, lassen Sie mich Ihnen sagen, daß ich niemals die wertvolle Mitarbeit vergessen werde, die Sie dem republikanischen und patriotischen Werke geleistet haben, dessen Bewirkung das Kabinett unter oft schwierigen Umständen durchzuführen suchte.“

Paris, 13. Januar. „Echo de Paris“ behauptet, Ministerpräsident Poincaré habe im gestrigen Ministerrat erklärt, daß, falls Millerand gehe, das ganze Kabinett demissionieren müsse. Fallières habe sich einer solchen Lösung jedoch entschieden widersetzt und bemerkt, daß eine Ministerkrise im gegenwärtigen Augenblick, wenige Tage vor der Wahl seines Nachfolgers heller Wahnsinn wäre. Diese Ansicht Fallières habe schließlich auch die Oberhand behalten. Das Blatt will ferner wissen, daß Poincaré gestern mehreren politischen Freunden gegenüber die Absicht ausgesprochen habe, auf seine Kandidatur für die Präsidentschaft zu verzichten. Er habe diese Absicht jedoch aufgegeben, als seine Freunde nachdrücklich betonten, daß er nicht das Recht habe, das ihnen gegebene Versprechen zurückzuziehen.

Paris, 13. Januar. Die Ernennung Lebuns zum Kriegsminister findet in der Presse ziemlich allgemeine Zustimmung. Man rühmt Lebuns methodischen Geist und seine ungewöhnliche Arbeitskraft. — Die Blätter erörtern auch heute eifrig die politische Seite der durch das Vorgehen Millerands hervorgerufenen Krise.

Paris, 13. Januar. In der Versammlung der demokratischen Linken des Senats wurde das Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Regierung so lange die reaktionäre Politik Millerands gebildet habe. Eine Resolution wurde nicht angenommen, nachdem Clemenceau erklärt hatte, es sei Sache des Kongresses, über die Haltung der Regierung ein Urteil zu fällen.

Paris, 13. Januar. Die unter dem Vorsitz des Senator Combes versammelte linksdemokratische Gruppe des Senats hat beschlossen, auf Grund gewisser Enthüllungen durch die Presse den Fall du Paty de Clam weiter zu untersuchen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 13. Januar 1913.

Keine Wahlreform — kein Notgesetz!

Auch der zweite Tag der Statdebatten des Abgeordnetenhauses schleppte sich ohne großes Interesse des Hauses und der nur spärlich besetzten Tribünen müde dahin. Die Taktik der Parteien geht offenbar dahin, heftige Zusammenstöße zu vermeiden und namentlich auch einer heftigen Jesuitenrede abzuweichen, die das Zentrum so gern provoziert hätte. Wie sehr es auf die Entfaltung konfessioneller Leidenschaften spekuliert und die Flamme des Jesuitentretes entfachen möchte, um dadurch seine Wähler von den wichtigen politischen Fragen und namentlich der wichtigsten aller Fragen der preussischen Politik, der Wahlrechtsfrage, abgulenken, das beweist auch seine eigenartige Taktik, in die zweite Serie der Redner gleich zwei Redner einzulassen. Wahrscheinlich würde es dann, wenn es seinem Redo- und Hebbedürfnis genügt hätte und drei Zentrumszedner zu Worte gekommen wären, schlussendlich mit für einen Schlussantrag stimmen und damit der Sozialdemokratie die Möglichkeit abschneiden, auch nur einen zweiten Redner in die Debatte einzulassen. Ueber diese freundliche Taktik wird eventuell am Dienstag von der Sozialdemokratie noch ein kräftiges Wortlein zu sprechen sein!

Als erster Redner eröffnete heute der Freiherr von Jeditz den Reden. Von der Aufhebung des Jesuitengesetzes wollte er selbstverständlich nichts wissen. Er sprach die Hoffnung aus, daß der Beschluß des Reichstags, dies Ausnahmegesetz endlich fallen zu lassen, am Widerstand des Bundesrates scheitern werde. Das „Echo“ des Zentrums sucht er dann durch das Lob abzuschwächen, daß er dem bayerischen Zentrumministerium Hertling für seine energische Sozialistenbekämpfung ausprohlt. Ueberhaupt lag dem alten Oberstabschef der Sozialistenbekämpfung auch diesmal besonders am Herzen: die Niederbringung der Sozialdemokratie müsse die Hoffnungen des Auslandes auf eine vermeintliche Schwäche der deutschen Nation durchkreuzen. Der kriegerische Geist der Vorfahren müsse wieder erwachen und das Ausland mit Furcht vor dem turor teutonikus erfüllt werden. Das Wahlrecht sei wohl verbesserungsfähig, aber nur in dem Sinne, daß die „alten gesunden Grundlagen“ des Selbstwahlrechts wieder hergestellt würden!

Auf die abgedroschenen Schatzkammerreden des fraktionserhaltenen Führers folgten drei längliche Ministerreden. Herr Lenke, der Finanzminister, socht noch einmal gegen die Beseitigung der Steuerzuschläge, die durchaus nicht im Interesse des Staates lägen. Ebenso lebhaft wendete er sich gegen die Teuerungszulagen für Beamte, wie sie, aus begreiflichen Wahllängten heraus, von Herrn Friedberg und anderen bürgerlichen Rednern gefordert worden waren. Diese Teuerungszulagen, für die keine Mittel (!) vorhanden seien, würden sich später nicht wieder beseitigen lassen. Reich und Gemeinden müßten dann gleichfalls mit Gehaltsaufbesserungen folgen und das ganze breite dann zusammen. Der Landwirtschaftsminister v. Schor-Lemmer vertiet in dankenswerter Weise, daß die berühmte Bauernsiedlung nur so nebenbei zur Alibierung der Reichsnot dienen solle, daß der Hauptzweck dagegen in der famosen Ger-manisierungspolitik bestehe!

Der Eisenbahnminister v. Breitenbach endlich betonte die Notwendigkeit der weiteren Stärkung des Ausgleichsfonds. Sehr hüßlich machte sich seine Bemerkung, daß im Eisenbahnetat durch härtere Heranziehung der Arbeitskraft des Heeres der Beamten und Staatsarbeiter wohl Millionen ge-

spart werden können, daß doch aber die allgemeine Tendenz zur Verkürzung der Arbeitszeit bestehe. Angeht die Handels-Flussmaderci unserer Eisenbahnverwaltung hatte dieser Hinweis auf „mäßige“ Ersparnisse auf Kosten der Beamten und Staatsarbeiter wahrhaftig noch gefehlt!

Nachdem der Pole Seyda für die Aufhebung des Jesuitengesetzes und gegen die preussische Kolonialpolitik gesprochen hatte, trat der fortschrittliche Redner Wiemer für die Beseitigung der Steuerzuschläge und der Gleichberechtigung der Polen ein. Trotzdem der fortschrittliche Redner mancherlei an der Jugendpflege auszusetzen hatte, erklärte er dennoch, daß seine Partei auch für die Bewilligung einer weiteren Million zu Zwecken der Jugendverbildung stimmen wird, nur müsse die Bevorzugung konfessioneller Jugendorganisationen aufhören. Zum Schluß richtete Herr Wiemer den Appell an die Regierung, noch vor den Neuwahlen durch ein Notgesetz die geheime und direkte Wahl einzuführen. Damit fand er jedoch keine Gegenliebe bei dem Minister des Innern, Herrn v. Dallwitz, der die Einbringung eines solchen Notgesetzes einfach damit ablehnte, daß ja auch bei der diesjährigen Abstimmung über den Antrag auf Einführung des direkten und geheimen Wahlrechts im Abgeordnetenhause keine Mehrheit zustande gekommen sei. Daß nur die perfide Haltung des Zentrums für die Ablehnung die Verantwortung trägt, verstand natürlich Herr v. Dallwitz.

Am Dienstag wird der sozialdemokratische Staatsredner, Genosse Liebmacht, der als erster Redner schon um 10 Uhr das Wort erhält, etwas mehr Leben in das schläfrige Haus bringen.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Fraktion besetzt in ihrer Sitzung vom Montag zunächst zwei Kommissionen. Bei der zweiten Lesung des Gefekentwurfes betreffend die Fleischpreismäßigung wird die Fraktion beantragen, die gewährte Vergünstigung nicht nur bis 31. März 1914, sondern ohne zeitliche Beschränkung festzulegen. Weitere Anträge verlangen Erleichterungen für die Vieheinfuhr. Die Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes und die Ausdehnung der Vieheinfuhr werden in der Form von Resolutionen verlangt. Als Redner wurden bestimmt die Genossen Simon, Hoch, Warm, Schmitt-Bürgburg und Dr. Naatz.

Zum Jesuitenantrag des Zentrums sprechen die Genossen Hoffmann-Kaiserslautern und Dr. Erdmann.

Ein in Paris bestehendes Komitee chinesischer Freiheitsfreunde hat an die verschiedenen sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen die Einladung zu einer gemeinsamen Reise nach China ergehen lassen. Anfang März tritt in Peking das erste Parlament der chinesischen Republik zusammen und an der feierlichen Eröffnung sollte die Studienkommission teilnehmen. Die Reichstagsfraktion lehnte jedoch eine Delegation ab, da bei dem privaten Charakter des Komitees, von dem die Einladung ausgeht, sich nicht übersehen läßt, welche Konsequenzen sich für die Partei aus der Teilnahme eines Vertreters an den dort etwa geplanten Aktionen ergeben könnten.

Ein neuer konservativer Zuchthausgesetzentwurf.

Die konservative Fraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, alsbald und noch vor der allgemeinen Revision des Strafgesetzbuches im Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen das Streikpostenverbot verboten wird.“

Schutz nach einem neuen Kolonialkrieg.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft, die sich immer mehr die Rolle einer kolonialen Nebenregierung annimmt, hat dem Reichstag einen Beschluß zugestellt, in dem gegen eine Verminderung der Schutztruppe in Südwestafrika protestiert wird. Statt einer Verminderung sei im Gegenteil eine Vermehrung der Schutztruppe anzustreben. Bei dem Einfluß, den die Kolonialgesellschaft unterstreift besitzt, ist es keineswegs ausgeschlossen, daß die Kolonialverwaltung diesem „Wunsche des Volkes“ Rechnung trägt. Um ihr Verlangen zu begründen, malt die Kolonialgesellschaft die Entwicklung des Schutzgebietes so rosig als möglich, die Sicherheitszustände dagegen schwarz in schwarz. Seit 1907 soll der kulturelle Wert von 8 auf 150 Millionen Mark gestiegen sein. Diese phantastischen Werte werden nun aber als äußerst bedroht hingestellt. Die Ovambo-Stämme im Norden sollen angeblich 15 000 Krieger aufstellen können. Bisher gälten die Ovambo als friedliche Arbeiter, den Zwecken der Kolonialgesellschaft entspricht es im Moment natürlich mehr, sie als heimtückische, blutdürstende Elemente hinzustellen, vor denen man auch nicht einen Augenblick sicher sei. Daß sich mit der Zeit gewisse Schwierigkeiten mit den Ovamboleuten herausstellen können, soll nicht bestritten werden, diese Schwierigkeiten lassen sich aber vermeiden, durch gute Behandlung und anständige Bezahlung der als Arbeiter tätigen Angehörigen dieses Volkes. Die Kolonialgesellschaft aber will einen anderen Weg gehen, sie stellt es als unabwiesbar hin, das Amboland unter deutsche Verwaltung zu nehmen. Die Durchführung dieses Planes würde allerdings das Aufgebot einer starken Heeresmacht bedingen. Die Ovambos würden das Schicksal der Hereros teilen, sie würden, wenn nicht ausgerottet, so doch stark dezimiert werden. Mit dünnen Worten wird auch zugegeben, daß zu diesem Zweck eine Verstärkung der Schutztruppe verlangt werden muß.

Noch sind die Wunden nicht vernarbt, die der Hereroskrieg dem Lande geschlagen hat und schon wieder machen sich neue Eroberungsgelüste geltend. Die verkehrte Behandlung der Bastards treibt diese naturgemäß den Eingeborenen zu und es wird betont, daß man auf diesen stark angewachsenen Teil der Bevölkerung im Kriegsfalle sich nicht verlassen könne.

Als im Reichstag eine Verminderung der Schutztruppe verlangt und schließlich auch erreicht wurde, mußte der Reichstag viele Millionen für Eisenbahnbauten bewilligen. Jede neue Eisenbahn, so wurde versichert, erspart uns höhere Aufwendungen für die Schutztruppe, weil die vorhandenen Truppen rascher als wie bisher von einem Teil des Landes nach dem andern befordert werden können. Diese Eisenbahnen sind jetzt fertig und nun wird die Vermehrung der Schutztruppe gerade mit dem Vorhandensein der Eisenbahnen begründet, die einer strengen Bewachung bedürfen! Wenn auch die Schutztruppe von 1900 bis 1912 von 2381 Mann auf 1970 Mann vermindert wurde, so hat sich doch die Zahl der im Schutzgebiet wohnenden Mannschaften des Verlaubtenstandes wesentlich erhöht; auch die Polizeitruppe hat eine Vermehrung erfahren. Der Saug des Gebietes ist sonach größer, nicht aber schwächer geworden. Es ist sonach von Wert, festzustellen, daß die Kolonialgesellschaft eine Vermehrung der Schutztruppe verlangt, um einen neuen

Eroberungszug anzetteln zu können, dessen Kosten an Gut und Blut wieder das deutsche Volk zu tragen hätte.

Die Präsidentschaftswahl in Gotha.

Der Landtag des Herzogtums Gotha setzt sich zusammen aus acht Sozialdemokraten, sechs Agrariern, zwei Nationalliberalen und zwei Fortschrittlichen. Obwohl also die Sozialdemokraten die stärkste Fraktion bilden, wurde ihnen eine Vertretung im Präsidium verweigert. Zum Präsidenten wurde der fortschrittliche Oberbürgermeister Liebetrau-Gorha mit zehn Stimmen gewählt, gegen acht, die auf den Genossen Bod fielen. Vizepräsident wurde Dr. Dieckhoff (natl.); zu Schriftführern wurden gewählt Kögler (Fortschr.) und Grübel (Agrarier).

Die Nationalflugspende für das Ausland.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ entwirft sich patriotisch darüber, daß die modernen Luftkrieger auch für das Ausland liefern. Sie stellt fest, daß die Pariseval-Luftfahrzeug-Gesellschaft nicht nur der Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft nahesteht, sondern auch eine Tochtergesellschaft der Motorluftschiff-Studiengesellschaft ist, die auf Anregung des Kaisers gegründet wurde. Die Muttergesellschaft wolle sich nun gar auflösen und alle Rechte auf die Tochtergesellschaft „Pariseval-Luftfahrzeug-Gesellschaft“ übertragen. Es sei ferner beschlossen, daß ein Teil der Nationalflugspende dieser Pariseval-Gesellschaft zugeführt werde. Diese Gesellschaft aber habe bereits für drei Auslandsmächte, darunter Rußland, Motorluftschiffe geliefert und werde demnächst für zwei weitere Auslandsmächte, darunter England, „Luftkreuzer“ liefern! So finde dann die Nationalflugspende Verwendung zur militärischen Stärkung des Auslandes!

Das Dortmund-Panzerplattenorgan weiß offenbar nicht, daß doch auch die „hochpatriotische“ Firma Krupp jeder ausländischen Macht jedes gewünschte Quantum von Geschützen, Panzerplatten und Kriegsschiffen liefert, das sie bezahlen kann! Seine ständige Enttäuschung über die Pariseval-Gesellschaft berührt also höchst eigenartig!

Oder soll der Artikel nur dem Zweck dienen, auf Kosten der deutschen Steuerzahler auch der Parisevalgesellschaft so viel Bauaufträge zuzuwenden, daß sie auf jede Auslandslieferung verzichten kann?

„Rhein.-Westf. Zeitung“.

Nach einer Meldung aus Essen sind von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ die Nummern mit den Artikeln: „Deutsche Politik oder Taumel“, „Das deutsche Volk zieht nur für deutsche Belange in den Krieg“, „Eine gefährliche, falsche Auslegung des Bündnisvertrages“ in Österreich beschlagnahmt worden.

Und das mußte ausgerechnet diesem staatsfeindlichen Organ passieren! Selbst die „Post“, das alte konservative Scharfmacherorgan, ruft empört aus: „Ob derartige Kampfmittel der österreichischen Regierung eine besondere Beweisstärke für die Güte ihrer Politik besitzen, will uns doch recht zweifelhaft erscheinen.“

Keine Ermäßigung, sondern Steigerung der Fleischpreise.

Die Plannen des Bundes der Landwirte laufen Sturm gegen den Gesetzentwurf betreffend die zeitweilige Herabsetzung des Fleischpreises. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt:

„Für und liegt die Sache völlig klar. Die Zustimmung zum Gesetzentwurf scheint uns ganz unmöglich. Wenn man auch darauf hinweist, daß es sich nicht um eine allgemeine Preiserhöhung handle, sondern daß diese Herabsetzung nur auf Zeit erfolge und an gewisse Bedingungen gebunden sein solle, so bleibt der Vorschlag des Gesetzentwurfes doch eine Brücke in die Mauer des Fleischpreises und bedeutet einen Bruch mit der Wirtschaftspolitik.“

Nicht billiger, sondern teurer sollen die Lebensmittel werden, so verlangt es das Interesse der Agrarier. Was aus den Kössen des Volkes wird, das ist völlig gleichgültig!

Der reichste Fürst.

Die Fürsten von Schaumburg-Lippe haben von jetzt an dem Veruche gestanden, viel Geld zu haben. Tatsache ist, daß büdurgisches Kapital in den verschiedenen Gegenden der Welt angelegt ist und daß der Privatbesitz des Fürsten ganz ungeheuerlich groß ist im Verhältnis zu der kleinen Fläche, über die er als Landesherren gebietet. Jetzt ist wieder ein Verkauf von ungarischen Grundbesitz an eine Holzverwertungsgesellschaft zustande gekommen, durch den 16 Millionen Kronen Bargeld nach Lüneburg fließen.

Fleischer-Freiheit.

Seitdem die Regierung den Junkern noch mehr nachzugeben gewillt ist und eine baldige Aufhebung der Fleischpreiserhöhungen ankündigt, fänden sich auch die Fleischer in ihrer Position gestärkt. Mit wachsender Unverschämtheit laufen sie gegen die blutigen Jagdhasen Anfänge kommunaler Lebensmittelversorgung Sturm. Wie die Fleischer die städtischen Maßnahmen beurteilen, die ja nur einem kleinen Teil der Einwohnerchaft zugute kommen, zeigt eine Schimpfanrede in der „Allgemeinen Fleischzeitung“, in der es u. a. heißt:

„Es würde den roten Herrschaften sehr gefallen, weiter auf städtische Kosten gestützt zu werden.“

Jynischer kann man die Not hungernder Proletarier nicht verspotten. Die Fleischer stellen sich damit in eine Reihe mit den Agrariern. Sie dürfen sich daher auch nicht wundern, daß man ihre Vermählungen um die Fleischversorgung ebenso ernst nimmt wie die der Regierung und der Junker.

Oesterreich-Ungarn.

Die Wahlrechtskämpfe in Ungarn.

Budapest, 12. Januar. Privattelegramm des „Vorwärts“: Die für Sonntag von der sozialdemokratischen Partei einberufenen Volksversammlungen, 58 an der Zahl, von welchen 16 verboten wurden, haben unter dem Andrang großer Menschenmassen in allen Städten Ungarns stattgefunden. In Budapest waren mehr als 10 000 Zuhörer. In allen Volksversammlungen wurde der Beschlusstrag angenommen, dem außerordentlichen Kongress den Vorschlag des allgemeinen Streiks zu machen. — Auch in den Regierungskreisen beschäftigt man sich mit diesem Generalkrieg. Die Regierungsblätter versuchen, die Wirkung abzuschwächen; jedoch in den Kreisen des Handels und der Industrie haben diese Versammlungen große Bestürzung hervorgerufen. Ein offizielles Organ der Regierung schreibt, daß dieser Wahlrechtsbeschlusstrag noch nicht endgültig sei, da der Ministerpräsident bereit ist, die Altersgrenze der Wähler herabzusetzen.

Frankreich.

Briand als Universalgenie.

Paris, 12. Januar. (Fig. Ver.) Aristide Briand hat in seinem wechselreichen Leben auf den verschiedensten Instrumenten gespielt. Er war Boulangerist, Anarchist und

Opportunist, Revolutionär und Angepaßter, Minister des Unterrichts, der Justiz, der inneren Verwaltung und Ministerpräsident. Nun will er sein Genie auf einem neuen Gebiet betätigen. Denn Poincaré Präsident der Republik wird, soll nämlich Briand mit der Ministerpräsidentenschaft das — Ministerium des Auswärtigen übernehmen. So hat es ihm Poincaré versprochen. Es gibt Leute, die behaupten, daß sich Briand in Erwartung dieser Mission ein Lehrbuch der Geographie angeschafft habe. Vielleicht ist das aber eine Übertreibung.

Italien.

Die neuesten Gewalttaten gegen Proletarier.

Rom, 11. Januar. (Fig. Ver.) Die ersten Berichte über die Proletariermeuterei von Roccaerga, die gleichzeitig mit der Nachricht von den Polizeiergreifen in Comiso (Sizilien) und Cervara (Provinz Viterbo) eintrafen, erfahren durch die nachträglichen Erhebungen eine recht wesentliche Umgestaltung und reichen die Mutilat von Roccaerga den rudiösesten Uebertreibern der Polizeigewalt an die Seite.

In Comiso haben sich Polizei und Truppen gut gehalten, insofern sie sich, allerdings erst nach einem sehr überflüssigen und gefährlichen Bajonetangriff, zurückzogen, um eine Schlächterei zu verhüten. Die reformistischen Abgeordneten De Felice und Milana sollten auf offenem Platz eine Volksversammlung abhalten, die verboten worden war. Trotzdem waren gegen 10 000 Landarbeiter zur Stelle; eine kompakte Masse, wie sie fast nur in den stadtartigen sizilianischen Dörfern aufzubringen ist. Die Aufforderung, sich aufzulösen, blieb von der Menge unbeachtet, worauf die dem Kommando der Polizei unterstehenden Truppen einen Bajonetangriff machten. In diesem Augenblick versuchten die beiden Abgeordneten, auf den Platz zu bringen und das Pferd ihres Wagens wurde durch einen Bajonetstich verwundet. Angesichts einer tausendköpfigen Menge, die fest stand wie ein Wall, soll in diesem Moment der Befehl erteilt worden sein, Feuer zu geben. Gleich darauf sah man aber die Verwundetheit dieses Befehls ein, der hunderten das Leben gekostet hätte, und zog die Truppen zurück, worauf die Versammlung ohne Zwischenfälle stattfand. Außer einigen leichten Verwundungen durch Bajonetstiche hat somit das provokatorische Verbot der Versammlung keine Folgen gehabt.

Die Mutilat von Cervara, die unserem Genossen Curti das Leben kostete, kennzeichnet sich als persönliche Brutalität eines einzelnen und gewinnt nur dadurch einen politischen Anstrich, daß gegen diesen einzelnen, weil er die Uniform eines Karabiniers trägt, bis jetzt noch kein Strafverfahren eingeleitet wurde. In Cervara riefen zwei Patrouillendienste wunde Karabiniers den Vorstehenden eines Vereins, in dem zu später Stunde gelangt wurde, heraus, angeblich, um seine Identität festzustellen, die ihnen natürlich in dem kleinen Ort zur Genüge bekannt war. Der Vorstehende, ein Genosse Cecozzoli, scheint sie durch seine Antwort nicht zufrieden gestellt zu haben, weshalb die beiden ihn verhafteten. Die wenigen Tanzgäste, nicht mehr als 20, einschließlich der Frauen, versuchten, den Verhafteten zu befreien; sie waren unbewaffnet und scheinen überhaupt mehr durch Zureden als durch Tüftlichkeiten die Freilassung gefordert zu haben. Trotzdem gab einer der Karabiniers zwei Schüsse ab, die den dreißig Schritt entfernten stehen den Genossen Curti tödlich niederstreckten!

Roccaerga ist ein 3000 Einwohner zählendes Dorf der Provinz Rom. Die Einwohner von Roccaerga sind seit langem mit ihrer Gemeindeverwaltung unzufrieden, die die Hauptlasten der Steuern auf die Schultern der Armen legt. Unzufrieden war man auch mit dem Gemeindevorsteher, dem von allen Seiten systematische Vernachlässigung seiner Pflichten gegen die Mittellosen zum Vorwurf gemacht wurde. Die Klagen waren so dringend, daß die vorgelegte Behörde dem Arzt gorgien hatte, wenigstens sofort einen zweimonatigen Urlaub zu nehmen. Am 7. Februar fand nun eine Versammlung gegen die Gemeindeverwaltung statt, bei der die Regierung aufgefordert wurde, einen königlichen Kommissar zu entsenden, der die Verwaltungsgebarung einer Kontrolle unterzöge. Nachher begab sich die Menge vor das Rathaus und wollte dabei die Fahne des Vereins Savonar, der die Bewegung gegen die Verwaltung leitete, vor sich hertragen. Obwohl es sich um eine ganz unschuldige Landesfahne handelte, versuchten die Karabiniers sie den Demonstranten zu entreißen und forderten dann durch die üblichen Signale zum Auseinandergehen auf. Von den brutal drängenden Karabiniers, die den Nebel in der Faust trugen, wurden die Demonstranten an einen Ausgang des Platzes getrieben, vor dem ein Truppenbarrakken gezogen war. Durch die absolute Stumpfheit des diesen Barrakken kommandierenden Leutnants Gregori, der übrigens an demselben Tage mit dem Bürgermeister zu Mittag gegessen hatte, entstand die Meuterei. Als der Offizier die von den Karabiniers bedrohte Menge gegen den Truppenbarrakken sehen sah, gab er Befehl zum Feuer. In wenigen Sekunden wurden 170 Schüsse auf die waffenlose Menge abgegeben; vier Tote bedeckte die „Bastard“, darunter eine Frau und ein fünfjähriger Knabe. Im Hospital starben drei Verwundete nach an demselben Tage. Weiter sind 40 Personen mehr oder weniger schwer verwundet. Zwei Soldaten haben Schußwunden, die aber — aus dem Dienstrevolver der Karabiniers stammen, wie die Kugeln barium. Da die Demonstranten zwischen zwei Feuern standen, erklärt es sich, daß die Karabiniers die ihnen gegenüberstehenden Soldaten treffen konnten. Die „Bastard“ hat also bis jetzt 7 Menschen das Leben gekostet. Außerdem hat man schon über 40 Verhaftungen vorgenommen, um so durch nachträgliche trodene Gewalt die blutige zu beschönigen.

In ganz Italien sind Proletarversammlungen gegen die neueste Episode der Gewaltpolitik der herrschenden Klassen abgehalten worden. In seinem Artikel über die Meutereien schreibt der „Avanti“: Daß es an der Zeit sei, der Gewalt Gewalt entgegenzustellen. Und in der Tat drängt die heutige Situation geradezu auf einen gewalttätigen Widerstand: erfährt man doch soeben, daß die Karabiniers, die im September 1911, während des Generalkrieges gegen den Krieg, in Modena über 80 Schüsse auf Demonstranten abgaben und 14 Arbeiter verwundeten, vom Ministerium mit der Verdienstmedaille bedacht worden sind.

Marokko.

Französische Verluste.

Anger, 13. Januar. Die Kolonnen Guehdon und Duceff sind am 11. d. M. nach Mogador zurückgekehrt. Der Verlust, den beide Truppenabteilungen in den letzten Kämpfen mit den Marokkanern erlitten haben, beträgt insgesamt 23 Tote und 96 Verwundete.

China.

Tod des deutschen Finanzbeirates.

Peking, 13. Januar. Dr. Roett, der zum Veralter der chinesischen Regierung für die Währungsreform ernannt worden war, ist gestern auf der Rückreise nach Peking in Rußen plötzlich gestorben.

Gewerkschaftliches.

„Gehtzte“ Netzer.

Es gehört zu den Spezialvergüngen der ultramontanen Demagogen, gegen die freien Gewerkschaften mit Aufrechtmachen über die hohen Beiträge, die sie den Mitgliedern abnehmen, und die hohen Gehälter, die sie an ihre Beamten zahlen, in heuchlerisch verlogener Weise zu hetzen. Solche Praxis befolgt übrigens in den Tagen ihrer Kindheit auch die christlichen Gewerkschaften, als sie mit ihren Beiträgen noch auf der alleruntersten Stufe standen, und mit ihren Leistungen überhaupt noch gar keine Sprosse erklettert hatten; als die Verhältnisse sich ebenfalls zur Erhöhung der Beiträge und Anstellung von Beamten zwangen, fiel ihnen in den Breidenbecher solcher Hetzereien mancher Vernunfttropfen. Nicht nur aus den Reihen der Scharfmacher, sondern auch aus denen der Mitglieder, die sich in dieser Beziehung als gelehrige Schüler erwiesen, mußten sie sich lösen lassen, es würden Arbeitergroßen verprügelt. Seit jener Zeit findet man bei den christlichen Gewerkschaftsführern an dem Gegehrücht über verschleimte Arbeitergroßen keinen rechten Geschmack mehr. Aber in den ultramontanen Blättern kann man sich des Vergnügens, mit dem Hintertup auf die erprehten Arbeiterführer gegen die freien Gewerkschaften zu hetzen, nicht entschlagen. So kamen die christlichen Gewerkschaftsführer schon öfter in die Verlegenheit, ihren Freunden in der politischen liberalen Presse einen kleinen Ratensüber wegen ihrer dummen Hetzerei zu erteilen. Das hält die Demagogenblätter aber gar nicht ab, immer wieder ihr Geheul zu bestärken. Nun sieht sich die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ veranlaßt, in etwas energischer Weise ihre Zentrumsgegenschwister zu rüffeln. Sie schreibt in ihrer Nr. 3:

„Ein Rudel, ein gelbes, haben sich einige Zentrumsblätter in ihr Netz gelegt. Eigentlich haben sie es selbst zu verantworten. Im Verlage „nationaler Schriften“ zu Essen an der Ruhr, dem Verlage der Kruppischen Selben, ist ein Broschüren: „455 Millionen Arbeitergroßen“ betitelt, herausgegeben worden. Darin wird der sozialdemokratischen Partei und vor allem den sozialdemokratischen Gewerkschaften nach bekannter Manier zum jehndeliebsten Male „nachgewiesen“, wieviel Millionen Mark Beiträge sie den Arbeitern aus der Tasche locken, um es zu verstreuen, wobei meist nichts herausläßt u. s. w. Zwar würden für Unterhaltungen im Todesfall, bei Invalidität und Krankheit etwas gezahlt, aber nur ganz wenig. Sodann behaupteten die Führer der Gewerkschaften, die Beiträge gingen nicht verloren, sie fließen insoweit von Streikunterstützungen und Lohnerhöhungen in die Taschen der Arbeiter zurück. Dem sei aber gar nicht so. Die Streikunterstützungen wurden den Ausschall an Lohn nicht decken können, Schulden aus der Streikzeit blieben stehen, schließlich würden nicht alle Streiks gewonnen u. s. w. Ein großer Teil der Gesamtausgaben geriete in die Taschen der bezahlten Beamten!“

Hier habe man wieder, führt das Blatt weiter aus, die bekannte höchst gedankenlose Manier, über die Ausgaben der Gewerkschaften für Streiks u. s. w., über ihren Nutzen und Schaden zu rechnen. Da aber auch die christlichen Gewerkschaften den Streik als legitime Waffe in ihrem Programm führen, könne das oben Gesagte über die freien Gewerkschaften auch ohne weiteres auf die Christlichen gemünzt werden. Das sei auch die Absicht der Selben in ihrer Schrift, die sie in höchst geschickter Weise unter den Anwürfen gegen die freien Organisationen verheiden. Und daher konnten sie auch den Waidjettel zu ihrer Broschüre in Blätter bugisieren, die sonst mit den Selben in gar keiner Beziehung stünden. Die „Gelsenkirchener Zeitung“ habe sogar zur größten Verwunderung sicherlich ihrer Leser die „wirtschaftsfriedliche nationale Arbeiterbewegung“, womit sich die Selben zu bezeichnen lieben, zur Unterstützung empfohlen. Die Zentrumspresse solle sich doch wirklich endlich vom „Schlager“ der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsbesteuerung emanzipieren, da ja doch auch Zentrumsparthei und christliche Gewerkschaften mit Recht immer höhere Beiträge erhöhen. Das sei eben notwendig, um den sich selbst gestellten Aufgaben gerecht werden zu können! Die M.-Glöbhaber ernten nun die unangenehmen Früchte, deren Samen sie selbst so reichlich und skrupellos ausstreuten.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes! Bei der am 12. d. M. erfolgten Urabstimmung über die Einführung der Hausflüssigkeit sind abgegeben 28 966 Stimmen, davon ungültig 209 Stimmen, bleiben 28 757 gültige Stimmen. Davon haben 14 084 für die Hausflüssigkeit gestimmt und 14 702 dagegen. Die Hausflüssigkeit ist also abgelehnt. Die Ortsverwaltung.

Rißhände im Städtischen Gaswerk Tegel. In unserm neuen Artikel mit dieser Spitzmarke muß es heißen: „Die Einstellungslöhne betragen 50 Pf. pro Stunde“, statt wie es hieß 54 Pf.

Aus den Betrieben der F. C. G. A. (Ammoniakfabrik Nieder-Schönweide).

Es gibt keine Rißhände in den Betrieben der F. C. G. A., so lautet die Antwort des Betriebsdirektors Rudolph an eine Kommission der Arbeiter, welche um die Wiedereinführung der Arbeiterausflüsse verhandelt hatten. Leider muß das Gegenteil von dieser Behauptung des Herrn Betriebsdirektors konstatiert werden. Eine gut besuchte Versammlung der Ammoniakarbeiter nahm am 10. Januar Stellung zu dieser Antwort. Der Referent Genosse H. S i a m e r vom Gemeindearbeiterverband schilderte eingehend an Hand reichlicher Materialien, daß kaum glaubliche Rißhände auf der Ammoniakfabrik existierten und daß die Arbeiterschaft alle Ursache hätte, diese Rißhände so schnell wie möglich zu beseitigen. Schon im August vorigen Jahres sind der Direktion Anträge auf bessere Beleuchtung und über Anbringung von Ventilation zum Abzug der giftigen Gase unterbreitet worden. Eine Änderung ist bis heute in dieser Beziehung aber noch nicht erfolgt, doch ja — man hat noch eifrig Kampfen fortgenommen, weil angeblich zuviel Licht verbraucht wird. Waschraum, Badeanstalt und Ankleideraum starren zeitweise vor Schmutz, so daß die Anstellung eines Arbeiters zur Reinigung dieser Räumlichkeiten unbedingt erforderlich ist. Auch der Abort bedarf öfter der Reinigung. Jetzt vergehen manchmal mehrere Tage, ehe jemand dazu beauftragt wird, den Abort zu reinigen. Der Spießsaal entspricht in bezug auf das Heizen nicht den Anforderungen, welche an einen derartigen Raum gestellt werden. Ferner hätten die Kollegen schon im vorigen Frühjahr eine Eingabe wegen des Kohlenverkaufs an die Direktion eingereicht, auch diese Eingabe ist bis zur Stunde noch nicht beantwortet worden. Aber auch in anderer Beziehung werden die Arbeiter geradezu brüskiert. So hatten die Arbeiter, welche an den Feiertagen arbeiten mußten, in letzter Zeit als besondere Entschädigung einen Stundenlohn erhalten. Dieser Stundenlohn ist den Arbeitern während der Neujahrswoche abgezogen worden. Der Vorbescheid, welcher dieserhalb von den Arbeitern interpelliert wurde, erklärte einfach, von einer derartigen Entschädigung sei ihm nichts bekannt. Zum Schluß seiner Ausführungen forderte der Referent die Anwesenden auf, alles daran zu setzen, damit alle Arbeiter der

Ammoniakfabrik sich der Organisation anschließen, denn nur dann sei es möglich, die Rißhände endgültig zu beseitigen.

In der ausgiebigen Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten bekräftigt. Es wurde ferner noch angeführt, daß der jetzige Leiter der Fabrik früher gesagt habe, an allem, was unter dem früheren Leiter eingeführt sei, solle nichts geändert werden. Das Gegenteil ist der Fall. Ein anderer Redner teilte dann noch mit, daß alljährlich, wenn die „hohen Herren“ — so wird der Aufsichtsrat von den Arbeitern benannt — aus London kommen, geschmeiert und gereinigt wird, daß es man so seine Art habe. Sobald die Herren den Betrieb aber wieder verlassen, ist es mit der vielgerühmten Keinsichtlichkeit auch vorbei. Die Anwesenden versprachen, im Sinne des Referenten tätig zu sein, damit auch sie endlich einmal Einrichtungen bekommen, welche den hygienischen und sanitären Anforderungen entsprechen.

Deutsches Reich.

Der Kampf um den wöchentlichen Ruhetag im Gastwirtsgebetriebe.

Vom Verband der Gastwirtsgebetriebe werden in diesen Tagen in allen größeren Städten Deutschlands Versammlungen einberufen, die sich mit dem gesetzlichen Arbeiterrecht im Gastwirtsgebetriebe zu beschäftigen haben. Die Gastwirtsgebetriebe stellen von neuem die Forderung auf Einführung eines wöchentlichen wiederkehrenden Ruhetages.

Die zur Zeit im Gastwirtsgebetriebe bestehenden Arbeiterschutzbestimmungen sind gänzlich ungenügend. Nur jede dritte Woche, in Städten von über 20 000 Einwohnern jede zweite Woche, haben die Gehilfen (nach der Bundesratsverordnung vom 23. Januar 1902) einen Ruhetag zu beanspruchen. Die tägliche Ruhezeit hat mindestens acht Stunden, für Gehilfen unter 16 Jahren neun Stunden, zu betragen. Dieser Schutz ist aber beschränkt auf die Minderheit des Personals, nämlich auf die sogenannten Gelehrten. Das gesamte Hilfspersonal, die Hotel- und Handwerker, das weibliche Küchenpersonal, ist selbst von diesem geringen Arbeiterschutz ausgeschlossen. Für diese herrscht noch die unbeschränkte, unkontrollierbare Ausbeutung: 16-, 18-, 20stündige Arbeitszeiten sind keine Seltenheit.

Gerade die Bundesratsverordnung für das Gastwirtsgebetriebe zeigt so recht den ganzen Jammer der deutschen Sozialreform. Welche Anstrengungen waren notwendig, selbst diese geringfügige Bestimmungen der Regierung abzurufen. Ein ganzes Jahrzehnt lang Erhebungen, mündliche Vernehmungen, Herausgabe dreizehntiger Bände mit statistischen Zahlen über das Resultat der Untersuchungen, vielfaches Zagen der Kommission für Arbeiter, Beratungen der Geheimräte, Ausarbeitung verschiedener Entwürfe, Sturmloaf der Unternehmer, Zurückziehen und Verschlechtern des ursprünglichen Entwurfs usw. — bis endlich am 23. Januar 1902 die Verordnung des Bundesrats über die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften das Licht der Welt erblickte. Eine schwächliche Spätgeburt der kaiserlich-deutschen Sozialreform.

Das Verlangen nach einem wöchentlichen Ruhetag ist durchaus berechtigt, umso mehr, als das ganze gastwirtschaftliche Personal nach Lage des Berufs auf jede Sonntags- und Feiertagsruhe verzichtet muß. Und zwar ist diese Forderung für das gesamte Personal zu stellen. Es ist nicht einzusehen, warum der Jugendliche nur dann des Saugens seiner Arbeitskraft teilhaftig sein soll, wenn er Kellner oder Koch lernt, oder wenn das junge Mädchen als „Herdmädchen“ bei der Zubereitung der Speisen und Getränke beschäftigt ist, während der junge Page, Liftboy oder das Küchenmädchen ungeschützt bleiben.

Hoffentlich wird den berechtigten und bescheidenen Forderungen der Gastwirtsgebetriebe endlich Rechnung getragen.

Lohnbewegungen im Sattlergewerbe.

Die Militärfabrikanten der Firma Th i e m e in Magdeburg befinden sich wegen Einführung des Berliner Tarifs im Streit. — Die Militärfabrikanten der Firma K a u r y in Offenbach a. M. ist für Sattler wegen Ablehnung tariflicher Verhältnisse gesperrt. — Die Sattler der Waggonfabrik in W e r d a u l. S. befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Firma sucht in vielen Tageszeitungen Sattler und Tapezierer zum baldigen Eintritt. Hoffentlich bleiben die Injurate ohne Erfolg, weil alle Sattler und Tapezierer unter diesen Umständen Verdau zu meiden haben. — Die Inhaber der Automobilfabrik R i e h e n in V o n n a a. Rhein können organisierte Arbeiter nicht leiden und glauben, wenn sie die Verbandsfunktionäre der Sattler entlassen, den Selben wirksam den Boden vorzubereiten. Damit dies verhindert wird, legen sämtliche Sattler einmütig die Arbeit nieder. Sie ersuchen, solange den Zugang fernzuhalten, bis die Firma sich geneigt fühlt, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu belassen. — Der Streit in der Treibriemenfabrik von C. S c h o l z in H a m b u r g währt bereits 12 Wochen, ohne daß die Ausgesperrten gewillt sind, auf ihr Koalitionsrecht zu verzichten. Nach wie vor wollen sie die Arbeit erst aufnehmen, wenn ihre 40 gemahregelten Vertrauensleute auch wieder eingestellt werden.

Tarifverhandlungen im Malergewerbe.

In der Sitzung am Sonntagabend wurden die Verhandlungen über das Tarifschema fortgesetzt. Beraten wurde über die Leistungen und Gegenleistungen, über die Festlegung einer Lohnkürzung, über Lohnzuschläge und Jahrgeldvergütungen, Affordarbeit, Lohnzahlung und Auflösung des Arbeitsverhältnisses, ohne daß es gelang, in den wesentlichsten Punkten eine Einigung zu erzielen. Die strittigen Punkte wurden für die nächste Beratung zurückgestellt.

Da die Durchberatung des Tarifmusters doch nicht ganz erfolgen konnte, indem die Unparteilichen wegen dringender Angelegenheiten abreisen mußten, wurde beschloffen, die Verhandlungen zu vertagen und am 23. Januar wieder aufzunehmen.

Das Personal der Kartonnagenfabrik von K r a f t in Schwelm i. Westf. trat an die Firmeninhaber mit dem Ersuchen heran, die Arbeitszeit um eine Viertelstunde zu verkürzen. Diese Verkürzung sollte der Verlängerung der Mittagspause dienen. Die in diesem Vertriebe nur eine Stunde dauert. Anfangs lehnten es, als wenn Herr Kraft diesen gewiß bescheidenen und berechtigten Wünschen entgegenkommen wollte, indem er die Mittagspause um eine Viertelstunde verlängerte und eventuell am 1. Februar eine Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht stellte. Dann aber kündigte er dem Gehilfen, der die Verhandlungen für seine Kollegen geführt hatte, mit der Motivierung, daß er keine „Deher“ in seinem Betriebe haben wolle. Die Arbeiter erklärten sich mit dem Gemahregelten solidarisch und kündigten ebenfalls. Da Verhandlungen bis jetzt zu keinem befriedigenden Resultat geführt haben, sieht es so aus, als wenn Herr Kraft es wirklich aus so kleinlichen Gründen zum Koalitionsstreit treiben wolle. Zug von Buchbindern und Kartonnagenarbeitern ist von Schwelm fernzubalten.

Wo alles laßt, können die Innungskrauter nicht lieben. Der seit langen Jahren in München bestehende Ofenseher-Tarif wurde von der Hofmeister-Innung gekündigt. Was die Innungsgötter mit dieser Tarifkündigung bezwecken wollen, ist nicht recht ersichtlich.

Für die Chirurgie- und Orthopädiemechaniker in München wurde zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und der Sächsischen Vereinigung für Chirurgie- und Orthopädiemechanik ein dreijähriger Tarifvertrag abgeschlossen, der den Arbeitern sofort und nach zwei Jahren je 5 Proz., also insgesamt eine 10proz. Erhöhung der Löhne innerhalb der Tarifdauer bringt; die Arbeitszeit wird an den Sonntagen um 1 Stunde verkürzt. Je nach der Beschäftigungsdauer bekommen die Arbeiter auch Urlaub.

Jugendbewegung.

Der „Jugendfreis“ der Bayerischer Katholikalliberalen.

Durch einen im Bayerischer Gemeindefolgeamt durchgeführten sozialdemokratischen Antrag sind die Macher des berüchtigten Sauterlases, der das Jugendheim der Bayerischer Arbeiterkassas als einen politischen Verein und die Zusammenkünfte als politische Versammlungen erklären will, gezwungen worden, im Magistrat über die Gründe ihres Vorgehens Rede und Antwort zu stehen. In einem langen überaus kläglichen Elaborat suchte der Polizeireferent Rechtsrat Keller die Aktion zu rechtfertigen, wobei natürlich Recht und Gerechtigkeit arg zu kurz kamen. Auf alle Polizeipraktiken, wie sie unter dem Sozialistengesetz und dem alten bayerischen Vereinsgesetz praktiziert wurden, verfallend, wird das Jugendheim einfach für eine Fortsetzung der vor zwei Jahren ebenfalls durch einen ungesetzlichen Akt zerstörten Jugendorganisation erklärt. Möglicherweise sind die „Beispiele“, daß es sich um einen Jugendverein handelt und daß im Jugendheim Politik getrieben wird. Man höre: es wurde einmal — im September 1910, als das Jugendheim noch gar nicht bestand! — verurteilt, die jungen Textilarbeiter für ihre Berufsorganisation zu gewinnen; in einem Vortrag über die wirtschaftlichen Verhältnisse wurden sehr abfällige Urteile über die Fabrikherren gefällt. Ist das nicht schrecklich? Ein Hauptbeweis für den politischen Charakter ist die Tatsache, daß im Jugendheim der „Wahre Jakob“ und die sozialdemokratische „Fränk. Volkstribüne“ aufgelegt; daß daneben noch viele andere Zeitschriften, wie „Gartenlaube“, „In freien Stunden“ usw. sowie zahlreiche wissenschaftliche Bücher vorhanden sind, wird weislich verschwiegen. Aber es kommt noch furchtlicher. An der Spitze der Jugendbewegung steht der Redakteur der „Volkstribüne“, Genosse P u d a, und das allerentsetzlichste ist, daß sich das Jugendheim im Anwesen der „Volkstribüne“ befindet. Damit sind die „Gründe“ so ziemlich erschöpft. Der liberale Magistrat stimmte begeistert diesen juristischen Kunststücken zu, und es wurde der wachsame Polizeireferent sogar als ein Mann geehrt, der das Vaterland gerettet habe vor einem „zweiten Staat im Staate“. Nach der Festgabe kommt aber für die Bayerischer Arbeiterjugend das Jückerbrot; der starke Besuch der Arbeiterveranstaltungen hat gezeigt, daß solche Unternehmungen ein Bedürfnis sind, dem man nun wohlwollend abhelfen will, indem 500 M. bewilligt wurden zur Veranstaltung von Lesenden in der Wärmebasse. Dort sollen die jungen Leute für die bürgerlichen Hurradbestrebungen präpariert werden. Ueber den Erfolg werden einmal die Herren sehr betrauert ihre Pöppe wackeln lassen.

Soziales.

Können Gemeindefürsorge durch die Gemeindevertretung bestraft werden?

Diese Frage hat das Oberverwaltungsgericht am 7. d. M. beantwortet.

In W a l d - S t r e u e r b a r f (Kreis Lebus) ist der Röhlenbesitzer Rindermann Gemeindefürsorge. Als solcher gehört er sowohl dem Gemeindefürsorgeamt an, als auch der Gemeindevertretung. Nachdem er im Jahre 1911 fünfmal die Sitzungen der Gemeindevertretung verabsäumt hatte, beschloß die Gemeindevertretung auf Grund eines Ortsstatuts (Geschäftsordnung), ihn auf drei Jahre von der Teilnahme an den Sitzungen der Gemeindevertretung auszuschließen.

Im Gegensatz zum Bezirksausschuß hat das Oberverwaltungsgericht der Klage des Gemeindefürsorgeamt auf Aufhebung des Gemeindevertreterbeschlusses stattgegeben. In der Begründung wurde ausgeführt: Die Frage, ob die Gemeindevertretung berechtigt sei, gegen Gemeindefürsorgeamt und Schöffen Strafen wegen Nichtteilnahme an Sitzungen der Gemeindevertretung festzusetzen, mußte verneint werden. Denn es sei unmöglich, daß die Leiter der Gemeindefürsorgeamt, die Beamten der Gemeindefürsorgeamt unter die Vollmacht der Gemeindevertretung in der Weise gestellt werden könnten, daß ihnen Strafen wegen nichtentschuldigter Versäumnisse auferlegt werden könnten. Es konnte weiter hinzu, daß diese Strafen an sich disziplinarische Bedeutung hätten und daß damit eine disziplinarische Gewalt ausgeübt würde gegen Gemeindefürsorgeamt und Schöffen, obwohl die Disziplinarergewalt über sie einer anderen Behörde zustehe. In bezug auf die disziplinarische Gewalt über sie würde eine Konfuzenz stattfinden, die unzulässig sei.

Ein Erfolg im Kampfe gegen die Kinderhändler.

Die Entkälungen der Genossen Bonnett und anderer über die schamlose Ausbeutung und Mißhandlung spanischer Kinder in Frankreich haben endlich die Aufmerksamkeit der Behörden geweckt. Nicht Fabrones, jene Sklavenhändler, die die Kinder in Spanien billig aufkaufen, um sie dann selbst scheinlich auszunutzen oder mit großem Profit für die entsetzliche Kocharbeit in den Glasfabriken weiterzugeben, müssen demnach vor der Pariser Strafkammer als Angeklagte erscheinen. Die Mißhandlungen „bessere“ Klasse, die Glasfabrikanten, ohne deren Kundenschaft das ganze Schandgeschäft nicht möglich gewesen wäre, sind natürlich nicht angeklagt. — Die spanische Regierung, die bisher nie etwas Ernstliches gegen dieses wie gegen andere soziale Verbrechen getan hat, benutzt die Sache zu einer Gratisreklame für ihre landesväterliche Gesinnung, indem sie mitteilt, daß der Vorkonfer in Paris sich der Strafverfolgung als Nebenkläger anschließen werde. Zutunlich ist das unmöglich. Aber man hat doch gezeigt, wie gut man es mit den geübten Unternehmern meint — nachdem die Sozialisten die Dinge ans Licht gebracht haben.

Letzte Nachrichten.

Riesige Fabrikbrände.

Belgrad, 13. Januar. (W. T. B.) In der hiesigen Stofffabrik der Brüder Ilic brach gestern Abend ein großer Brand aus, dem das Fabrikgebäude fast gänzlich zum Opfer fiel. Die im Kontor befindliche größere Geldsumme sowie die Waren konnten gerettet werden. Der Schaden wird auf 250 000 Dinare geschätzt.

Alexandria, 13. Januar. (W. T. B.) In einem Schuppen im Elbasal-Biertel sind 1500 Ballen Baumwolle durch eine Feuersbrunst zerstört worden. Der Schaden, der durch Versicherung gedeckt ist, beziffert sich auf 60 000 Pfund Sterling.

Grosbui, 13. Januar. (W. T. B.) In den Kapthawerken einer hiesigen Firma gerieten zwei Bohrürme in Brand. Das Feuer ging auf drei Bohrürme und die Kapthawerke einer anderen Firma über. Der Brand hat einen bedrohlichen Umfang angenommen.

Unruhen in Coimbra.

Paris, 13. Januar. Nach einer Mitternachtsmeldung aus Lissabon kam es in C o i m b r a zu einer ersten Ruheübung. Ein Teil der Bevölkerung wollte mehrere Gefangene befreien, worauf die republikanische Garde einschritt und auf die Menge feuerte. Zahlreiche Personen wurden verletzt.

Schrecklicher Fliegerunfall.

London, 13. Januar. (W. T. B.) Als zwei Flieger heute zwischen Dartford-Greenhithe eine Versuchsfahrt auf einem neuen Fickers-Zweidecker machten, stürzte der Flugzeug nach einer heftigen Explosion in die Themse. Beide Flieger ertranken.

Reichstag.

89. Sitzung, Montag, den 13. Januar 1913, mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Lisco.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfs über das

Verfahren gegen Jugendliche.

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco: Der Entwurf soll eine Lücke ausfüllen, die sich jedem, der sich mit kriminellen Dingen befaßt, außerordentlich sichtbar macht. Die Jugendfürsorge hat in den letzten Jahren einen erheblichen Umfang angenommen. Wie wichtig auch die Frage der Fürsorge für die kriminellen Jugendlichen ist, geht daraus hervor, daß unter 100 000 Jugendlichen sich 650 kriminelle befinden, nach den Feststellungen von 1910. Das geltende Recht berücksichtigt nicht, daß bei Jugendlichen die Erziehung weit mehr am Platze ist als Strafe, daß die Strafe hier oft mehr schaden als nützen kann. Man hat dem Entwurf vorgeworfen, er lasse den jugendlichen Kriminellen nicht genügend zum Bewußtsein des Grades der Strafe kommen. Der Vorwurf ist unberechtigt; es soll nur die Art der Reaktion des Staates gegen Vergehen und Verbrechen jugendlicher eine andere, der Fürsorge für die Jugendlichen mehr angepaßt sein. Man könnte dann noch das Bedenken haben, ob es angebracht ist, bei der doch bevorstehenden Reform des Strafgesetzbuches diese Materie vorweg zu nehmen. Innerhalb der Grenzen des Entwurfs schien und das angebracht. Auf Einzelheiten wird wohl am besten in der Kommission eingegangen werden.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Sieht man sich die Vorlage näher an, so muß man sagen, daß außerordentlich wenig darin enthalten ist, beinahe gar nichts. Die Notwendigkeit einer Reform des Verfahrens gegen Jugendliche bedarf wohl keiner Debatte mehr, auch der Staatssekretär hat sie lobend anerkannt, und auf die Zahlen der Kriminalität der Jugendlichen hingewiesen. Vor allem fällt dabei das Anwachsen der Zahlen der Rückfälligen auf. Nach meiner Meinung ist hieran wohl hauptsächlich der Staat selbst die Gesellschaftsordnung, verantwortlich zu machen. Wir leben ferner, daß die einzelnen Straftaten nicht geeignet sind, ihren Zweck zu erfüllen. Eine Hauptaufgabe scheint die zu sein, daß wir uns klar machen, daß die Jugendlichen nicht dazu da sind, bestraft zu werden, sondern erzogen zu werden. Es wird jedoch nur nebenbei erklärt, daß man statt der Strafe auch Erziehung geben könnte. Kein die Strafe darf nur eine Ausnahme sein, die Regel muß hingegen eine ordentliche Erziehung bilden. Wir müssen weiter den Ursachen nachgehen, und dabei wird sich herausstellen, daß die Gesellschaftsordnung weit mehr an der Kriminalität der Jugendlichen schuld ist, als diese selbst. Die Ursachen der ständig wachsenden Kriminalität sind zu finden in denjenigen Gegebenheiten, die die Nahrungsmittel verteuern. Bei jeder Erhöhung der Preise kann man feststellen, daß auch die Zahl der Verurteilungen zunimmt. Wenn der Entwurf so, wie er uns vorliegt, Gesetz wird, so fürchte ich, wird an den bestehenden Zuständen nichts geändert werden. Man sagt, es sollen bei den Amtsgerichten besondere Jugendgerichte gebildet werden. Im Entwurf heißt es aber nur: „Soweit ein Bedürfnis besteht“. Dieses Bedürfnis sollte überall anerkannt und die Einrichtung der Jugendgerichte obligatorisch gemacht werden. Ferner will man Schöffen bei den Jugendgerichten zuziehen, die in der Jugendgerichtsbarkeit besonders erfahren sind. Bei den Strafkammern will man Schöffen nicht zuziehen. Auch hier haben wir wieder eine Durchbrechung des Prinzips. Die Reform des Strafgesetzbuches, über die der Reichstag und die Regierung schon früher einig waren, hatte das Gute, daß alle für das allgemeine Strafrecht beschlossenen Änderungen auch den Jugendlichen zugute kommen mußten. Alle damals beschlossenen Verbesserungen sind keineswegs in diesen Entwurf hinübergenommen. Man war sich damals einig, daß es nicht so weiter gehen könne, daß es von dem Vermögen eines Mannes abhängt, ob er Richter werden kann. Eine diesbezügliche Bestimmung, die damals getroffen wurde, mußte auch in dieses Gesetz hinein. Uebereinstimmung herrschte ferner, daß die

Schöffen aus allen Klassen der Bevölkerung

genommen werden sollten. Das ist dringend erforderlich, damit auch die Angehörigen der arbeitstätigen und werktätigen Bevölkerung Schöffen werden, und nicht lediglich Wohlhabende über Angeklagte aus anderen Gesellschaftsklassen urteilen. Einig war man sich auch darüber, daß die Schöffen und Geschworenen Diäten und Gehälter der Reisefkosten bekommen müßten. Auch das gehört in diesen

Kleines Feuilleton.

Ein großer Denker von 90 Jahren. Russell Wallace, der große Forscher in Zoologie und Vögelkunde und Genosse Darwins als Bahnbrecher der Entwicklungslehre, beging am 8. Januar in voller Mächtigkeit von Körper und Geist den neunzigsten Geburtstag. Unter den vielen Glückwünschen, die ihm von gelehrten Gesellschaften und Persönlichkeiten aller Art zugehingen, war einer der Gesellschaft für Bodenverstauchung, deren Vorsitzender er seit 30 Jahren ist. Einem Vertreter der „Daily Citizen“ gegenüber äußerte er sich mit großer Wärme über die Arbeiterbewegung, sprach seine Freude über die Entwicklung des Blattes und seine Tätigkeit aus. So in der Rede der Vieharbeiterinnen Nordenglands. Es hatten vorher wohl wenig Leute gedacht, daß solche jugendlichen Zustände noch in England vorhanden seien. „Das die Arbeiterpartei betrifft“, sagte er, „sollte sie kräftiger ins Zeug geben. Sie machen ihre Stimme nicht genug geltend. Sie sollten irgend eine Hauptfrage aufgreifen und immer und immer wieder dem Parlament einhämmern.“ Die Ablehnung der medizinischen Äußerung durch die Eisenbahnerverwaltung und peluianischen Rücksichten bezogener er als ein Hauptaugenmerk für die Nationalisierung der Bahnen. Ueber den Kampf gegen die Armut sprach er gleichfalls höchst anerkennend. Es ist schändlich, daß Männer, Frauen und Kinder jeden Tag hungern müssen. Die Regierung sollte ihren Liebeshaß von 6 Millionen Pfund verwenden, um das Volk zu ernähren. Aber das wagen sie nicht.“

Wäge dem großen Gelehrten, der im Gegensatz zu so vielen seiner Art Verständnis und Empfinden für die Freiheitskämpfe auch auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete besitzt und seit langem überzeugter Sozialist ist, noch ein schönes Abendrot im Hinblick auf die kommende Erlösung der Menschheit beschieden sein!

Musik.

Das Deutsche Opernhaus in Charlottenburg hat am Sonnabend zum ersten Male eine wirkliche Krone, eine „Aufführung“: „Wie land der Schmied“, Musikdrama in drei Aufzügen von Kurt Hölzel.

Wagner hatte sich lange mit einem jenseitigen Entwurf dieses Stoffes herumgeschlagen. Ihm war die Ausführung nicht mehr möglich. Jetzt endlich führte ein Jünger den Entwurf in Dichtung und Musik aus; er strotzte den Text dramatischer zusammen und ließ auch etwas weniger Worte machen als sie anscheinend der Meister selbst würde gemacht haben. Im so charakteristischer ist es, daß trotzdem kein recht dramatischer Eindruck zustande kommt, und daß sich Breiten der Rede entfalten, die durch 4 1/2 Stunden lang wenigstens den des Textes nicht genau Randigen erschöpfen können. Aus einer idealisierten Stammesgeschichte zwischen den Wikingern

Entwurf hinein. Dringend erforderlich ist, daß bei den Jugendgerichten nicht nur Volksschullehrer, sondern auch Frauen zu Schöffen herangezogen werden. Selbst wenn man sonst Frauen nicht zulassen will, so gehören sie, die ja an der Erziehung vorwiegend beteiligt sind, hier sicher her. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das Hauptbedenken gegen die Vorlage ist, daß die Staatsanwaltschaft entscheiden soll, ob eine Anklage erhoben oder eine Erziehungsmahnahme getroffen werden soll. Es ist zu befürchten, daß dann politische Momente maßgebend sein werden. Nur einen Fall will ich zum Beweise anführen. In Bremen war ein Dienstmädchen, die eine Stiege entwendet und angezogen war, dafür bestraft, aber der bedingten Begnadigung empfohlen worden. Von da an hatte sich das Mädchen einwandfrei gefügt und dann geheiratet. Drei Wochen nach der Hochzeit wurde sie von einem Polizeisten zur Verhaftung der Strafe abgeholt. Als ihre Verwandten sich erkundigten, wie denn etwas Derartiges möglich sei, erhielten sie die Antwort: „Ja, denken Sie sich nur, sie hat ja einen Sozialdemokraten geheiratet!“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Also weil sie sich getraut, sogar einen Sozialdemokraten geheiratet hat, wird ihr das als ein Verbrechen, als eine sittliche Verfehlung ausgelegt. Wenn eine Behörde so vorgeht, wenn sie das, was ihr zum Wohle der bestraften Jugendlichen anvertraut ist, in ihr Gegenteil verkehrt, so kann man ihr nicht das Recht geben, zu entscheiden, ob sie eingeschritten will oder nicht. Dadurch würde geradezu eine Prämie gesetzt werden auf die Vergehung von Straftaten; diejenigen, welche nationale Gesinnung heucheln, werden nicht verfolgt werden, genau so wie es heute schon bei den Arbeitswilligen geschieht. Gerade diese verwehrlosen Elemente würden dann nicht der so notwendigen Fürsorge anheimfallen. Was alles die sogenannte nationale Jugendgerichtsbarkeit mit sich bringt, sehen wir ja bei dem 18-jährigen Jüngelchen, das sich eine Marineuniform anzog und in dieser Soldaten, Gefreite und Unteroffiziere anstarrte. Das Jüngelchen wachte ganz gut, daß es nur auf die Uniform ankommt, nicht auf das, was drinsteht.

Also nicht die Staatsanwaltschaft darf die Entscheidung haben, in welcher Weise einzugreifen ist, sondern naturgemäß muß das die Vormundschaftsbehörde sein, und bei dieser Vormundschaftsbehörde müßten ebenfalls Schöffen zugezogen werden, unter denen mindestens eine Frau sich befinden müßte. Sowohl bei den Jugendgerichten wie bei der Vormundschaftsbehörde sind sie jedenfalls am Platze, wie wir ja Frauen auch in den Waisensätern haben.

Wird diesem Gedanken nicht Rechnung getragen, so hat die Vorlage so gut wie gar keinen Wert. Ferner muß in das Gesetz hinein, daß der gesetzliche Vertreter des Jugendlichen vor der Entscheidung, ob ein Strafverfahren oder ein Erziehungsverfahren am Platze ist zu hören ist. Ein Strafverfahren darf auch nur dann angeordnet werden, wenn mindestens am zweiten Male in demselben Jahre die betreffende Handlung begangen wird.

Es wäre auch zu untersuchen, ob die vorgezeichneten Erziehungsmaßnahmen ausreichen, und da muß ich mich entschieden dagegen aussprechen, daß man die Kinder der Zwangserziehung überweist. In Preußen sind die Zwangserziehungsanstalten heute in einem Geiste geleitet, daß man sagen muß, dort wird aus den guten Elementen

das Menschliche noch herausgeklopft,

sie werden geradezu zu Verbrechern erzogen, und es ist erfreulich, daß noch so wenig Jugendliche durch die sogenannte Zwangserziehung, die schlimmer ist als Juchthaus und Arbeitshaus (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) zu Verbrechern geworden sind. Es zeigt das von der Güte der Jugendlichen. Es liegt hier ebenso, wie feinerzeit mit dem Arbeitshaus, auch dieses betrachtete man als eine humane Maßnahme, um Leute zu bessern. Es ist aber eine Rebenstrafe daraus geworden, die schlimmer als das Juchthaus angelesen wird, und es hat eine große Anzahl von arbeitsfähigen und arbeitswilligen Menschen dauernd ins Unglück gestürzt. Bei der Jugend ist doppelte Fürsorge notwendig. Solange wir nicht ein Reichszwangserziehungsgeleit haben, dürfen wir jedenfalls Jugendliche nicht in die Zwangserziehung durch richterlichen Spruch geben.

Die Bestimmungen über die Untersuchungshaft Jugendlicher sollen etwas anders gefaßt werden, doch soll die Untersuchungshaft zu lässig sein. Keines Erachtens dürfte eine Untersuchungshaft für die Jugendlichen überhaupt nicht verhängt werden. Ferner soll eine Beschränkung der Öffentlichkeit stattfinden. Auch dagegen muß ich mich entschieden aussprechen, sofern es sich nicht um Maßnahmen der Vormundschaftsbehörde handelt. Bei der Vormundschaftsbehörde handelt es sich ja um Erziehungsmahnahmen, wo die Öffentlichkeit überflüssig ist, aber bei Straftaten ist die Öffentlichkeit unbedingt notwendig. Gehen Sie

und den Klaren lernen wir den Schmied Wieland kennen, der mit zwei Brüdern im Walde einer weltkräftigen Insel haust. Eine von drei Schwanenjungfrauen, Schwanhilde, fällt infolge einer langen Vögelgeschichte verwundet vor Wieland ins Meer. Er nimmt ihr die Flügel und eine Viederszene ab, bettet sie in seiner Hütte, hängt den Jouberring, den sie ihm geschenkt, innen an der Tür auf und schläft zu. Natürlich dauert es nicht lang, und die bösen Klaren kommen. Die Tochter ihres Fürsten, Reiding, Vögelhilde, sprengt die Tür, nimmt den Ring und läßt durch die Jbrigen die Hütte anzünden. Die drei Brüder schlagen die Feinde zurück, samt dem Marschall Gram, der sich auf Vögelhildes Hoffnung gemacht. Wieland betrauert den Verlust seines Weibes. Allein bei Wagner kommen bekanntlich die „Guten“ durch alle Verände glücklich durch, und so hat auch Schwanhild ihre Federn und einen Weg in die Liste gefunden. Bei den Klaren wird erst Gram und dann Fürst Reiding von der herrschsüchtigen Vögelhilde um den Finger gewickelt. Nun kommen aus verschiedenen Gründen die drei Brüder hin. Wieland entzündet zu Vögelhilde, erschlägt den Gram und wird zur Jersonenung der Seinen verurteilt. Immer neue Schwerverter für Reiding schmiedend, schwankt er zwischen der Erinnerung an sein Weib und den Ergüssen Vögelhildens hin und her. Die aber, Vögelhildes Runderz vorwegnehmend, läutert sich, Wieland schmiedet seine Schwerverter zu einem Flügelmantel um und findet in den Klaren seine Schwanhilde wieder, während drunten der Wikingerring, seine erkrankte Vögelhilde heimführt.

So nach dem Textbuch. Die Aufführung allein konnte schließlich den Zusammenhang finden lassen. Der Sänger der Titelfolle, Alfred Holt, hatte wegen Indisposition um Nachsicht bitten lassen und war wenig hörbar, obwohl man auch da noch eine vorzügliche Behandlung der Stimme merken konnte. Die übrigen Sänger: Emmy Zimmermann, sodann Luise Marx und andere und schon Bekannte kamen trotz viel positiver Gebärden gegen die läbliche Wirkung des Klarenraums lächerlich auf, ausgenommen den überaus wichtig ausdrucksvollen Karl Braun als Reiding. Die Direktion konnte und sollte da helfend eingreifen. Der Raum läßt sich durch Ausspannung von Fäden und Ketten akustisch günstiger gestalten. Sodann sollte dem Publikum doch auch die vorgängige Klärung des Textes nahe gelegt werden. Spiegel die Vertreter der Presse sollten nicht auf Raufleben im letzten Augenblick angewiesen sein. Schließlich hätte der Schluß doch durch eine „flügelartige“ Demonstration des vereinten Vaarres klarer gemacht werden können. Und zu guter Letzt die alte Klage: das Orchester ist laut! Sonst spielte es unter Eduard Mörke sehr anerkennenswert.

Und nun die Komposition: eine vorzügliche Epigonenarbeit! Sie will ja nicht, als in der Wagnerischen Schöpfendwelt eine Lücke schließen. Wit etwas dicken und lauten Klangfarben, mit einem gegen den gewöhnlichen Bestand nur um zwei Darfen vermehrten Orchester, ohne die schneidenden Dissonanzen der Modernisten, mit wohlgefalligen Leitmotiven, mit melodischer Haltung

nur einmal eine Woche lang nach Mosbit und hören Sie dort zu, wie über Jugendliche abgeurteilt wird. Sie werden ein wahres Grauen bekommen, und diese Urteile würden noch schlimmer ausfallen, wenn die Deffentlichkeit nicht vorhanden wäre. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nach dem Entwurf soll die Verteidigung nicht immer, sondern nur in bestimmten Fällen obligatorisch sein, wir fordern für einen Jugendlichen unter allen Umständen obligatorische Verteidigung.

Der Staatssekretär wünschte, daß auf die Bestimmungen des materiellen Rechts, die für Jugendliche und Erwachsene gelten, nicht eingegangen werde. Es ist doch fraglich, ob das angängig sein wird. Sofern überhaupt das Strafverfahren gegen Jugendliche bestehen bleibt, ist dringend erforderlich eine

Heraussetzung des Strafmündigkeitsalters.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie nicht alle Personen bis zum achtzehnten Jahre der Vormundschaftsbehörde überweisen wollen, so wird man doch zugeben müssen, daß Kinder von 18 und 14 Jahren nicht ein Objekt für die Strafjustiz sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Staat, der in seinen Maßnahmen wirklich sozial ist, würde es leicht durchführen, sämtliche Jugendliche bis zum 18. Jahr für nicht strafmündig zu erklären. Will man aber den großen Sprung von 12 auf 18 Jahren nicht machen, so wird man doch einen Mittelweg, vielleicht bei 15 oder 16 Jahren finden können. Heute wird in einer geradezu erschreckend schablonenhaften Weise auch gegen Jugendliche vorgegangen, und sie werden der Zwangserziehung und dem Arbeitshaus überwiehen. Kein Wort hört man von den sozialen Einflüssen, denen der Betreffende unterlag. Er ist einfach eine Kammer, die zu einem Aktenstück gehört. Das muß beseitigt werden, der Jugendliche muß als Mensch, als Person, als Individuum betrachtet werden.

Ich hoffe, daß es gelingt, in den angeedeuteten Richtungen den Entwurf auszubauen. Wir beantragen deshalb seine Ueberweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.): Der Entwurf stellt eine bewußte Halbheit dar. Die Regierung greift aus der durchaus verbesserungsbedürftigen Strafgerichtsordnung einen Teil, das Verfahren gegen Jugendliche, heraus und entschuldigend das damit, daß dies besonders dringend ist. Das materielle Strafrecht aber bleibt unberührt. Der Entwurf scheint aber auch manche Mängel, sowohl des Stoffes wie auch der Bearbeitung, aufzuweisen. Erhebliche Bedenken haben wir gegen die Bestimmung, die eine Durchbrechung des Legalitätsprinzips bedeutet.

Abg. Dr. v. Gaiser (nat.): Der Reichstag und die Verbündeten Regierungen haben sich entschlossen, die Reform des Verfahrens gegen Jugendliche von der Regelung des gesamten Strafprozesses loszulösen. Das ist insofern bedauerlich, als wir wohl auf eine baldige Reform der gesamten Strafgerichtsordnung einwirken werden vermögen müssen. Das vorliegende Problem ist aber ein so wichtiges, daß wir nicht zögern dürfen, an eine spezielle Regelung dieser Materie heranzugehen. Wir sehen auf dem Standpunkt, daß man auf dem Gebiete des Jugendstrafrechts mit der Strafe im Vordergrund absolut nichts ausrichtet. Wir dürfen das Schicksal der Jugendlichen in der Voruntersuchung nicht in die Hand des Staatsanwalts legen, es muß in die Hand eines Mannes gelegt werden, der im Publikum großes Vertrauen genießt, und das ist der Vormundschaftsrichter, und diesen müssen wir in den Vordergrund des Verfahrens stellen. Wir können in das Gesetz an Stelle der bedingten Begnadigung auch besser die bedingte Verurteilung setzen. In der Frage der Zuständigkeit bin ich der Ansicht, daß wir nicht nur in einzelnen Fällen, sondern prinzipiell Jugendgerichte errichten. Das ließe sich durch Zusammenlegung einzelner Schöffengerichtsbezirke sehr leicht machen. Es würde sich auch empfehlen, wenn ein Mädchen als Angeklagte zu erscheinen hat, mindestens eine Frau als Schöffen mitwirken zu lassen, denn eine Frau kann besser als der Mann die Psyche des Kindes, nach der guten und schlechten Seite hin, erkennen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wiese (L) dankt der Regierung für die Einbringung des Gesetzentwurfs. Es sei dankenswert, daß der Entwurf nicht mit allzu vielen Einzelbestimmungen belastet ist. Die Frage des Verfahrens gegen Jugendliche erheischt dringend eine baldige Regelung. Auch wir wünschen, daß der Vormundschaftsrichter auch möglichst Jugendrichter sei. Der Meinung des Vordredners, daß dem Verfahren gegen Jugendliche Frauen zuzuziehen seien, kann ich jedoch nicht beistimmen. Das Richteramt ist ein hartes und strenges Amt. Wir haben aber viel zu viel Verehrung und Hochachtung vor unseren Frauen, als daß wir ihnen ein so rauhes und schweres Amt aufbürden wollten. (Sehr richtig! rechts, Lachen)

des Ganzen ohne das Aufgebot großer Themen, mit gut darstellender Aufmachung an den Text: so könnte die Musik vergessen lassen, daß Wagner's schwerste Seite, die deklamatorische Breite, beim Nachhiner in typischer Weise am schwierigsten wird, und daß, wenn ein Drittel des Ganzen gestrichen wäre, der Rest noch immer reichlich lang sein würde.

Montis Operetten-Theater: „Der heilige Antonius“, Uebersetzung von Bruno Decker und Robert Holz, Musik von Siegfried Ricklah-Kempner. Mit Gilberte „Kleiner Susanne“ verknüpften sich vergebliche Hoffnungen auf den Emporstieg einer neuen Operettendära. Auch dies alterneueste Produkt bringt sie nicht; schwerlich dürfte sie je von Berlin ausgehen. Von Wien etwas? Anscheinend ebenso wenig. Das Grundübel besteht eben in Festhalten an althergebrachter Schablone, sowohl in textlicher wie musikalischer Hinsicht. So lange nicht ein wirklicher Dichter und ein wirklich schöpferischer Musiker das spezifisch Neu-Stoffliche mit modernstem Geiste gestaltet werden, so lange wird keine neue Form entstehen. Die Librettisten des „Heiligen Antonius“ — der diesmal Direktor der Pariser Kunstmusen ist — haben eine von auswärts herbezogene „Jde“ nur frisch aufklariert und dies Zwitterding in die altherwähnte Zwangsjacke gesteckt. Bedingung war dabei, daß verschiedenen Solisten des Montischen Ensemble bequeme Rollen aus den Leib geschrieben wurden und ferner, daß auch die Regie ihr Licht in allerhand Reserven erstroben lassen konnte. Dementstprechend mußte nun der Komponist verfahren. Es schien im ersten Akt, als nähme er einen energischen Anlauf zu vollst-moderner Stilisierung. Aber schon im zweiten Akt bekennt er sich zum losen Wischmalch, aus dem — das ist immerhin anerkannt — entscheidende langbare Melodien, originelle March- und Tanzrhythmen sowie passable Anlässe einer instrumentalen Ensemblemusik ausleuchten. An Humor und grotesken Einflüssen fehlt es ihm auch nicht; zum mindesten versteht er sie, dank Rossini, Wagner, Johann Strauß, Verdi und den neitalienischen „Veristen“ effektiv aufzuklären. Nur eins besitzt er noch nicht im entferntesten — das Gefühl und Streben nach organischer Einheit. Die turbulente Lebensgröße im Mittelakt grenzt schon eher an fimmerwährende Ohysterie. Der Schlußakt ist allzu macher. Jedem Akteur wird eine näkterne Schilderung seiner Gelebnisse hinter den Kulissen zugebracht, und dem Komponisten geht der Boden aus. Da müssen größere Vorbilder aufhelfen. Immerhin scheint seine unzulängliche Begabung noch zu besserem berufen. Am jedoch diesem Erlösing zu einem löhrenden Erfolg zu verhelfen, hätte es nicht des großen Aufgebots von Verehrten bedurft. Solisten von der besanglichen und besongenen Vortrefflichkeit der Damen Mizi Freyhardt (Stubenmädchen Vabette), Martha Krivitz (Francine), Käthe Dorich (Jeanne Vabette) und der Herren Goldi Deutsch (Flageolet), genannt der heilige Antonius), Albert Kuhnert (Kaiser Marulloff) und Gustav Wagner (Kaiser Adolf) garantieren für eine gute Aufnahme — 50 oder 30.

links.) Wir glauben auch, daß bei den Frauen öfter die Milde die Hauptrolle bei ihrem Urteilspruch bilden wird. (Widerpruch links.) Wir sind keine Gegner der Einschränkung des Legalitätsprinzips, aber der Entwurf geht uns doch zu weit. Wenn der Jugendliche das 16. Lebensjahr vollendet hat, so halten wir eine Einschränkung des Legalitätsprinzips nicht mehr für wünschenswert.

Abg. v. List (Sp.): Meine politischen Freunde haben dieses Gesetz mit besonderer Freude begrüßt. Aber die Freude hat sich wesentlich herabgemindert, als wir von dem Inhalt Kenntnis nahmen. Die verbündeten Regierungen haben sich eine Beschränkung auferlegt, die sie nicht nötig hatten. Auch die Begründung ist äußerst dürftig zu nennen. Man vernimmt die Darlegung der Erfahrungen mit den bestehenden Jugendgerichten, man findet nichts von den Erfahrungen mit Jugendstaatsanwälten, nichts über die vielen Tagungen der Richter über diese Frage, die erst den Stein ins Rollen brachten. Darauf sollen wir denn unsere Beratungen in der Kommission aufbauen. Die Vollziehung des Verfahrens gegen Jugendliche von der Reform des allgemeinen Strafrechts und Strafprozesses war unbedingt nötig. Denn der Staatssekretär hat uns ja mitgeteilt, daß der Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch frühestens 1917 vorgelegt werden kann. Bis wir dann dieses Gesetz, die neue Strafprozedur und das neue Strafbollzugsgesetz ganz durchberaten haben, bei denen es durchaus nicht immer so ganz glatt gehen wird, ist das Jahr 1923 herangekommen, und wir können dann noch sagen, daß es schnell gegangen ist. So lange können wir aber mit der Regelung des Verfahrens gegen Jugendliche nicht warten, dazu ist die Frage doch zu dringend. — Wenn wir verschiedenes in dem Regierungsentwurf vernünftigen, so haben wir gegen vieles, was uns der Entwurf bringt, schwere Bedenken. Wir wissen vor allem nicht, wodurch sich das Jugendgericht von anderen Schöffengerichten oder Strafkammern unterscheidet. Wenn ein solcher Richter, der einem allgemeinen Schöffengericht vorsteht, sitzt auch dem Jugendbeschöffengericht vor, und bei den Strafkammern ist schon gar kein Unterschied. Der Unterschied ist lediglich in der Sitze auf der Tür zu finden. Die Einrichtung der Jugendgerichte muß obligatorisch sein. Der Beschränkung des Legalitätsprinzips, wie sie der Entwurf vorsieht, können wir nicht zustimmen, denn das bedeutet nicht eine Beschränkung, sondern eine Aufhebung des Legalitätsprinzips. (Sehr richtig! links.) Dem Vorwurf der Klassenjustiz werden die Staatsanwälte nicht entgegen, wenn man ihnen derartig weitgehende Entscheidungen überläßt. Die Vorschrift des Entwurfs, daß es dem Staatsanwalt überlassen bleiben soll zu entscheiden, ob Vellehrungs- oder Erziehungsmaßnahmen vorzuziehen sind, ist viel zu unbestimmt, denn der Entwurf sagt nicht, unter welchen Gesichtspunkten diese Maßnahmen vorzuziehen ist. Redner hofft, daß verschiedene Einzelbestimmungen sich in der Kommission verbessern lassen und bittet schließlich, die Zahl der Mitglieder dieser Kommission nicht auf 21, sondern auf 23 festzusetzen. (Beifall links.)

Abg. Poppien (Vole): Die Fürsorgeerziehung ist nicht nur ein Verbesserungsmittel, sondern auch eine Strafe. Sie wird daher nur von Fall zu Fall angewandt werden dürfen. Die Fürsorgeerziehung wird aber gerade im Osten häufig nicht deshalb angewandt, um die Kinder zu bessern, sondern um die Eltern zu strafen. Das hat man beim Breschener Schulstreik gesehen. Die staatliche Jugendpflege will den polnischen Kindern die Nationalität und die Muttersprache rauben. Die Schulpolitik wird mißbraucht zu Germanisierungszwecken. Aber diese Art Jugendpflege erreicht ihr Ziel nicht, sie trägt nur zur Verrohung der Jugend bei. Möge der preussische Staat endlich von dieser verkehrten Politik lassen. (Bravo bei den Polen.)

Abg. Warmuth (Sp.): Bei aller Hochachtung, die ich den Frauen entgegenbringe, muß ich doch betonen, daß ich sie für das Amt eines Richters nicht für geeignet halte. — Die Fürsorgeerziehung muß bei den jugendlichen Verbrechern in starkem Maße Maß greifen. Die Angriffe des Abg. Stadthagen gegen die Fürsorgeerziehung sind ganz ungerechtfertigt; einzelne Mißgriffe mögen vorgekommen sein. Wie kann man aber behaupten, sie ergiebt die Jugendlichen zu Verbrechern! Im allgemeinen wirken sie segensreich. (Zustimmung rechts.)

Die Debatte wird geschlossen, der Entwurf einer Kommission von 23 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Beratung der revidierten

Pariser Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums.

Staatssekretär Dr. Delbrück empfiehlt die Konvention, die einen verstärkten Schutz für die Staatsangehörigen der dem Verbands beigetretenen Länder bringt; auf Einzelheiten könne im Plenum nicht gut eingegangen werden.

Abg. Dr. Junck (nat.) beantragt die Uebersetzung der Konvention an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Dieser Antrag wird angenommen.

Es folgt die

zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern.

Sie beginnt beim Titel Staatssekretär mit den dazu gestellten Resolutionen.

Humor und Satire.

Das Nachtrags-Gi.

Auf der Rechten hört man schon ein Klingeln,
Und in manchen Wäutern rauscht es schwer;
Eins Nachtragsford'ring für das Heer
Ist noch anzubringen!

Kräftig spitzt der Iyrische Kollege
Doktor Dertel sein geschäpftes Blei,
Daß er Kunde, wie man dieses Gi
Zweckensprechend lege.

Aus dem Stiff entspricht das alle Feuer,
Und schon brennt es auf dem Schreibpapier:
Selbstverständlich denkt kein Deutscher hier
An die Erbschaftsteuer!

Sorch, dem Zentrumsmann entfährt ein Zeichen:
Wenn du mich nach Romien schormuzierst
Und mein Jesuwitichen ignorierst,
Leg' ich auch das Eichen!

(Peter Scher im „Simplicissimus“.)

Notizen.

— Kunstchronik. Im Kunstsalon Paul Cassirer wird die Ausstellung der Sammlung Heber, die bereits geschlossen werden sollte, um eine Woche verlängert.

— Vorträge. Professor v. Buchta, Vortragender Rat im Reichsgericht, beginnt am Dienstag im Hofsaal der Urania eine Vortragsreihe mit Lichtbildern: „Was die Großstadt Berlin verzehrt“ mit dem Thema: „Die menschliche Nahrung“.

— Die Arbeiterbibliothek veranstaltet neuerdings regelmäßige Zusammenkünfte. Die nächste findet Mittwoch, den 15. Januar, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftsausschuss Saal V. statt. Der Leiter der Heimannschen Bibliothek Genosse Zahn spricht über deren Einrichtung, Genosse Döhrer referiert über neue Bücher. Partei- und Gewerkschaftsbibliothekare sind dazu freundlichst eingeladen.

— Eugen Dähning beging am Sonntag seinen 80. Geburtstag. Er ist bekanntlich seit 50 Jahren blind und lebt, immer noch geistig tätig, in Rowatow.

— Die hoch steigende Registrierballons? Ein Registrierballon, der am 7. Dezember vorigen Jahres von dem Aerologischen Observatorium in Pavia abgelassen wurde, hat die höchste bisher erreichte Höhe, nämlich 87 700 Meter erreicht. Die Minimaltemperatur, die bei diesem Aufstieg registriert wurde, betrug — 56,0 Grad bei einer Höhe von 19 730 Meter. Bei der größten erreichten Höhe registrierte der Ballon eine Temperatur von — 51,8 Grad und einen Luftdruck von 3 Millimeter. Der Ballon bestand aus Kautschuk, hatte einen Durchmesser von 1900 Millimeter und einen leibenen Fallschirm.

Abg. Fischer (Soz.):

Wir müssen feststellen, daß auf dem Gebiet der Sozialreform eigentlich gar nichts geschehen ist. Wir sind ja mit der Zeit sehr behindert geworden und erwarten keine besonders großen Taten. Schon sind wir so weit, daß die Regierung sogar bereits auf die sozialreformerische Phrasologie verzichtet hat. Vielleicht ist es auch kein Zufall, daß der bekannte Straßenseiler an der Berliner Universität, Bernhardt, vor kurzem einen Vortrag im Scharnacherverband gehalten hat. Die Zusammenstellung im „Reichsarbeitsblatt“ über die Leistungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik in den verschiedenen Ländern zeigt uns, daß auf manchen Gebieten das Deutsche Reich schon weit überholt ist. Wer spricht heute noch von den Februarerlassen Kaiser Wilhelm II.? Als sie vor 23 Jahren in die Welt gingen, blieb es ausdrücklich, neben dem Ausbau der Reichsversicherungsgeetze seien die dort aufgeführten Ziele als Aufgabe der Staatsregierung zu betrachten. Mit den Februarerlassen ist es gegangen, wie mit dem Versprechen des Königs von Preußen auf Aufhebung des Dreiklassenwahlrechts. Der König hat die Wahlreform als die dringendste Aufgabe bezeichnet, und die königstreuen Parteien treiben damit — um nicht einen unparlamentarischen Ausbruch zu gebrauchen, will ich sagen — Fußball — (Heiterkeit). Genau so treiben es die Reichsbehörden mit den Februarerlassen. Vor 23 Jahren hat der Kaiser es feierlich als Aufgabe der Reichsverwaltung erklärt, die Zeitdauer und Art der Arbeit so zu regeln, daß auch die Erhaltung der Gesundheit und der wirtschaftlichen Kräfte des Arbeiters gewahrt bleibe. Heute erklärt der Staatssekretär, er werde niemals seine Hand zur gesetzlichen Begrenzung der Arbeitszeit bieten; der Normalarbeitstag ist ihm ein Greuel. Er stellt heute die Macht des Staates den Unternehmern gegen die Arbeiter zur Verfügung, die sich bemühen, die Arbeitszeit einzuschränken. Vor 23 Jahren hat der Kaiser die Gleichberechtigung der Arbeiter proklamiert. Heute will der Staatssekretär auf dem Wege des Vertrages die Arbeiter um den gesetzlichen Schutz des Koalitionsrechts bringen, und zwar unter dem Beifall der bürgerlichen Parteien bis weit in die Reihen des Zentrums. Der Kaiser versprach vor 23 Jahren die Gleichberechtigung. Heute stellen die Reichsbehörden in den Staatsbetrieben den Arbeitern die ehrenvolle Zumutung, Reverse zu unterschreiben, worin sie sich verpflichten, sich nicht zu koalieren und sich nicht an sozialistischen oder anderen ordnungsfeindlichen Bestrebungen zu beteiligen; im Belagerungsfall werden sie mit ihren Familien auf die Straße geworfen

und die Behörden fügen noch einen weiteren Terrorismus hinzu, damit die Gemahregelten auch später nicht in anderen Staatsbetrieben unterkommen. Das alles geschieht unter dem Beifall auch des Zentrums, das ganz vergessen hat, daß vor einem Menschenalter noch seine eigenen Bestrebungen als ordnungsfeindlich galten. Ein sogenannter Arbeitervertreter, Herr Vetter, quittiert mit Dank für diese Schritte, die er für sehr geeignet hält, weil sie die wirkliche Meinung dessen zeigen, der sie appliziert. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten, Unruhe im Zentrum.)

Der Kriegsminister verlangt in den Militärwertstätten einen Zustand, der noch den des Kadavergehörns in der Kaiserne übertrifft. Immerhin kann bei ihm eine solche Stellungnahme noch bezweifelbar erscheinen bei dem Geiste der Subordination, den sein Amt mit sich bringt; unbegreiflich aber erscheint sie bei dem Staatssekretär im Reichsamt des Innern. Sie ist jedoch nur im ersten Augenblick unbegreiflich. Wenn wir die Thronrede durchlesen, mit der der Reichstag eröffnet ist, so glaube ich, werden wir die Rede des Staatssekretärs Delbrück, in welcher er sich für die Einschränkung des Koalitionsrechts ausspricht, nicht für eine Erklärung der Regierung ex abrupto (unvorhergesehen) halten. In der Thronrede heißt es: „Seit einem Menschenalter nimmt die Sozialreform einen herberogenden Platz ein; noch in der vergangenen Session ist die Versicherungsgegebung auf weitere große Kreise der Bevölkerung ausgedehnt worden. Derselbe Geist, aus dem dies Gesetz hervorgegangen ist, muß auch fernerhin walten; denn die Entwicklung steht nicht still.“ Nein, die Entwicklung steht wirklich nicht still, das beweisen die 110 Sozialdemokraten in diesem Hause und die 4/5 Millionen sozialdemokratischer Wähler. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber für die neue Stellungnahme des Staatssekretärs Delbrück, die ja mit einer militärischen Rangeshöhung belohnt ist, falls diese nicht etwa der des Reichslanzlers nur folgen sollte, der ja auch in seiner Stellung als Staatssekretär im Reichsamt des Innern majorisiert wurde (Heiterkeit) — für die neue Stellungnahme Delbrücks liegt die Erklärung in jener Stelle der Thronrede. Delbrücks Worte sind in der Tat der Ausdruck desselben Geistes, der in der Reichsversicherungsordnung die Landarbeiter rechtlos gemacht hat, der ihnen in den Landkrankenkassen jede Selbstverwaltung verweigert, jenes Geistes, der die Witwen und Waisen enttäuscht und mit Hungerprämien abgefunden hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Agrarier wollten damals sogar noch

Geschäfte mit diesen Hungerprämien machen,

und das wäre ihnen wohl auch gelungen, wenn wir ihr Bestreben im Reichstag nicht gebrandmarkt hätten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man braucht die Stellungnahme der Regierung und der bürgerlichen Parteien nur an einigen Beispielen zu beleuchten. Wenn ein konservativer Redner hier erklärt, es gehe nur den Arbeitern schlecht, die ihr verdientes Geld für Methykallohol ausgeben (Wutrufe bei den Sozialdemokraten), wenn er das erklärt in der Zeit der Lebensmittelteuerung, der Fleischteuerung, der Zuckerzölle, dann ist das eben eine besondere Blüte der konservativen Herzensbildung. (Sehr gut! bei den Soz.) Demgegenüber ist darauf zu verweisen, daß die Landesversicherungsanstalt Oberfranken einen Antrag auf Invalidenbezugsabzug abgelehnt hat mit der Begründung: „Sie befinden sich lediglich in schlechtem Ernährungszustand, wie dies bei den Hausweibern häufig anzutreffen ist.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In einem Rundschreiben der Generalkommission Münster vom 11. November 1912 heißt es: „Auf andere Anordnung des Herrn Ministers des Innern machen wir die Herren Spezialkommissare darauf aufmerksam, daß bei Bemessung der Bureaukostenentwässerung keine Rücksicht darauf genommen werden kann, wenn die Kommissare Gehälter zahlen, die in ihrem Gesamtbetrag für alle auf den Bureau beschäftigten Privatgehilfen zusammen über das normale Maß hinausgehen.“ Was sind das nun für Gehälter? Die Angestellten werden mit kaum 100 Mark monatlich bezahlt (Hört! hört!), das erhalten aber auch nur diejenigen, die zehn und mehr Jahre dort tätig sind, die übrigen bekommen

Gehälter von 60, 65 und 70 Mark monatlich.

Und das geht nun nach Meinung des Ministers über das normale Maß hinaus. (Hört! hört! links.) Weiter heißt es aber in der Verfügung: „Es empfiehlt sich, nur jüngere Kräfte anzunehmen und diese durch andere jüngere Kräfte zu ersetzen, wenn jene sich verheiraten.“ (Hört! hört!) Von der Regierung, vom Polizeiminister, von den Parteien und von der Presse wird über den Geburtenrückgang geklagt. Man fragt nicht, welche sozialen Erscheinungen dieser Entwicklung zugrunde liegen. Man will nicht wissen, daß der Produktionsprozeß die Ehe zu einer wirtschaftlichen Frage umwandelt und vielen Schichten ein Zwangsälbit aufzuerlegt. All das brauchen die Herren nicht zu wissen; für sie gibt es nur die Lösung: die Verheirateten entlassen und jüngere Kräfte mit niedrigem Gehalt einstellen! (Wut.)

Es ist ja bekannt, daß die Regierung es seit Jahren als ihre Aufgabe betrachtet, in ihren Betrieben die Arbeiterlöhne mindestens so niedrig zu halten, daß die Agrarier nicht gezwungen werden, höhere Löhne zu zahlen. Darum werden bei den Kanalarbeiten nur Galizier und Russen beschäftigt, aber keine deutschen Arbeiter, damit diese nicht der wohlwollenden Fürsorge der Agrarier

entzogen werden. Das ist der Schut der nationalen Arbeit! (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Schut der nationalen Arbeit in Ihrem Sinne heißt: Schut des Gelbbütels der Konserwativen! (Lebhafte Zustimmung links.) Bei den Soldaten wurde gelobt, wenn der Rückgang da sei, werde man auch für die Erziehung der Arbeiterlöhne eintreten. Wenn die Organisationen der Arbeiter aber die Löhne steigern wollen, dann schied man

Soldaten mit Maschinengewehren

an die Stätten des Streiks. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die mecklenburg-schweriner Eisenbahndirektion erkundigte sich nach den Löhnen der ländlichen Arbeiter des Gebiets, damit sie nur ja nicht ihren Arbeitern höhere Löhne zahlen und dadurch das Mißfallen der Junker erzeuge. (Hört! hört!) Im Germanischen Museum wurde vor einiger Zeit die Stelle eines wissenschaftlichen Hilfsarbeiters besetzt. Verlangt wurde ein abgeschlossenes Universitätsstudium in Kunstgeschichte und als Monatsgehalt ist festgelegt 100 Mark. (Heiterkeit.) Für das Germanische Museum bewilligen wir aus dem Etat 30—40 000 M. Wir werden diese Summe erhöhen müssen, damit sich die Verwaltung nicht vor der ganzen Welt durch so niedrige Gehälter blamiert. Bei dieser Gelegenheit kann auch an den Erlass des Vizeadmirals Kolbe erinnert werden, in dem es heißt:

Es entspricht nicht meinen Wünschen, daß sich die Marineingenieure aus denselben Familien ergänzen, wie die Seeoffiziere. Es ist wünschenswert, wenn sich die Ingenieuranwärter nur aus dem Mittelstande und den Familien darunter ergänzen. Wir werden damit erreichen, daß die Ingenieure von selbst in die untergeordnete Stellung zurückkehren, die ihnen zukommt. (Hört! hört! links.)

Das Wort „wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!“ gilt also nicht bloß für die Zentrumsarbeiter, sondern auch für die Reichsregierung. Der Regierung kommt es nur darauf an, daß die Hände des Boters eines Beamten nicht geschändet sind durch ehrlüche Arbeit, eher kann er Vordellbesitzer sein. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Diese

hochmüßige Betrachtung

alles dessen, was von ehelicher Arbeit geabelt ist, das allein ist entscheidend für die Regierung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es wäre ein Unrecht, wenn ich für den Stillstand auf dem Gebiet der Sozialpolitik den Staatssekretär allein als Sündenbock schlachten wollte. (Große Heiterkeit.) Der Einfluß des Scharnacherverbandes hat im Reichsamt des Innern dahin gewirkt, daß die sozialreformerischen Elemente allmählich kaltgestellt worden sind. Aber die Hauptschuld dafür trifft nicht die Reichsregierung, sondern in erster Linie die bürgerlichen Parteien, die durch ihre stante Stellungnahme der Regierung erst ermöglicht haben, diesen Kurs der Sozialpolitik einzuschlagen, wie er heute ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Bei den Etatsberatungen der letzten Jahre sind ganze Berge von Resolutionen eingebracht worden. Noch aus der letzten Session sind die Wünsche übrig geblieben, daß endlich einmal die Arbeitsverhältnisse in der Binnenindustrie, in der Hausindustrie, in den Wäsch- und Plättanhalten geregelt werden, daß die Nachtarbeit in den Bäckereien und die Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe abge schafft werde. Alle diese Wünsche sind unerfüllt geblieben.

Dringend notwendig sind vor allem Bestimmungen zum Schutze der in der Großindustrie beschäftigten Arbeiter und die Erfüllung des einhelligen Rufes nach einem Reichsberggesetz. Der Staatssekretär erklärt: Reichsberggesetz gibt es nicht! Warum nicht? In den Tiefen seines Herzens ist er wohl auch überzeugt von der Notwendigkeit eines solchen Gesetzes, aber er dar nicht, weil der preussische Ministerpräsident nicht will.

Das ist überhaupt das Herworleibende der ganzen Reichspolitik: Nicht was das Reichsinteresse erfordert, nicht was der Reichstag in seiner Mehrheit verlangt von der Regierung, ist für sie maßgebend, entscheidend und maßgebend ist einzig und allein der Wille Preußens. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da in der preussischen Regierung das Junkertum in Reinkultur vertreten ist, ist auch für die Reichsregierung maßgebend

der Wille des preussischen Junkertums.

Ich glaube nicht, daß jemals seit Gründung des Reiches eine Regierung in so beschämender Abhängigkeit von Preußen war, wie die gegenwärtige Reichsregierung. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Fast als Reichsbettler muß die Reichsregierung vor Preußen erscheinen, und das geht hinunter bis auf solche Bagatellen wie die Einführung einheitlicher Wahlurnen für die Reichstagswahlen. Die Reichsregierung würde wohl gern diesem einhelligen Wunsch des Reichstages nachkommen, aber der preussische Polizeiminister erlaubt es nicht. Er ist besorgt um die Wahlausichten der Konservativen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Delbrück hat ja förmliche Bittgänge bei Herrn v. Dalkwitz machen müssen, er möge doch seinen grundsätzlichen Widerspruch aufgeben, da ja jetzt auch die Konservativen sich an der Kundgebung für die Einführung solcher Wahlurnen beteiligen (Hört! hört!); die Reichsregierung könne eine völlige Ablehnung gegenüber der Kundgebung des Reichstages nicht gut vornehmen. Er, Delbrück, habe ganz im Sinne des preussischen Ministers die Schwierigkeit dargelegt; aber da das geheime Wahlrecht mit einmal bestünde, müsse doch auch alles geschehen, um eine Verletzung des Wahlgeheimnisses zu verhindern. Der Staatssekretär hat also im Reichstage nach dem Votum des preussischen Polizeiministers, vielleicht sogar gegen seine eigene bessere Ueberzeugung polemisiert und argumentiert. (Hört! hört!) Ist das nicht eine für das Reich geradezu beschämende Tatsache? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Auch der Reichslanzler, der ja zufällig auch preussischer Ministerpräsident ist, muß auf den Willen des preussischen Kanzlerellen Rücksicht nehmen. Im Jahre 1910 soll eine preussische Ministerialkommission im Hinblick auf den damaligen Widerstand der konservativen Partei die Beschlußfassung über diese Angelegenheit vertagt haben (Hört! hört!), und der Reichslanzler drückte sein Bedauern aus, daß er jetzt nicht in der Lage sei, seine Zusage dem Reichstage gegenüber noch in dieser Tagung des Reichstages einlösen zu können. (Hört! hört!) Also das ist das Verhältnis der Reichsregierung zur preussischen Regierung, so groß ist ihre Unabhängigkeit. Der Reichslanzler gibt dem Reichstage beruhigende Zusicherungen und als preussischer Ministerpräsident muß er im Hinblick auf den Widerstand der konservativen Partei sein Wort unerfüllt lassen. Dann stellt sich der Reichslanzler hier stolz hin und erklärt: Meine Regierung steht über den Parteien. (Große Heiterkeit.) Von keiner Partei, von niemandem empfangt ich Instruktionen. Ja, Instruktionen empfangt er nicht, aber

knurrend muß er tun, was die preussischen Junker wollen

und knurrend muß er unterlassen, was sie nicht wollen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der preussische Minister des Innern wird förmlich beschworen, nachzugeben, wenn nicht im Reichstage eine politische bedeutliche Stimmung erzeugt werden soll über solche unwürdige Abhängigkeit der Reichsregierung von der preussischen Staatsregierung. Die Situation sei heute eine der preussischen wie vor zehn Jahren bei Einführung der Wahlurnen und Wahlzellen. Im Reichsamt des Innern scheint man die preussischen Landräte à la Salem und die preussischen Wahlkommissare à la Schwab gemißtrauisch zu kennen und zu wissen, daß sie auf preussische Regierungserlasse pfeifen, wenn sie nicht den Interessen der konservativen Partei entsprechen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist die Erklärung der Tatsache, daß seit zehn und zwanzig Jahren der Reichstag immer wieder Beschwerden führen muß gegen die

standalösen Wahlbeeinflussungen der preussischen Wahlkommissare und daß jeder preussische Landrat sich lustig macht über die Ohnmacht des Reichstages, der es bis zur Stunde noch

nicht durchsetzen konnte, daß die preussischen Landräte politischen Anstand lernen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der preussische Polizeiminister meint, die einheitlichen Wahlurnen würden große politische Schwierigkeiten zur Folge haben. Meint der preussische Minister vielleicht, es würde dann eine große Schwierigkeit bereiten, Wahlen zu fälschen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Zum Schluß wurde der preussische Minister darauf aufmerksam gemacht, er möge doch jetzt und nicht erst am Schluß der Legislaturperiode der Reichsregierung dieses Entgegenkommen an den Reichstag ermöglichen. Jetzt würde die Angelegenheit lediglich als technische Verbesserung des Verfahrens angesehen, vor den Wahlen aber würde der Eindruck entstehen, als ob die Regierung sich für Entgegenkommen habe abringen lassen. (Hört! hört! links.) Die Regierung Weismann-Hollweg läßt sich doch nicht abringen. (Heiterkeit.) Dieser Eindruck, so wurde gesagt, würde agitatorisch nur zum Nachteil der Rechten ausfallen. (Laute Hört! hört!-Rufe links.) Also auch hier das heilige Bemühen, ja die Wohlwollenden der Konservativen nicht zu gefährden. (Sehr wahr! links.) Ob die preussische Regierung gegenüber solchen Tönen hart bleiben kann, weiß ich nicht. Sie wird wohl jetzt nachgeben und der Reichstag wird als Reingewinn liberaler Ideen in der Regierung das Zugeständnis der Wahlurnen bekommen. (Heiterkeit.) Aber ganz sicher bin ich meiner Sache doch nicht, denn es sollen vor kurzem erst Anweisungen an die Kommissare ergangen sein, daß sie alle Vorlagen des Reiches erst der preussischen Regierung zur Begutachtung vorlegen und nicht vorher ihre Meinungen austauschen und festlegen, damit die Beratungen vom Geiste der Kollegialität und dem Bestreben geleitet seien, die unbedingte Einheitlichkeit in der Politik des Reiches und Preußens zu fördern. (Hört! hört! links.) Mit meinem beschränkten Unterthanenverständnis vermag ich eigentlich nicht einzusehen, wie durch vorherige Begutachtung der Reichskommissare der Geist der Kollegialität leiden soll; aber wahrscheinlich hat man damit trübe Erfahrungen gemacht, und es ist zu Kraftproben gekommen, die die Abhängigkeit der Reichspolitik von der preussischen Regierung in Frage stellen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Abschweifung vom Thema war notwendig, um zu bekräftigen, in welcher Weise die Reichsregierung auf dem Gebiete der Sozialreform vom preussischen Polizeiminister abhängig ist. Denn wenn solche Bagatellen schon zu Zusammenstößen mit Herrn von Dallwitz führen, so kann man sich eine Vorstellung davon machen, wie die Reichsregierung von Preußen abhängig ist, wenn es sich um wirklich sozialpolitische Vorschläge handelt, um so mehr, als auch alle bürgerlichen Parteien von der Sozialreform nicht mehr viel wissen wollen.

Es ist eigenhändig, daß der Staatssekretär jetzt von der Tribüne des Reichstags herab den Unternehmern den Weg zeigt, wie sie den Arbeitern das Koalitionsrecht nehmen können. Die juristische Möglichkeit dazu befreite ich nicht, ich glaube ihm aufs Wort, daß er die berühmtesten juristischen Autoritäten auf seiner Seite hat. Mein Vertrauen zu den Juristen ist ganz unbegrenzt, und ich zweifle gar nicht daran, daß jeder tüchtige Jurist es fertig bringt, aus einem Gesetz das Gegenteil des Jurens herauszuinterpretieren, was der Gesetzgeber hat hineinlegen wollen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und wenn das Reichsgericht solche Interpretationen gebilligt hat, so wundert mich darüber erst recht nicht. Das Reichsgericht ist ja von jeher nur das Instrument gewesen, das der Regierung die juristischen Gründe für ihre Politik zu liefern hatte. Schon vor seiner Gründung hatte man es ja in diesem Verstande, und deswegen wurde es nicht nach Berlin, sondern nach Leipzig verlegt. Freilich wurde damit

der Bod zum Gärtner gemacht.

denn derartige Urteile, wie sie das Reichsgericht schon gefällt hat, sind nur im Leipziger Willen möglich gewesen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich aber gar nicht um die formal-juristische Seite, sondern um die soziale. Wenn das Gesetz so lautet, wie der Staatssekretär es heute interpretiert, so wäre es seine Aufgabe, aber heute wie morgen vor den Reichstag zu treten und die Forderung eines Gesetzes vorzuschlagen, das sozial so schädlich, so widersinnig, so gemeingefährlich ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär erklärt die Staatsbetriebe für nicht gewerbliche, weil sie keine wirtschaftlichen, sondern öffentlichen Interessen verfolgen. Bewußt gibt es solche, aber die, von denen die Rede ist, sind wirtschaftliche Betriebe. Wenn der Staat wirtschaftliche Funktionen übernimmt, hören diese dann auf, wirtschaftliche Funktionen zu sein? Wenn das Reichsmonopol zum Vorteil und auf Wunsch der Deutschen Bank vom Reichstag angenommen wird, ist dann die Frage, ob der Kaiser, der das Petroleum ausführt, 2 oder 3 Mark erhält, nicht mehr eine wirtschaftliche Frage, sondern eine des öffentlichen Interesses? Wenn das Tabakmonopol kommt, ist dann die Frage einer Lohnerhöhung von 60 Pf. bei Jofetti eine wirtschaftliche Frage, in der staatlichen Tabakfabrik aber keine? Es ist

in schreiendes, ein schweres Unrecht.

daß die staatlichen Betriebe nicht der Gewerbeaufsicht unterstellt werden. Mit denselben Mitteln, mit welchen die Krupp und die Stumm jahrzehntlang den Arbeitern die Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte, sogar die Ausübung des Eherechts verboten haben, arbeitet auch der Staat.

Da frage ich das Zentrum, hat es denn schon ganz und gar vergessen, wie in den staatlichen Gruben des Saarreviers die Arbeiter ihrer politischen und religiösen Anschauungen wegen drangsalariert und vergewaltigt worden sind? Und wenn das Zentrum es als Partei vergessen hat, haben es die katholischen Arbeiter vergessen? Wenn das Zentrum nicht mit allen Mitteln der Parteidisciplin jeden Funken sozialen Geistes erstickt hätte (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), so hätte der Zentrumstreber hier gegen den Minister auftreten müssen. Sehen denn die Führer der katholischen Arbeiter nicht, daß diese Erklärung des Staatssekretärs der schwerste Schlag gegen die Arbeiterbewegung ist, daß sie ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter.

eine Rechtslosmachung der Arbeiter

proklamiert? Wenn von dem maßgebenden Minister solche Proklamation ausgeht, werden die Unternehmer das als eine Aufforderung auffassen, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu nehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ungeachtet seiner politischen Überzeugung hätte jeder Arbeitervertreter dagegen auftreten müssen. Aber die Zentrumsräte und Arbeitervertreter finden kein Wort des Tadels dagegen, sie jubeln ihm sogar zu zur Freude aller Arbeiterfeinde, weil er den Terrorismus der freien Gewerkschaften genehmigt hätte. Gewiß, kommen auch bei den freien Gewerkschaften Fälle von Terrorismus vor. Ich bedauere jeden derartigen Fall, weil er zum Vorteil der Unternehmer gereicht, weil er die Gegensätze und Leidenschaften unter den Arbeitern schürt und ihre Kräfte zersplittert, die besser zum Kampf gegen die gemeinsamen Feinde zusammengeführt werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sind Sie aber frei von Schuld? Wissen Sie denn nicht, daß die Kämpfe um die Organisationsform von jeher in der erbittertesten Weise ausgefochten worden sind? Um die Frage, ob beim Abendmahl die Hostie und der Wein den Leib und das Blut Christi bedeuten oder nicht, und das Blut Christi sind, sind viel mehr Ströme von Blut geflossen, als um die Frage, ob der liebe Herrgott im Himmel ist oder nicht. Die Kämpfe um die Organisationsform haben jahrhundertlang die Arbeiter zum Gaudium der Unternehmer wehrlos gemacht. Ihr Vorgehen gegen die süddeutschen Eisenbahnarbeiter nimmt Ihnen jedes förmliche Recht, gegen sie Klagen über Terrorismus zu erheben. Weder Sie noch die Regierung noch irgendeine bürgerliche Partei hat das Recht, solche Klagen gegen uns zu erheben. Sie proklamieren den Grundsatz, kein Sozialdemokrat darf in den Staatsbetrieben beschäftigt werden, jeder Arbeitgeber hat das Recht, sozialdemokratische Arbeiter ihrer Gesinnung wegen auf die

Straße zu werfen. Sie jubeln dem Minister zu, wenn er den Arbeitern das Koalitionsrecht raubt, wenn er den ehrlichen Arbeiter zwingt, einen Revers zu unterschreiben, den ungesunden nur ein Cheloser unterschreibt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und wenn die Arbeiter hart genug geworden sind, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, dann kommen Sie und klagen über Terrorismus. Wollen Sie, daß der Terrorismus aufhört — auch ich wünsche das lebhaft in Interesse der Arbeiterklasse — dann kämpfen Sie Hand in Hand mit uns, oder Sie müssen schon warten, bis wir so stark sind, jeden Terrorismus von Ihrer Seite und von jeiten der Regierung niederzuschlagen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Aber die christlichen Arbeitervertreter sind ja tatsächlich in einer ungewöhnlichen Situation. (Heiterkeit und Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht ist die Liebeserklärung des Staatssekretärs Delbrück an die christlichen Gewerkschaften eine Folge der päpstlichen Enzyklika. Sie ist ja erst erfolgt, als der christliche Arbeiterbewegung durch die Erklärung des Papstes das Rückgrat gebrochen war. Was diese neue Liebe wert ist, haben wir ja am Sonnabend im preussischen Landtag aus dem Munde des Handelsministers Sydow erfahren. Er hat Sie für besonders tapfer erklärt, weil Sie die Arbeiter nicht zum Streiken gezwungen haben. Wenn aber die christlich-sozialen Arbeiter mit der Überwachung der Vergleute, die ihnen versprochen ist, ernst machen, dann fliegen sie auf die Straße. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ja, wenn sie Sturmbrüche wären gegen die christliche Arbeiterbewegung, wenn sie Verräterdienste leisten wollten gegen ihre Klassengenossen, wird der Staatssekretär Vorbeur über Vorbeur auf sie haufen. In dem Augenblick aber, wo sie für die Interessen ihrer Klassengenossen eintreten, ist es anders. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die

päpstliche Enzyklika

ist ein Dokument von der höchsten Bedeutung für die deutsche Arbeiterbewegung. Ich will nicht auf den Wortlaut und die Interpretation der Bischöfe eingehen. Ich weiß sehr wohl, daß es nur eine Umschreibung des Paulinischen Wortes des Bischofs von Regensburg ist „Der Anecht ist, soll Anecht bleiben“. Wir fällt bei der Interpretation der Bischöfe eine alte Anekdote ein. Ein Mädchen liegt traurig in der Kirche, als alle anderen hinausgingen, und war schließlich ganz allein. Ein Kapuzinerpater fragte sie, was ihr denn so Trauriges passiert sei, und schluchzend gesteht sie, sie habe keine Absolution erhalten wegen ihrer großen Vergehen bei der Liebe. Der Jesuitenpater tröstete sie dann mit den Worten: o mein Mädchen, was verdirbt denn solch ein Jesuitenpater von der Liebe. (Große Heiterkeit.) So sagen sich auch die Bischöfe: was verstehen denn die spanischen und römischen Joloten im Vatikan von den Regeln der deutschen Zentrumspolitik; wenn wir so dumm wären, diese Enzyklika im Wortlaut anzuwenden, so würden wir das Zentrum sprengen, zu Tausenden würden die katholischen Arbeiter vom Zentrum abfallen. Ich glaube, sie weichen damit nicht weit von der Wahrheit ab. Meiner Auffassung nach ist diese Interpretation nur das Karakollum, das die Empfangschmerzen lindern soll. (Heiterkeit.)

Die christliche Gewerkschaftsbewegung soll verschwinden, das ist der Sinn der Enzyklika.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb fordert der Papst denn, daß nur der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter um die Hebung ihrer Klassenlage, um höhere Löhne, um die Hebung ihrer Familie durch die Enzyklika unterbunden wird. Wer hat denn von dieser Enzyklika den Gewinn? Doch nur die Unternehmer. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Zwanzig Jahre Kampf haben die christlichen Gewerkschaften hinter sich. Sie haben da ihre Freunde und Feinde kennen gelernt, und auch die Arbeit ihrer Feinde, und wenn es dem Zentrum beim letzten Vergewaltigungstreue gelungen ist, sie so zu verhehlen, daß sie ihren kämpfenden Brüdern in den Rücken gefallen sind, so hat der Verrat der katholischen Sachverständigen der christlichen Gewerkschaften den Weg geebnet, den der Papst mit der Enzyklika gehen will. Die katholischen Arbeiter werden sich fragen, warum denn bloß gegen die Arbeiter eine solche Enzyklika, warum nicht auch gegen die Unternehmer, warum leiden denn diese nicht Gefahr an ihrem Seelenheil, wenn sie mit Protestanten, Juden, Arbeitern, ja sogar mit Freimaurern (Große Heiterkeit) sich gegen die Arbeiter verbinden. Die Arbeiter leiden Schaden an ihrem Seelenheil, wenn sie sich zusammenschließen, um die Ausbeutung der Unternehmer zu bekämpfen. Wenn aber die Unternehmer sich mit Juden, Christen und Freimaurern zusammenschließen, um den Arbeitern ihre Existenz zu verschließen, dann kommt kein Papst und kein Bischof und sagt, das dürft Ihr nicht ohne unsere Approbation, wir werden erst untersuchen, ob Ihr nicht Schaden an Eurem Seelenheil erleidet. Ein päpstlicher Hostienferant in Aiffingen hat seine katholischen Arbeiter ausgesperrt, weil die Arbeiter in einem protestantischen Betriebe Lohnaufbesserung verlangt haben. (Lebhafte Hört! hört! links.) Die Regierung befragt es, wenn durch die Enzyklika der christlichen Gewerkschaftsbewegung Abbruch getan würde; sie braucht diese Bewegung ja so notwendig. Wie könnte sie denn sonst die „unberechtigten“ Forderungen der Arbeiter zurückweisen?

Der Staatssekretär hofft, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung durch die Enzyklika nicht beeinträchtigt wird, und daß die Bischöfe sich nicht einmengen werden. Ich bin neugierig, ob die Regierung in solchem Fall den Bischöfen entgegenzutreten wird, ob sie es etwa bei dem Bischof Korum getan hat, der seine Finger bei dem Streik im Saarrevier darin hatte. Wenn der Papst eine Enzyklika gegen die Unternehmer herausgegeben hätte, wenn er sich unterfangen hätte, den Unternehmern solche Zumutungen zu stellen wie den Arbeitern, dann hätte der Staatssekretär sich eine solche Einmischung von oben sehr energisch verboten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber er weiß genau so gut wie wir, daß der Papst ihn nie in eine solche Situation bringen wird.

Das Papsttum hat es immer mit den Mächtigen der Welt gehalten.

zu allen Zeiten, und wenn der Sozialismus einmal die Welt erobert hat, so zweifle ich keinen Augenblick daran, daß sich auch das Papsttum zum Sozialismus bekennen wird. (Heiterkeit und Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie alles, was eine Klärung bringt zwischen den Arbeitern und der Kapitalistenklasse, bepröben wir auch die Enzyklika. Die Enzyklika hat uns diese Klärung gebracht, sie zeigt, daß die katholische Kirche es mit dem Unternehmertum hält und gegen die Arbeiter Front macht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese Stellungnahme bedauern wir (Zuruf vom Zentrum), wir bedauern es immer noch, wenn eine Organisation, die zur Verfechtung der Rechte der Arbeiterklasse gegründet ist, vernichtet wird, denn wir haben soviel Vertrauen zur Werkkraft unserer Gedanken, daß wir eine Kontinuität der christlichen Gewerkschaften nicht fürchten. Aber andererseits wissen wir auch, daß die Enttäuschungen und Erbitterten von den anderen Organisationen zu uns kommen werden, gewiß nicht gleich, aber wir können ja warten, denn unser Reich ist nicht von heute. Wenn aber der Tag da ist, wo diese Erbitterten und Enttäuschten sich auf sich selbst besinnen und den Weg zu uns gefunden haben werden, dann werden wir die Regierung zwingen können, eine wirkliche Sozialreform einzuführen. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück: Es ist nicht meine Absicht, heute auf die Ausführungen des Vorredners einzugehen. Erst wenn die Redner der anderen Parteien zu Worte gekommen sind, werde ich dies in einzelnen tun. Jetzt will ich nur eines feststellen. Der Abgeordnete Fischer hat sich auf ein Schriftstück geüßt, in dem ich mich an den preussischen Minister gewandt habe. Er hat dadurch Material benutzt, das nur durch einen großen Vertrauensbruch in meine Hände gelangt sein kann. (Hört! hört! rechts, Lachen und Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ich

muß mich dagegen verwahren, daß Material, welches auf diese Weise in die Hände des Reichstages gelangt ist, gegen die Regierung verwendet wird. Das entspricht nicht der Achtung, die wir hier gegenseitig haben und haben müssen. (Beifall rechts, Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fischer-Berlin (Soz.) (persönlich): Ich habe nur eins zu erklären: Der Vorwurf des Vertrauensbruchs trifft mich nicht. Ich weiß nicht, von wem ich das Material habe, ich habe auch nichts dazu getan, es zu bekommen. Aber darin unterscheide ich mich vom Staatssekretär, wenn er sagt, er müsse Verwahrung dagegen einlegen, daß solche Schriftstücke hier gegen ihn verwendet werden. Ich würde ihm recht geben, wenn die Angriffe nicht von einer Regierung kämen, die Tausende und Zehntausende von Mark ausgibt, um Spigel zu besorgen, die sogar so weit gehen, uns in unsern eigenen Geschäftsräumen zu bespionieren. Eine Regierung, die nichts dagegen einzuwenden hat, daß die Steuergroßen des Volkes für denartige Zwecke verwendet werden, wird es mir wohl nicht übel nehmen, wenn ich auf ihre heutige Erklärung nicht allzuviel Wert lege. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Kaempf rügt den Ausdruck „Spigel“ als unparlamentarisch.

Das Haus vertagt sich.
Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. Kurze Anfragen, Weiterberatung.

Abgeordnetenhaus.

110. Sitzung. Montag, den 13. Januar 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz, Renke, Sydow, v. Breitenbach, Weseler, v. Trost, Schorlemer.

Die erste Lesung des Etats.

Abg. Freiherr v. Zedlitz (H.): Wir vertrauen darauf, daß ein vom Reichstag etwa beschlossene Aufhebung des Jesuitengesetzes an Preußens Einfluß im Bundesrat scheitern wird. (Zustimmung bei den Konservativen und Nationalliberalen. — Unruhe im Zentrum.) Die Protestanten sehen im Jesuitenorden den Todfeind ihres Glaubens und das auf Grund seiner großen Geschichte. Die Wiederzulassung der Jesuiten wäre für uns Evangelische eine Kampfanzeige. — Wir wären dafür, daß alle verheirateten Unterbeamten Teuerungszulage erhalten, das würde die Zufriedenheit steigern. Die Jugendzusage muß ergänzt werden durch die obligatorische Fortbildungsschule. In die Ostmark müssen als Ansiedler zuverlässige Deutsche geschickt werden. Die Verschärfung des Veranlagungsverfahrens ist bloße Gerechtigkeit gegenüber unseren Arbeitern, die durch den Deklarationszwang für die Unternehmer mit jedem Pfennig zur Steuer herangezogen werden. Die Zuschläge müssen beweglich, d. h. ihre Erhebung soll abhängig sein von der Bewilligung des Hauses bei jedem Etat. — Wir müssen die vaterlandstreuen Kräfte gegen die Sozialdemokratie, diese Krankheit, die aber den Kern des Volkes noch nicht erfaßt hat, ausbieten; die Niederbringung der Sozialdemokratie wird mit den Hoffnungen des Auslandes auf diese auch seine Angriffslust vermindern und damit den Frieden sichern. Dazu gehört allerdings auch, daß im Volk der kriegerische Geist der Vorfahren lebendig bleibt, daß das Ausland mit dem furor teutonius rechnen muß, wenn es mit uns anbinden will. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Wenn ein gesetzliches Verbot der gewerkschaftlich-gewerkschaftlichen Volksfürsorge auch nicht möglich zu sein scheint, so sollte die Regierung doch Gegenmaßnahmen der christlich-nationalen Arbeitervereine fördern, überhaupt am besten ein Reichsmonopol für Volksversicherungen schaffen. Gegenüber den demokratisierenden Einflüssen muß die Eigenart Preußens fest und unverändert erhalten bleiben, vor allem sein Leiden nicht mehr ganz den einseitigen konservativen Grundlagen, der Verächtlichmachung des Mittelstandes und eines gesunden Ausgleichs zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen Interessen entsprechendes Wahrecht. Bei einer Wahlreform in der neuen Legislaturperiode wollen wir mitarbeiten, in erster Linie, um diese Grundlagen wieder herzustellen. Damit wird Preußen auch dem Reiche dienen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Finanzminister Dr. Renke antwortet auf verschiedene Bemerkungen der Redner in der bisherigen Debatte, wobei er zum Eisenbahnetat sagt, daß die Eisenbahnverwaltung auch ohne Sonderbewilligung des Finanzministeriums ihren Etat überschreiten dürfe und auch sonstige Fonds dafür bestehe. — Wenn Teuerungszulagen auch nur provisorisch verliehen werden, so zeigt die Praxis, daß solche Zulagen nie wieder aufgehoben werden, weil sonst die Empfänger wirtschaftlich geschädigt würden. Für eine derartig einschneidende Maßnahme haben wir die Mittel noch nicht. Ueberdies mühten Reich und Gemeinden dem Staat folgen und die Mittel fehlen überall. Ebenso für die Gleichstellung der Eisenbahnassistenten in den untersten 5 Gehaltsklassen mit denen des Reiches. Wir können nicht an eine Änderung des Besoldungsgesetzes herantreten, denn sonst kommen von allen Seiten Wünsche und das ganze Gebäude stürzt zusammen. Den Unterstufungsbedürftigen Altpensionäre werden auch ohne Antrag unterstützt.

Wir müssen überhaupt, auch bei der Frage der Zuschläge, nicht nur auf Verschlechterungen der Wirtschaftslage Rücksicht nehmen, sondern auch auf andere bedeutsame Aufgaben, wie die Entlastung der Kommunen. Die Steuerkommission aber hat von den 25 Millionen, die die schärfere Veranlagung bringen soll, 10 Millionen gestrichen! Die Streichung der Zuschläge würde nicht im Interesse des Staates liegen!

Landwirtschaftsminister Dr. Frhr. v. Schorlemer bemerkt gegenüber dem Abg. v. Zedlitz, daß die Beseitigung der Fleischsteuerung nur ein Zweck der inneren Kolonisation sei, deren Haupt- und Endziel die Anhebung von Bauern und ländlichen Arbeitern, in den national gefährdeten Provinzen vor allem, sei. Der Vorwurf der Schwäche kann uns nicht irremachen, wir haben nicht den starken Mann zu spielen, sondern wir würden unverantwortlich handeln, wenn wir nicht auch den Wert und die Wirkung unserer Maßnahmen prüfen und danach den Zeitpunkt ihrer Anwendung (gemeint ist die vom Abg. v. Zedlitz geforderte weitere Polenenteignung, Ann. d. Ver.) bestimmen würden.

Eisenbahnminister v. Breitenbach rechtfertigt die außerordentliche Stärkung des Ausgleichsfonds mit Winderträgen, Tarifermäßigungen, Lohnerhöhungen usw. Wir könnten leicht durch stärkere Heranziehung des Personals Millionen sparen, aber die Arbeitszeit wird von Jahr zu Jahr herabgesetzt. Der Minister spricht dann von Bahnbauten und vom Wagenmangel. Die heftigen Angriffe im Reichstag nehme ich nicht tragisch, denn der betreffende Redner hätte unsere Zahlen nicht angeführt. Weitere Eisenbahngemeinschaften haben ihre Schwierigkeiten, aber bei gemeinsamen Angelegenheiten aller deutschen Eisenbahnen wollen wir mit den anderen Verwaltungen auch weiter Fühlung nehmen. (Beifall.)

Abg. Dr. Seyda (Pole) stimmt den Ausführungen des Grafen Praschka über die Jesuiten zu, protestiert gegen die geschwätzige Rechtsprechung des Erzbischofs Gnesen und Posen und gegen die Jurisdiktion der polnischen Sprache im Kirchendienst. Zu dem Vorwurf gegen die Deutschen sind die Polen durch die Gewalttat der Entleerung getrieben worden und ihr Rufer ist der 1905 vom Präsidenten der Ansiedlungskommission und dem Posener Regierungspräsidenten geforderte Vorstoß gegen die Polen. Wir hoffen, daß diese Massenbewegung die Enteignung wieder weitmachen wird. Da wir nicht das Vertrauen haben, daß die Regierung die Staatsgelder im Sinne der Verfassung, der Königsversprechungen und der Gesetze verwenden wird, lehnen wir den Etat ab. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Dr. Wiemer (Sp.): Mächtig zeigt sich, wieviel besser die Staatsfinanzen liegen, als der Staat ankündigt. Man speichert enorme Summen auf und ruft dabei noch nach neuen Steuern. Die Zuschläge können ruhig abgehafft werden. Bei den Berliner Aufbaumänteln hat man Staatsgelder verschleudert, bei Kulturaufgaben wird gespart. Man sollte die Grundlagen zur Entscheidung dieser Sache rechtzeitig veröffentlichen. Das Ziel der Anhebepolitik billigen wir, aber ob die Mittel die geeigneten sind, ist eine Frage für sich; sie scheinen uns die deutschen Interessen eher zu schädigen. Der polnische Vorkauf schlägt dem deutschen Mittelstand die schwersten Wunden. Wir verwerfen jeden Gewinnabsicht und wollen staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Polen. (Bravo! links.) Das Uebergewicht des Großgrundbesitzes ist der Allgemeinheit schädlich, wir begrüßen deshalb die innere Kolonisation und die Beschäftigung der ländlichen Arbeiter. Wir fordern eine Verbesserung ihrer Rechte und der Sozialgesetzgebung für sie. Wir haben seinerzeit gegen die schlechten Landfrankenlassen protestiert, für die weitere Million zur Jugendpflege stimmen wir, müssen uns aber ein abschließendes Urteil vorenthalten; jede Bevorzugung konfessioneller Vereinigungen verwerfen wir. — Die Dialektik des Grafen Praschma beweist, daß er mit Erfolg Jesuiten-schüler war (Heiterkeit), der Minister hätte energischer auftreten müssen. Wir fordern Gleichberechtigung aller Konfessionen, aber die Vorherrschaft des Staates. Es gab Zeiten, wo das Zentrum mehr demokratisch als konservativ war. (Widerspruch im Zentrum.) In Dresden hat Herr v. Sebodebrand erklärt, daß die Konservativen nicht für die Aufhebung des Jesuitengesetzes stimmen können. Wird das Zentrum da wieder 200 000 Stimmen für die Konservativen bei den Landtagswahlen abkommandieren? (Abg. Hoffmann: Das werden die schon machen!)

Der Redner bedauert, daß in dieser Session keine Wahlreform gemacht wurde, und meint, es könnte immer noch ein Rotgesetz für direkte und geheime Wahl gemacht werden. (Heiterkeit rechts.) Es ist gar keine Rede davon, daß dieses, die Größe des Wahlbezirks berücksichtigende Wahlrecht den Mittelstand zum Schiedsrichter zwischen Arm und Reich einsetze, wie Abg. v. Jedlich behauptet. Die Regierung will erst eine neue Vorlage bringen — unter dem öffentlichen Wahlrecht leidet der Mittelstand am meisten! —, wenn sich die großen Parteien über ihre Grundzüge geeinigt haben. Das heißt die Entscheidung denen überlassen, die gar keine Reform wollen. Mit der Verwaltungsreform scheint man vor den Wahlen ja gar nicht mehr herauskommen zu wollen. Das unfruchtbare Ministerium müßte richtiger heißen: „Ministerium des inneren Stillstandes!“ (Sehr gut! links.)

Dem Befreiungskrieg von 1813 ist eine Vera liberaler Reformen, der Bauernbefreiung und Selbstverwaltung voraus-

gegangen. Daran erinnere ich! Auch heute sind solche Reformen im Staatsinteresse unerlässlich. (Längster Beifall bei der Volkspartei.)

Minister des Innern v. Dallwitz: Die Immediatkommission ist zu abschließenden Ergebnissen gelangt in bezug auf die General-Kommissionen, die Schulverwaltung, das Rechtsmittelverfahren gegen Polizeiverfügungen und das Verwaltungsstreitverfahren. Eine entsprechende Vorlage ist in Vorbereitung. Die Hinterlegungsbildung und das Oberrechnungslammergesetz liegen dem Hause vor, und zahlreiche Vereinfachungen sind im Verordnungsweg verfügt worden, nachdem sie von der Immediatkommission gebilligt waren.

Hundert Güterbezirke sind im Laufe der letzten Jahre aufgelöst worden. Die Gründe, warum die Staatsregierung eine neue Wahlrechtsvorlage nicht gemacht hat, habe ich schon oft genug dargelegt. Die Ablehnung aller Wahlrechtsanträge aus dem Hause zeigt, daß eine neue Initiative der Regierung keine Aussicht gehabt hätte. (Lachen links.) Das vom Abg. Wiemer verlangte Rotgesetz wäre keine organische Entwicklung, würde den Intentionen der Staatsregierung und der Bedeutung des Gegenstandes nicht entsprechen. Es würde auch ein solches Rotgesetz das materielle Stimmrecht nicht unangefastet lassen können, und ein solches Gesetz kann nicht knapp vor Torschluss entschieden werden.

Die Angriffe auf die Regierung wegen ihrer Nichtbeteiligung an der Beratung des Wahlrechtsantrags Kronsohn (Obol) weise ich zurück. Die Regierung beteiligt sich meistens nicht an der Verhandlung von Initiativanträgen, hier war es um so weniger nötig, als sie so oft — übrigens schon Fürst Bülow — die in dem Antrag geforderte Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen als undisziplinabel bezeichnet hat.

Der Minister polemisiert dann gegen den Abg. Dr. Seyda und schließt unter dem Beifall der Rechten mit einem Hinweis auf die von ihm beurteilte antideutsche Polenagitation. Er ruft nach Vorlesungen aus deutschfeindlichen Polenzeitungen über Polen zu, daß sie die Verantwortung für die Vorkommnisse nicht von sich auf andere abzuwälzen in stande sein werden.

Das Haus vertagt sich.
Dienstag, 14. Januar, vormittags 10 Uhr: Weiterberatung.
Schluß 4 Uhr.

Warttpreise von Berlin am 11. Januar 1913, nach Ermittlungen des königl. Veterinärämtes. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,12 bis 20,20, mittel 19,96—20,04, geringe 19,80—19,88. Roggen, gute Sorte 17,28—17,30, mittel 17,20—17,26, geringe 17,20—17,22 (ab Bohn). Futtergerste, gute Sorte 17,40—18,00, mittel 16,70—17,30, geringe 16,00—16,60. Hafer, gute Sorte 19,00—20,40, mittel 17,40—18,00 (frei Wagen und ab Bahn).

Warttpreise 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speldebohnen, weiße, 36,00—50,00. Erbsen 36,00—50,00. Kartoffeln (Kleinbl.) 5,00—8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Krone 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,10—3,00. 60 Stück Eier 4,50—7,20. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Klee 1,00—3,20. Jander 1,40—3,60. Dinst 1,60—2,60. Barde 1,00—2,40. Schote 1,60—3,20. Kleie 0,90—1,40. 60 Stück Ackerse 3,50—24,00.

Witterungsbericht vom 13. Januar 1913.

Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temperat. in °C	Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temperat. in °C
Swinemünde	766 D		2 mäßig	—4	4	Haparanda	775 SH		1	Rebel	—16
Hamburg	763 DSD		4 bedekt	—3	3	Petersburg	770 SHD		1	Regen	—5
Berlin	764 D		3 bedekt	—3	3	Seibitz	753 SHD		3	mäßig	5
Frankf. a. M.	761 SHD		5 Rebel	—5	5	Übersee	759 SH		3	Schnee	2
München	761 SH		2 mäßig	—0	0	Paris	760 SH		1	heiter	1
Wien	763 SHS		1 Schnee	—6	6						

Wetterprognose für Dienstag, den 14. Januar 1913.

Zeitweise aufklarend, vorherrschend mäßiges Frostwetter mit leichten Schneefällen und ziemlich frischen nordöstlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 12. I.	am 11. I.	Wasserstand	am 12. I.	am 11. I.
Remel, Mühl	228 ⁵	—16	Saale, Großk.	120	—16
Bregel, Ankerburg	—17 ⁴	—18	Qabel, Spandau ²	84	—9
Beichel, Thon	168 ⁵	—10	Kaldenow ²	102	0
Dber., Ratibor	156	—1	Spree, Sverberg ²	96	—2
• Krollen	179	—11	Seehof	101 ⁷	—7
• Frankfurt	187 ⁵	—9	Weser, Ründen	186	—21
• Barthe, Schrum	89 ⁵	—6	• Ründen	302	—12
• Landsberg	99 ⁵	—4	Rhein, Maximiliansqu.	355	—1
• Rega, Borsum	35	—5	• Raub	184	—6
• Elbe, Zeitmarsh	10	—22	• Rön	210	—11
• Dresden	—94	—14	Redar, Heilbrom	75	—9
• Harbo	215	—10	Rain, Hanau	176	—2
• Regdeburg	168	—10	Wojel, Xrier	102	—3

¹) u. ²) bedeutet Hoch, — ³) Fall, — ⁴) Unterpegel, — ⁵) starkes Grundelstreichen, — ⁶) schwaches Grundelstreichen, — ⁷) Eistreiben
⁸) Strombreite, — ⁹) Treibeis, — ¹⁰) Eistand.

Oeffentliche Versammlung
am Mittwoch, 15. Januar 1913, abends Punkt 8¹/₂ Uhr,
in den „Industrie-Festhallen“, Venturstr. 19.

„Die Genossenschaft für Ledigenheime“
Referent: Herr Reichstagsabgeordneter **Poss-Dessau**. — Freie Aussprache.
Bei der hohen Bedeutung, welche die Frage der Ledigenheime für alle Kreise hat, dürfen die Einberuher wohl auf zahlreichen Besuch hoffen.
Zur Deckung der Unkosten werden 10 Pf. Eintrittsgeld erhoben.
Die Einberuher:
Spriehaus- und Ledigenheim-Genossenschaft Groß-Berlin
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.
Verwaltung Berlin.

Risten- und Koffermacher.
Mittwoch, den 15. Januar, abends 8 Uhr, bei Hermel, Holz-
marktstraße 21:

Vertrauensmänner - Versammlung
Korbmacher.

Mittwoch, den 15. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Arbeitslosenhaus), Engelufer 14:

Branchen - Versammlung.

Bezirk Charlottenburg.
Mittwoch, den 15. Januar, abends 8¹/₂ Uhr, im Volkshaus,
Rosinenstraße 3:

Mitgliederversammlung.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter
und verwandter Berufsgruppen
Zahlstelle Berlin.
Geschäftsstelle: O. 54, Rulandstr. 10 L. Fernsprecher: Amt Norden 4518

WeiBbierbrauereiarbeiter.

Große Versammlung
Donnerstag, den 16. Januar 1913, abends 7¹/₂ Uhr:

WeiBbierbrauereien beschäftigt. Arbeiter
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1:

Der Ablauf des Tarifvertrages am 30. April 1913 und Beschluß-
fassung über die Kündigung des Vertrages.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen,
zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Afer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt IV, 3014.

Arbeiter-Stenographen-Verein „Stolze-Schrey“
für Berlin und Umgegend.

Neue Anfängerkurse:
Bezirk:

- Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 76, „Jugendheim“, Freitag, 17. u. 24. Januar.
- Wedding, Legler Str. 31 bei Gutshof: Donnerstag, 16. und 23. Januar.
- Osten I, Frankfurter Chaussee 116 bei Blum: Donnerstag, 16. u. 23. Januar.
- Osten II, Wemeler Str. 67, „Comeniusstraße“: Dienstag, 14. u. 21. Januar.
- Osten III, Erdlingstr. 6 bei Dreise: Dienstag, 14. und 21. Januar.
- Gesundbrunnen, Kastanienstr. 2 bei Brinkmann: Montag, 13. u. 20. Januar.
- Norden, Adrstr. 122 bei Riese: Mittwoch, 15. und 22. Januar.
- Reinickendorf-W., Schornweberstr. 54 bei Dallmann: Donnerstag, 16. u. 23. Jan.
- Zentrum, Auguststr. 57 bei Reumann: Donnerstag, 16. und 23. Januar.
- Gewerkschaftshaus, Adalbertstr. 24 bei Schlabig: Freitag, 17. u. 24. Januar.
- Süd-Osten, Lustauer Str. 9 bei Schulz: Freitag, 17. und 24. Januar.
- Neukölln I, Thüringer Str. 26 bei Veit: Mittwoch, 15. und 22. Januar.
- Neukölln II, Rißmannstr. 12: Dienstag, 14. und 21. Januar.
- Moabit, Bielestr. 24 bei Ray Richter: Dienstag, 14. und 21. Januar.
- Tegel, Berliner Str. 84 bei Müller: Dienstag, 14. und 21. Januar.
- Süd-Westen, Hagelbergerstr. 52 bei Ibert: Donnerstag, 16. u. 23. Januar.
- Schöneberg, Apostel-Paulus-Str. 33: Freitag, 17. und 24. Januar.
- Weißensee, Lehderstr. 5 bei Contini: Freitag, 17. und 24. Januar.
- Pankow, Hollanstr. 23: Dienstag, 14. und 21. Januar.
- Charlottenburg, Seidenmeisterstr. 11 bei M. Kurer: Freitag, 17. u. 24. Januar.

Diese Kurse beginnen sämtlich abends pünktlich 8¹/₂ Uhr.
Bezirk Köpenick, Bahnhofsstr. 44 bei Lehmann: Sonntag, 19. u. 26. Januar,
normittags 10 Uhr.

Das Kursgeld beträgt 3 Mark, für Teilnehmer unter 18 Jahren
1,50 Mark. Lehrbuch und Schreibhefte werden gratis geliefert.
Ferner finden in allen Bezirken Fortschrittskurse statt.
Debatte und Schnell Schreibkurse werden in der Kaiserstr. 25 (zur Normal-
uhr) abgehalten. Für Interessenten wird in den Bezirken Auskunft erteilt.
Um rege Beteiligung bitten
Der Vorstand,
J. H. Oster-Schlager, 1. Vorsitzender,
Berlin-Tempelhof, Kaiserin-Augusta-Str. 70.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Pichelswerder**,
an der neuen **beim Alten Freund**.
Deertröche

Kios Cigaretten
Kurprinz 3 Pfg.
Fürsten 4
Welt-Macht 5
Auto-Klub 6
Aero-Klub 10

Klos-BZ Cigarette
Stück 4 Pfennig.

Manoli
Cigarettes
Specialmarken
Abbas Dandy
Gibson Girl

General-Versammlung
der Diebnerschen Sterbe- u. Kranken-
Unterstützungs-Kasse Nr. 23
am Mittwoch, den 22. Januar,
abends 8 Uhr, im Kaiserhof,
Linienstr. 8, 20305

Tagesordnung:
1. Rechenschaftsbericht der Neuvorenen.
2. Wahl eines Vorstehers und eines
Stellvertreters. 3. Wahl eines Re-
visors und eines Stellvertreters.
4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Blumen- und Kranzbinderei
von **Robert Meyer**,
Inh.: **P. Gollets**
Mariannenstr. 2. Tel. Mpl. 346.

**Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek**
Jedes Heft 20 Pfg.

Nur diese Woche gültig:
100 Mark
100 Pfennige in Milchsauc
je 3¹/₂ Pf. Portofrei und gratis je
1 B. Rolupps, Gelee u. Bratbe.
E. Degener, Zwinemünde, 3d

Borussia - Festsäle
Inh. **Georg Wolffgramm**
Adlerstr. 6, 7.
Telephon: Norden 2674
empfiehlt den geputzten Betten
und Gewerkschaften seine 4 Säle
zu Veranlassungen und Vereins-
festlichkeiten. Kulante Bedingungen.
Eingige Sonnendeckel und Sonn-
tage noch frei!

Würzburger Hühneraugenmittel
von **Dr. H. Unger**. — Gegen 30 Pfennig auf 10 St. Anweisung frei.
Ohne Arznei die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.
fort. Das Hühnerauge fällt in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen
Hanfextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Berlin (20 St.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54 — Greif-
Apothek, Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradhalter,
Irrigator, Spritzen etc.,
Suspensoren, sowie
alle Artikel z. Krankenpflege
empfiehlt
Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60.
Eigene Werkstatt. Lieferant für
Krankenkass. Fachgem. Bodienung.

Große Firma vergibt auf Zeit-
zahlung!
Ohne Anzahlung! Reine Rafferte!
Teppiche, Portieren, Gardinen,
Stiere und alle Arten Decken.
Offerte erbeten unter **K. 100**,
Bismarck-Expedition, Adlerstr. 174.

Abhandlungen und Vorträge
zur sozialistischen Bildung.
Herabgegeben 245/19²
von **Max Grünwald**.
Heft 6:
Schiller und die Arbeiter
von **Conrad Haensch**.
Preis 40 Pf.

Siemens Kraftfleisch
muß jede sparsame Hausfrau kaufen.
Billigster und nahrhafter Tafelaufschnitt,
hergestellt aus I. Rindfleisch unter behördlicher Aufsicht. Zu haben in fast sämtlichen einschlägigen Geschäften.
Verantwortlicher Redakteur: Alfred Welsch, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt von Singer u. Co., Berlin SW.

Protest gegen den Fleischwucher.

Während sich die behabigen Bürger mit Wohlbehagen an den Mittagstisch setzen und sich den Sonntagsbraten schmecken lassen, füllten sich fünfundsiebenzig Versammlungshäuser in Berlin und den Vororten mit vielen Tausend Proletariern, für welche Fleischmahrung fast unerträglich geworden ist und die, wenn es hoch kommt, ab und zu nur ein Stückchen minderwertigen Fleisches im Topf haben. — Es wächst zwar hienieden nicht nur Brot genug für alle Menschenkinder, sondern es ist auch das für die Ernährung der arbeitenden Bevölkerung unentbehrliche Fleisch in ausreichender Menge vorhanden, und wenn die deutschen Landwirte Augenblicklich nicht genug davon liefern können, so gibt es im Auslande so viel Schlachtvieh, daß Jäger und Händler den deutschen Markt ausreichend versorgen könnten, wenn nicht die Profitgier unserer unerfährlichen Agrarier dafür gesorgt hätte, daß die Grenzen für die Einfuhr von Vieh und Fleisch gesperrt sind. Mögen die deutschen Arbeiter Not und Hunger leiden, wenn nur die Agrarier im Fett schwimmen. Ihnen zu Gefallen hat die Regierung eine Wirtschaftspolitik ins Werk gesetzt, welche die Folge hat, daß sich die Massen des Volkes schon lange nicht mehr ausreichend ernähren können.

Den unausgesetzten Bemühungen der Sozialdemokratie ist es zu danken, daß seit kurzer Zeit den Großstädten gewisse Erleichterungen für die Einfuhr von ausländischem Fleisch zugestanden worden sind. So mangelhaft diese Zugeständnisse auch sind, so haben sie doch bewirkt, daß dem fortgesetzten Steigen der Fleischpreise Einhalt geboten wurde und daß ein Teil der notleidenden Bevölkerung nicht ganz auf den unentbehrlichen Fleischgenuss verzichten brauchte. Doch denen, die ihren Profit aus den hohen Fleischpreisen ziehen wollen, sind die den Großstädten gewährten Erleichterungen in der Einfuhr verhaßt. Von Anfang an haben Agrarier und Fleischermeister gegen diese Vergünstigungen Sturm gelaufen, und die Regierung, die sich völlig im Sinne der Agrarier befindet, ist bereit, mit den geringen Einfuhrvergünstigungen Schluss zu machen. Der Masse des Volkes droht die Gefahr, daß alle Maßnahmen, welche geeignet sind, auf eine geringe Verbilligung des Fleisches hinzuwirken, binnen kurzem aufgehoben werden. Wie die Regierung dem unerhörten Verlangen der profitlüsternen Agrarier nachgibt, so zeigen sich maßgebende Stellen in der Berliner Stadtverwaltung geneigt, dem Drängen der Fleischermeister zu folgen und die Einfuhr von russischem Fleisch schon am 1. April wieder einzustellen.

Gegen diese Treibereien, welche geeignet sind, die Ernährung der arbeitenden Bevölkerung auf das schwerste zu gefährden, erhoben Zehntausende von Versammlungsbesuchern am Sonntag energischen Protest. Grundtätlich verlangten sie die Beseitigung aller Fleisch- und Viehzölle und als vorläufige Maßnahme zur Erleichterung der Fleischversorgung die Verlängerung der Fristen, welche die Regierung für die Einfuhrvergünstigungen festgesetzt hat. Von der Stadtverwaltung aber wird verlangt, daß sie von den Vergünstigungen den ausgiebigsten Gebrauch mache, unbeeinträchtigt durch das Verlangen einer kleinen, an hohen Fleischpreisen interessierten Gruppe von Geschäftleuten. Und diese Mahnung ist wohl am Platze. Sind es doch gewisse freisinnige Stadtvertreter, die für die Einstellung des Verkehrs von russischem Fleisch durch die Stadt eingetreten sind. Der „Freisinn“ dieser Herren hält es nicht für angebracht, daß die städtischen Behörden sich mit der Lösung sozialer Aufgaben befassen, welche den Profit von Unternehmern und Gewerbetreibenden schädigen könnten.

Diesem engherzigen Standpunkt gegenüber betonten die Versammlungsredner, daß die Versorgung der Bevölkerung nicht nur mit billigem Fleisch, sondern überhaupt mit wohlfeilen Lebensmitteln eine soziale Pflicht der Gemeinden ist, und daß der Staat die Pflicht hat, eine Wirtschaftspolitik zu treiben, welche die Massen des Volkes in den Stand setzt, sich billige Lebensmittel zu verschaffen. Schon leidet die arbeitende Bevölkerung unter drückenden Notstand, hervorgerufen durch die unerträglich hohen Lebensmittelpreise. Die Not muß um so größer werden, je weiter der Weg der gegenwärtigen Zollpolitik verfolgt wird. Unzureichende Ernährung schwächt die Arbeitskraft und die Leistungsfähigkeit des Volkes und unterbindet somit den Lebensnerv der Nation. Darum fort mit allen Zöllen und Einfuhrerhöhungen für Lebensmittel!

Dieser Protestruf wurde einstimmig erhoben in allen Versammlungen, und sie waren, wohin wir kamen, überfüllt. Selbst die größten Säle boten den Andrängenden nicht Raum genug. — Doch über dem Protest gegen den Lebensmittelwucher vergaß man nicht darauf hinzuweisen, daß die Forderungen der Volksmassen um so schneller und um so vollkommener erfüllt werden, je mehr das Proletariat von seiner Macht Gebrauch macht und seine Vertreter in die parlamentarischen und in die städtischen Körperschaften sendet.

In allen Versammlungen wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die am 12. Januar Versammelten stellen fest, daß die Fleischsteuerung es nach wie vor den Massen der wehrfähigen Bevölkerung unmöglich macht, die zur Erhaltung ihrer Gesundheit und Arbeitskraft erforderliche Fleischmahrung sich zu beschaffen. Die den Gemeinden zugestandene Buhertarierung der Fleischzölle auf die Hälfte des bestehenden Buhertarifs, ebenso wie die Erleichterung bei der Einfuhr ausländischen Fleisches in gegenüber der Verteuerung des Fleisches viel zu geringfügig.

Eine ausreichende Versorgung des Marktes kann nur durch volle Öffnung aller Grenzen für die Einfuhr lebenden Schlachtviehs herbeigeführt werden. Die zur Verhütung der Einschleppung von Viehseuchen erforderliche Kontrolle darf nicht zur schändlichen Fernhaltung der ausländischen Zufuhr benutzt werden.

Ferner ist die Beseitigung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes notwendig, um ausländisches Geflügelfleisch einführen zu können.

Der gemäß dem Antrage der Regierung foveben von der Reichstagskommission gefasste Beschluß, die Zollermäßigung nur bis zum 31. März 1914 zu gewähren, zeigt, wie auch in dieser Reichstags die agrarischen Interessen allein maßgebend sind und ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl einzig und allein der Agrarier den Ausschlag gibt.

Mit Empörung erfüllt es aber ganz besonders die Bevölkerung von Groß-Berlin, daß der preussische Landwirt-

schaftsminister die Einfuhr russischen Fleisches nur bis 31. März dieses Jahres bewilligt hat und auch in der Berliner Stadtverwaltung die Reizung besteht, die weitere Einfuhr einzustellen.

Die Versammelten erklären dies als eine brutale Schädigung der Interessen aller Minderbemittelten, der Arbeiter und Handwerker, Gewerbetreibenden und Beamten Groß-Berlins.

Der auf das Betreiben der sozialdemokratischen Stadtverordneten eingeführte Verkauf russischen Fleisches hat wenigstens den schlimmsten Notstand gemildert. Bei Aufhören der russischen Einfuhr würde die Verteuerung noch unerträglicher und die Verelendung der Bevölkerung noch größer werden.

Aufgabe der Kommunalverwaltungen ist es, für die Versorgung des Marktes mit Lebensmitteln ausreichend und dauernd zu sorgen.

Deßhalb fordern die Versammelten, daß der preussische Landwirtschaftsminister baldigst die Einführung des russischen Fleisches auch nach dem 31. März dieses Jahres gewährt und die Berliner Stadtverwaltung dann schleunigst alle Maßnahmen trifft, um die weitere Einfuhr gesunden und frischen Fleisches zu sichern.

Die Versammelten protestieren mit Entrüstung gegen den Widerstand von Fleischermeistern und Viehhändlern, liberalen Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern Berlins, und erklären diesen Widerstand als eine Schädigung des Gemeinwohls.

Ueber die einzelnen Versammlungen erhalten wir folgende Berichte:

Zirkel 2500 Personen füllten den großen Saal der **Brauerei**. Der Referent, Genosse O. Braun, schilderte mit treffenden Worten die bestehende Fleischnot und erntete reichen Beifall.

Der große Saal der **Altem** war dicht gedrängt voll. Das ausführliche Referat des Genossen Strödel wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Trotz der Aufforderung an Gegner, Fleischermeister und Viehhändler, meldete sich niemand von diesen zum Wort.

In den **Arminhallen** referierte vor überfülltem Saale Genossin **Wurm**. Sie legte in kurzen, klaren Worten die Schäden der Fleischsteuerung klar. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Die Versammlung in der **„Drachenburg“** war total überfüllt. Hunderte mußten wieder umkehren. Genosse **Poehsch** erntete stürmischen Beifall für seine Ausführungen. Die Versammlung wurde unter Absingung der **Marseillaise** geschlossen.

Bei **Graumann** in der **Raunhstraße 27** sprach Dr. **Kurt Rosenfeld**. Anwesend waren circa 1000 Personen. Hunderte bewegten sich auf der Straße. Der Referent fand mit seinen Ausführungen lebhaften Beifall und Witze erklangen bei den Vorträgen, die er anführte, um die Fleischnot zu beweisen.

Bei **Beier** in der **Weberstraße** referierte Genosse **Dupont**. Die Versammlung war überfüllt. Anwesend waren 1200 Personen.

In den **„Prachtstätten des Ostens“** betrug die Besucherzahl über 1000 Personen. Referent war Genosse **J. Jubeil**. Das 1½stündige Referat löste reichen Beifall aus. In der Diskussion sprachen die Genossen **Fahrenwald**, **Ojrowski** und **Fraunhöller**, die Ausführungen des Referenten unterstützend und die Anwesenden zum Anschluß an die Organisation auffordern.

Die Versammlung bei **Vorgmann**, **Andreassstraße**, wo der Genosse **H. Glode** referierte, war leider nur schwach besucht.

Der große Saal in der **Brauerei Friedrichshain** war von 3000 Versammlungsbesuchern gefüllt. Die Genossin **Bich** zeigte in ihrem mit brausendem Beifall aufgenommenen Referat, daß die Fleischsteuerung eine notwendige Folge unserer agrarischen Wirtschaftspolitik sei, daß wir immer weiter mit einer Steigerung der Fleischpreise zu rechnen haben und daß die Erfüllung der Forderungen, um deren Willen wir die Versammlungen einberufen haben, nur einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeuten. Der Kampf um billiges Fleisch sei letzten Endes der Kampf um das gleiche Wahlrecht in Preußen und um die Beseitigung aller Ausbeutung.

Im **Prater-Theater** war der Saal überfüllt und polizeilich abgesperrt. Annähernd 2500 Personen mochten wohl in den Räumen Platz gefunden haben. Auf Veranlassung der Leitung der Versammlung wurde der Eingang, der gesperrt war und auch als Eingang zum Garten gedient hatte, freigegeben, so daß noch weitere 500 Personen, trotz der strengen Kälte, bis zum Schluß der Versammlung dortselbst ausharrten. Referent war Genosse **Grünwald**. Einleitend und zum Schluß brachte der Gesangsverein **„Lerche“** einige Lieder zum Vortrag, die mit großem Beifall aufgenommen wurden.

Der Saal von **Waltmieder** in der **Bahnhofstraße** war bis auf den letzten Platz gefüllt. Genosse **Wurm** schilderte, gestützt auf seine Sachkenntnis durch Mitarbeit in den Steuerungskommissionen des Reichstags und der Gemeinde, das Verhalten der Agrarier und ihrer Freunde. Mit der Aufforderung zur unermüdbaren Agitation schloß er unter dem Beifall der Versammelten seine Ausführungen. Die Polizei ging während und nach der Versammlung vor dem Lokal ziemlich rigoros vor und duldete kein Zusammensitzen.

Im **Koebitzer Gesellschaftshaus** waren 2000 Personen anwesend. Referent war Dr. **O. Sohn**, der 1½ Stunden referierte.

In den **Pharusallen** wurde die Versammlung um 12½ Uhr gesperrt. Anwesend waren circa 2000 Personen; circa 1000 konnten keinen Platz mehr finden. Referent war Genosse **K. Liebnecht**. Wie üblich war vis-a-vis in der früheren Senferschen Fabrik eine fliegende Wache untergebracht.

In der überfüllten Versammlung in der **Brauerei**, **Abt. II**, **Chausseestraße**, sprach Genosse **Leid**. In der Diskussion nahm auch das Wort Genosse **Wark**.

Neutal. In **Barisch's** **Fischkälen** war der Besuch ein derartig starker, daß die Polizei frühzeitig zur Abspernung schritt. Das Referat hielt der Genosse **Bäbel**. In 1½stündiger Rede schilderte derselbe eingehend die Not der proletarischen Bevölkerung und wachte in packender Weise zu zeigen, wie die das arbeitende Volk entfleischenden kapitalistischen Mächte, besonders aber das preussische Agrarierturn, unter Inanspruchnahme der staatlichen Hilfskräfte in der rücksichtslosesten Weise die Bevölkerung aushungert, um den eigenen Geldbeutel zu füllen. Daß der Referent den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte, bewies die oftmalige lebhafteste Zustimmung und das donnernde Bravo am Schluß der Rede.

Schöneberg. In den **„Neuen Rathausallen“** hatten sich mehr denn 1000 Personen eingefunden, um den Ausführungen des Referenten, Genossen **Düweli**, zu lauschen. In treffenden Worten wies der Referent nach, daß die Lebenshaltung des Arbeiters nicht im geringsten geändert wurde, obwohl angeblich die Löhne steigen sind. Die Junker verstecken es durch Mißbrauch des Staates, von der Milliarde, die die Zölle einbringen, mindestens 500 Millionen in ihre eigene Tasche zu zaubern. Die Strauchritter veredelten ihr Handwerk und legten sich hinter Schutzzölle und Grenzsperrten, um die Einfuhr von Vieh zu erschweren und zu verteuern. Die Kommunalverwaltungen haben schließlich versucht, der Fleischsteuerung Einhalt zu gebieten und russisches Fleisch eingeführt. Da plötzlich glaubten die Schlächter, revolutionär werden zu müssen und drohten der Regierung und dem Kommunal-

freisinn, wenn der Profit nicht höher wird und die von der Regierung gemachten Zugeständnisse nicht zurückgezogen werden, alles einzustellen, wenn die billige Fleischversorgung nicht endlich aufhört. Das Volk muß dafür sorgen, von den Fleischermeistern, dem Kommunalfreisinn und der Regierung nicht in den April geschickt zu werden und durch einmütigen Protest gegen diese Raubpolitik vorzugehen.

In **Wilmersdorf-Palensee** lagte die von 800 Personen besuchte Versammlung im **„Victoria-Garten“**, **Wilhelmsau**. Die Ausführungen der Genossin **Juchacz** über die Fleischsteuerung wurden mit großem Beifall aufgenommen. Besonders wendete sich die Referentin an die anwesenden Frauen und forderte sie auf, sich mehr als bisher der politischen Organisation anzuschließen. In der Diskussion machte Genosse **Engelhardt** die Anwesenden auf die ausliegenden Handzettel aufmerksam, in welchen die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung auf ihre drei Verkaufsstellen für russisches Fleisch hinweist. Daß gerade auch für Wilmersdorf ein Bedürfnis für russisches Fleisch vorliege, beweisen die in den drei Geschäften erzielten Umsätze, werden doch wöchentlich für 9000 M. russisches Fleisch verkauft, am letzten Sonntag allein für 2100 M. Genosse **Oskar Kiedel** beleuchtete noch die Fleischverteilung der hiesigen Fleischermeister. Zuerst hätten sich an dieser 28 Fleischermeister beteiligt, jetzt nur noch 2. Daraus wäre zu entnehmen, daß sie bei dem hiesigen Fleisch also noch mehr verdienten und so die teuren Fleischpreise auch zum guten Teil von den armen Fleischern beurlaubt würden. Ebenfalls machte der Diskussionsredner auf die großen Knochenberge der Fleischer beim Verkauf des russischen Fleisches aufmerksam und meinte, daß wohl nicht alle Knochen von russischen Schweinen und Rindern stammten. Kurzlich habe am Orte eine Fleischermeisterversammlung stattgefunden, welche gegen die Verteilung des russischen Fleisches durch die Stadt Sturm lief, und in welcher auch beschloßen wurde, das Vereinsvermögen von 400 M. nicht mehr bei der städtischen Sparkasse, sondern bei der Deutschen Bank zu deponieren.

Lichtenberg. In einer von über 2000 Personen besuchten Versammlung protestierten die Einwohner Lichtenbergs gegen die durch die Regierung im Interesse des Junkertums eingeführte Wirtschaftspolitik. Die Versammlung wurde durch ein stimmungsvolles Lied des Arbeitergesangsvereins Lichtenberg eingeleitet. Der Referent, Genosse **Brücker**, kennzeichnete in seinem mit reichem Beifall aufgenommenen Referat die die Volksgesundheit und das Volkswohl gefährdende Interessenpolitik.

Pankow-Nieder-Schönhaufen. Vor circa 700 Männern und Frauen sprach im **„Kurfürsten“** Genosse **Hans Weber**. Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall belohnt. In der folgenden Diskussion behandelte Genosse **Kubig** die Wirkung der Einfuhr des russischen Fleisches im Orte, indem er die Höhe des bis jetzt veräußerten Quantum feststellte und betonte die Notwendigkeit, dafür zu sorgen, daß auch auf weitere Zeit Erleichterung in der Einfuhr russischen Fleisches geschaffen wird.

Reinickendorf. Im großen Saale des **Schützenhauses** sprach unter gespannter Aufmerksamkeit und lebhaftem Beifall der Versammelten die Genossin **Mara Wehl**. Die Resolution wurde von den etwa 800 Anwesenden einstimmig angenommen.

Weißensee. Im **„Schloß Weißensee“** referierte Genosse **Dr. Wehl** vor circa 1000 Personen. In der Diskussion geißelte Genosse **Schlemminger** die Mißstände beim Verkauf des russischen Fleisches im Orte. Auch Genosse **Wehl** teilte mit, daß das offizielle Organ der Schlächtermeister schon darüber jubelt, daß am 1. April der städtische Fleischverkauf aufgehoben wird.

In **Ober-Schöneweide** war der große Saal des **„Wilmersdorfer Hof“** lange vor Beginn der Versammlung überfüllt und immer neue Massen strömten in den weiten Raum, bis auch der letzte Stuhl besetzt war. Genosse **Hekschold** referierte. Seine der Würde des Tages entsprechenden klaren Ausführungen wurden oft von spontanen Zustimmungskundgebungen unterbrochen und äußerte sich der Eindruck der treffenden Darlegungen auf die Versammlung am Schluß in brausendem Beifall. Der Arbeitergesangsverein **Ober-Schöneweide** erhobte die feierlich-selbstbewußte Stimmung der Versammlung durch prächtig vorgetragene Kampflieder vor Anfang und am Schluß derselben.

Geständnis des Raubmörders Sternickel.

Der Name des verhafteten Raubmörders Sternickel, der das furchtbare Verbrechen in Ortwig nunmehr eingestanden hat und auch nicht mehr leugnet, der langgesuchte Verbrecher August Sternickel zu sein, ist jetzt in aller Munde. Man vermutet nicht nur in ihm den Urheber vieler Verbrechen in der Mark, in Sachsen und anderen Landesteilen, sondern macht ihn auch für verschiedene Mordtaten in Berlin, die noch nicht ihre Sühne gefunden haben, verantwortlich. Mit hoher Wahrscheinlichkeit können dem gefährlichen Vurschen wohl eine Menge anderer Straftaten zur Last gelegt werden, andererseits trifft aber das Gerücht nicht zu, daß Sternickel auch den vor Jahren verübten Mord an einer Berliner Prostituierten eingestanden habe.

Es werden aber jetzt Ermittlungen nach anderer Richtung angestellt, die einen bestimmten Verdacht bestätigen sollen. In den Jahren 1909 und 1910 wurden in Schlesien verschiedene Mordtaten verübt, deren sich ein angeblicher „Heubändler Winkler“ um so mehr verdächtig machte, als er an verschiedenen Stellen unter dem Vorwande, Heu kaufen zu wollen, Einbrüche verübte. Dieser „Heubändler Winkler“ wurde seitdem von der Polizei gesucht, es gelang aber trotz einer ausgebreiteten Belohnung von 2000 Mark nicht, ihn zu ergreifen. Verschiedene Umstände deuteten damals darauf hin, daß jener „Winkler“ mit dem gesuchten Sternickel identisch sein müsse. Dessen besondere Spezialität war es nämlich u. a. auch, seine Geueeltaten durch Brandstiftung zu verdecken. Ob Sternickel auch diese Schandtaten vollbracht hat, werden die angestellten Untersuchungen wohl bald ergeben.

Ferner besteht der Verdacht, daß Sternickel auch vor einigen Jahren in Werben a. d. Elbe einen Gutbesitzer erschlagen hat. Schließlich rechnet man auch damit, daß Sternickel gleichfalls an einem furchterlichen Verbrechen beteiligt ist, das vor Jahren in der Provinz Posen verübt wurde und bei dem acht Personen unter den brennenden Trümmern eines Gutshauses ihren Tod fanden. Auch hier muß die nähere Untersuchung erst Licht in diese dunklen Verbrechen bringen.

Im übrigen soll der Name Sternickel auch noch nicht mal der richtige Name des Verbrechers sein, vielmehr soll er auch diesen früher nur angenommen haben. Tatsächlich soll es sich um den am 11. Mai 1866 zu Nieder-Wehanna geborenen Müllersohn August Franke handeln, mit dem sich die Strafgerichte schon seit dem Jahre 1890 zu beschäftigen hatten. Wie bekannt, ist es dem verwegenen Vurschen mehrere Male gelungen, sich der strafbenden Nemesis durch die Flucht zu entziehen. Daß ihm dies jetzt nicht von neuem gelinge, dafür ist jetzt bessere Vorsorge getroffen worden. Unter starker Bedeckung ist er am Sonntagabend von Weizen nach dem Landesgerichtsgefängnis in Frankfurt a. O. gebracht worden, wo eine verstärkte Gendarmenpatrouille einen erneuten Fluchtversuch verhüten soll.

In der Presse begegnet man neuerdings bei der Berichterstattung über Kapitalverbrechen recht sonderbaren Methoden. So

halb die Entdeckung eines Verbrechens geglättet ist, wird mit Namenennung des untersuchenden Beamten die Entdeckungsmethode genau verfolgt und mit dem Lob des betreffenden Kommissars wird nicht gespart. In schon vor einem positiven Erfolg werden reichlich Lorbeeren ausgeteilt und häufig genug mußte der freigiebig gespendete Kranz wieder zurückgenommen werden. Es ist in der Öffentlichkeit auf diese Weise ein Kult der Hermandad entstanden. Aber selbst wenn man an und für sich die Lobpreisungen gelten lassen wollte, so wäre doch nicht zu verkennen, daß sie manchmal über das gebührende Maß hinausgehen. Charakteristisch dafür ist die Aufstellung der schrecklichen Morstaten, die der Massenmörder Sternfels begangen hat. Daß man diesen Menschen endlich unschädlich gemacht hat, ist gewiß eine Veruhigung für die Bevölkerung. Man vergißt aber ganz, daß der Mann lange Jahre hindurch ungehindert zutrauen und morden konnte, daß er unangestört in Menschenmitten lebte. In welcher fürchterlicher Gefahr die Umgebung Sternfels dauernd schwebte, das wird einem erst jetzt so recht bewußt. Dem Menschen mit dem eingefrorenen Gemüte kam es auf ein Menschenleben mehr oder weniger nicht an. Man muß schon auf sagenhaft geordnete Mörderpersönlichkeiten zurückgreifen, um eine Parallele zu diesem Mörder zu finden. In jenen Zeiten hatte die Polizei bei weitem nicht das Untersuchungsmaterial zur Verfügung, das ihr heute die Ausklärung von Verbrechen so sehr erleichtert kann. Es fehlten die wissenschaftlichen Methoden, es fehlte die Schnelligkeit des Nachrichtendienstes, es fehlte die genaue Registrierung aller Persönlichkeitsmerkmale. Obwohl die Polizei heutzutage mit diesem umfassenden Apparat arbeitet, obwohl die Zerrissenheit der Landesgrenzen und der Landesgesetze längst verschwunden ist, konnte ein solcher Mörder doch eine Reihe von Jahren hindurch die freie Luft atmen. Das ist für die schuldbedürftige Bevölkerung nicht gerade eine Veruhigung, es zeigt im Gegenteil, daß die Gemeingefährlichkeit eines Verbrechens heute noch ebenso wirksam werden kann, wie zur Zeit der verbergenden Wälderdichte. Man sieht also, daß der Kult der Hermandad ganz und gar nicht so berechtigt ist, wie diejenigen glauben, welche jede Verbrechensaufklärung mit Lobsprüchen segnen.

Der Eröffnungsrummel des württembergischen Landtags.

Erklärung.

Die Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ hat gestern in ihrem Artikel „Der Eröffnungsrummel im württembergischen Landtag“ die unangehörigen Vorwürfe und Anschuldigungen gegen die sozialdemokratische Landtagsfraktion erhoben. Hätte sich die Redaktion der Keinen Mühe unterzogen, bei der Fraktion nach den Beweggründen ihres Beschlusses zu fragen, so würde sie nimmermehr diesen Artikel veröffentlicht haben. Daß sie nicht die geringste Fühlung mit der Fraktion suchte, sondern blindlings das größte Geschwätz aufzählt, führt uns zu der Annahme, daß sie nicht unterrichtet sein wollte.

Wir bitten, indem wir gegen die Art des Vorgehens der Redaktion schärfsten Protest erheben, die Parteigenossen, sich nicht künstlich in eine erhabte Stimmung versetzen zu lassen.

Zur materiellen Begründung der Haltung der Fraktion möge vorläufig folgendes dienen: Die Fraktion hat sich zunächst von denselben Gesichtspunkten leiten lassen, die 1907 und 1911 für sie maßgebend waren. Im Jahre 1907 sind neben einer die jetzigen Ueberlieferungen der „Tagwacht“ vermeidenden Darstellung des parlamentarischen Primats der Parteigenossen die politischen Gründe der Fraktion mitgeteilt worden. Eine Verheißung der Parteigenossen durch das Parteivorstand wurde allerdings vermieden. Die Parteigenossenschaft des ganzen Landes hat damals die Haltung der Fraktion gebilligt. Die Fraktion würde sich dem Gespött aussetzen, wenn sie in einer solchen Frage das eine Mal so, das andere Mal anders entscheiden wollte. Bei der diesmaligen Entscheidung aber kam noch ein neuer gewichtiger Grund in Betracht. Die Sozialdemokratie hat in allen Parlamenten, wenn sie um die Erfüllung ihrer Ansprüche zu kämpfen hatte, stets erklärt, sie übernehme alle aus der Verfassung und der Geschäftsordnung sich ergebenden Pflichten. Nach der württembergischen Verfassung und der Geschäftsordnung der Zweiten Kammer fiel dem Genossen Tauscher als dem Ältesten die Pflicht zu, das Alterspräsidentium zu übernehmen. Die Erfüllung dieser Pflicht war nur bei Teilnahme an dem Eröffnungsalte möglich. Die Fraktion konnte unmöglich den Genossen Tauscher allein an diesem Akt teilnehmen lassen. Die Annahme der Redaktion, daß die Mitglieder der Fraktion erst nach Schluß der Eröffnungszeremonie hätten eintreten können, beruht auf einer totalen Unkenntnis der württembergischen Verfassung, nach welcher nur vereidigte Mitglieder an den Sitzungen teilnehmen dürfen. Auch die wiedergewählten Abgeordneten konnten nicht zwischen dem Eröffnungsalte und der ersten Sitzung eintreten, weil der Himmel auf den früher geleisteten Eid bei Beginn des Eröffnungsaktes erfolgt und sie dabei anwesend sein oder ihren Eintritt auf den folgenden Tag verschieben mußten. Wenn die Redaktion auf das Verhalten der Reichstagsfraktion hinweist, so hat die Landtagsfraktion eine Parallele mit der Haltung der Reichstagsfraktion bei den verschiedensten Gelegenheiten nicht zu scheuen.

Im übrigen besteht für uns kein Zweifel, daß die erdrückende Mehrheit der Parteigenossen des Landes die Haltung der Fraktion nicht nur billigt, sondern mit großer Befriedigung Kenntnis genommen hat von der Art und Weise, wie unser Parteiveteran Tauscher das Amt des Alterspräsidenten ausgeübt hat. Im höchsten Grade bedauerlich ist es, daß durch die unbedeutendsten Angriffe und die falsche Darstellung der Gründe der Fraktion nicht nur die Wirksamkeit der Fraktion in ihrer Gesamtheit von vornherein aufs schwerste beeinträchtigt und daneben der Parteistreit in Württemberg verschärft wird.

Der Vorstand der Landtagsfraktion.

Die Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ bemerkt dazu: Auf die rein persönlichen Angriffe gegen uns gehen wir nicht ein, damit der Kampf auf streng sachlichem Boden ausgefochten wird.

Die Unterstellung einer bösen unparteiischen Absicht weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück. Die Fraktion hat ihre Stellung zur Eröffnungsfestlichkeit in einer besonderen Erklärung, die in der „Tagwacht“ veröffentlicht worden ist, dargelegt. Diese Erklärung mußte der Redaktion maßgebend sein. Für uns stand die Sache so:

1. Der Fraktion ist bekannt, daß sich die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie klar und deutlich gegen jede Teilnahme an monarchischen Zeremonien ausgesprochen hat.
2. Der Fraktion ist bekannt, daß sich die sozialdemokratische württembergische Landtagsfraktion noch im Jahre 1901 ausdrücklich gegen jede Teilnahme an den Eröffnungsfestlichkeiten ausgesprochen hat.
3. Der Fraktion ist bekannt, daß sie ohne Verletzung der württembergischen Verfassung der ganzen Eröffnungsfestlichkeit fernbleiben konnte.
4. Der Fraktion ist bekannt, daß durch ihre Fernbleiben parlamentarische Rechte und Interessen nicht verletzt werden können.
5. Die Lasten, daß ein sozialdemokratischer Alterspräsident werden konnte, halten wir nicht für bedeutend genug, um deshalb unseren Klassenkampfstandpunkt im Parlament zu verschleiern.
6. Auf diese Punkte geht die Erklärung des Fraktionsvorsitzenden nicht ein.

Sobiel für heute. Wir warten nun ab, welche politischen und sachlichen Gründe die Fraktion endlich für ihre Haltung anföhren wird.

Binnenschifferkonferenz.

Berlin, 13. Januar.

Die dem Deutschen Transportarbeiterverband angehörende Mitgliedschaft der Binnenschiffer, Fischer und Baggerer der Elbe, Oder und märkischen Wasserstraßen begann heute im Gewerkschaftshaus ihre Delegiertenversammlung. Nachdem sich dieselbe konstituiert hatte, erhaltete der Vorsitzende Schünning den Geschäftsbericht für 1912. Die Konjunktur war durchaus günstig. Das hat auch auf die Organisation fördernd eingewirkt. Sie hat sich im Berichtsjahre sehr gut entwickelt. In Steintin und Magdeburg wurden Verwaltungsstellen eingerichtet. Infolgedessen hat die Organisation namentlich im Steintiner Gebiet recht erfreuliche Fortschritte gemacht. Auch die Bezirksabteilung der Mitgliedschaft hat sich gut bewährt. Die Organisation hatte dadurch die Möglichkeit, die Agitation mehr zu spezialisieren. — Die Gesamtzahl der Mitglieder belief sich im Jahre 1911 auf 8762. Sie stieg im Jahre 1912 auf 10542 Mitglieder, die sich auf 1178 Orte verteilten. Den größten Zuwachs erhielt die Mitgliedschaft im Stromgebiet der Elbe. Dort ist eine Zunahme von 3852 auf 5003 zu verzeichnen. Im Gebiet der märkischen Wasserstraßen liegt die Mitgliederzahl von 654 auf 1146, im Gebiet der Oder von 2465 auf 3574. Im Gebiet der Warthe und Neße von 330 auf 445. — Im Gebiet der Saale sank die Mitgliederzahl von 461 auf 314, was aber darauf zurückzuführen ist, daß ein Bezirk, der im vorigen Jahre der Saale zugezählt wurde, jetzt der Elbe zugezählt ist. — Die Zahl der organisierten Fischer stieg von 120 auf 134. Im allgemeinen ist diese Berufsgruppe sehr schwer für die Organisation zu gewinnen und doch tut ihnen die Hilfe der Organisation zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen dringend not. Das haben kürzlich die Fischer der Bromberger Schleppschiffahrtsgesellschaft erfahren. Diese Gesellschaft verpflichtete ihre Fischer durch Unterchrist, zu den längst nicht mehr zeitgemäßen Lohnsätzen, die im Jahre 1906 festgelegt wurden, bis Ende 1915 zu arbeiten. Da die Gesellschaft die Fischer nicht ununterbrochen beschäftigen kann, so müssen diese sich in der Zwischenzeit andere Arbeit suchen. Hat aber die Gesellschaft wieder Fischer nötig, dann verlangt sie, daß dieselben ihre andere Arbeit sofort verlassen, um mit der Fischerei zu beginnen. Für den Fall, daß diese Anordnung nicht befolgt wird, droht die Gesellschaft, sich schadloß zu halten an den früher verdienten, noch nicht verrechneten Fischerlöhnen. Diese rigorosen Bestimmungen gingen selbst den indifferenten Fischern zu weit; aber da sie nicht organisiert waren, konnte die Organisation nichts für sie tun.

Die Fluktuation der Mitglieder ist nicht sehr groß. Sie beträgt im Durchschnitt 25 Proz., im Gebiet der Elbe nur 10 Proz. — Die Vorkonjunktur hatte guten Erfolg. Sie wird von Vertrauensmännern betrieben, die auf besonderen Fahrzeugen die Wasserstraßen befahren und mit den Besatzungen der Schiffe und Rähne in Verbindung treten. — Von den 4070 Neuaufnahmen, die im Jahre 1912 gemacht wurden, kommen 999 auf Großbetriebe, 714 auf Mittelbetriebe, 2357 auf Kleinbetriebe. Zum Zweck der Agitation wurden 36 000 Broschüren und 15 200 Flugblätter verteilt, 331 Versammlungen und 177 Sitzungen abgehalten.

Am Zahnbezug führte die Mitgliedschaft im Berichtsjahre eine Angriffsbewegung, an der 25, und eine Abwehrbewegung, an der 81 Mitglieder beteiligt waren. Außerdem war die Mitgliedschaft an drei Lohnbewegungen anderer Gewerkschaften beteiligt. Alle diese Bewegungen waren erfolgreich. Gegenwärtig sind sieben Angriffsbewegungen im Gange, an denen 9307 Mitglieder beteiligt sind.

Bei der Besprechung des Rechtschutzes kritisierte der Redner den Standpunkt, welchen das Breslauer Gewerbegericht hinsichtlich der Kündigungsentlassung der Schiffer einnimmt. Nach dem Binnenschiffahrtsgesetz kann die Entlassung der Schiffsmannschaften ohne Kündigung erfolgen, wenn die Schifffahrt durch die Einflüsse des Winters behindert ist. Das Breslauer Gewerbegericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß vom 15. November an die Kündigungsentlassung zulässig sei. Das ist ein völlig unbedachtigter Standpunkt, der von jahresweiser Seite nicht geteilt wird. Die Entlassung ohne Kündigung ist erst dann zulässig, wenn des Eises wegen die Schifffahrt nicht fortgesetzt werden kann. — Jeder der Berliner Gewerbegericht wird insofern gellagt, als es die Funktionäre der Organisation nicht als Vertreter der Parteien zuläßt. Hierdurch werden die Interessen der Schiffer, die sich an das Gewerbegericht wenden, empfindlich geschädigt, denn nur selten wird es einem Schiffer möglich sein, nach Einreichung einer Klage sich bis zur Verhandlung derselben mehrere Tage in Berlin aufzuhalten. Eine Vertretung durch einen Angestellten der Organisation ist also hier eine unbedingte Notwendigkeit. Die Organisation wird durch Eingaben an zuständige Stellen versuchen, die Zulassung der Organisationsangestellten zu erwirken. Sie stützt sich hierbei auf sachverständige Gutachten eines Dresdener und eines Hamburger Gewerbegerichts. Beide kommen auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen zu dem Ergebnis, daß sich aus der Zulassung von Funktionären der Organisation als Vertreter vor dem Gewerbegericht keinerlei Ungünstigkeiten ergeben haben.

In der Diskussion über den Geschäftsbericht wurden wesentliche Einwendungen gegen die Tätigkeit des Vorstandes nicht erhoben. An Vorgängen in den verschiedenen Bezirken wurde die rege Agitationsarbeit der Funktionäre illustriert und ein erfreulicher Fortschritt auf der ganzen Linie konstatiert. — In seinem Schlusswort betonte Schünning, die Organisation der Schiffer sei eine solche Macht geworden, daß es im Gebiet der Elbe, Oder und märkischen Wasserstraßen heut keinen Unternehmer mehr gibt, der nicht mit dieser Macht rechnen und Rücksicht auf sie nimmt. Es sei nun die Aufgabe der Organisation, auf dem Wege zur Macht weiterzuschreiten, damit sie die Wünsche der Kollegen zur vollen Anerkennung bringen könne.

Der Kassierer Deilmann erstattete den Kassenbericht. Der Bestand vom vorigen Jahre beträgt 25 450,80 M., die Einnahme 187 447,60 M., die Ausgabe 189 280,43 M., bleibt ein Bestand von 23 617,97 M. Für Unterhaltungen wurden ausgegeben an Arbeitslose 3896 M., an Kranke 10 849 M., an Streikende und Gemahlsregelte 1890 M., Verdigungsgeld 1100 M., andere Unterhaltungen 1040 M., Rechtschutz 1121 M. — Zu einer Debatte gab der Kassenbericht keine Veranlassung.

Eine Konferenz der Lagerhalter der Provinz Brandenburg.

fand am Sonntagmorgen im Gewerkschaftshaus statt. Ein Vortrag über

Waren- und Nahrungsmittelfassungen

von Dr. Rodrich-Hamburg hand zuerst auf der Tagesordnung. Dem Vortrage wurde die größte Aufmerksamkeit gewidmet und in der Diskussion wurden zahlreiche Fragen, Sachangelegenheiten betreffend, an den Referenten gerichtet, die er stets eingehend beantwortete. Hartmann wies in der Diskussion auf die Notwendigkeit hin, sich bei den Einkäufen um die Produktion der Waren zu kümmern, zum Beispiel auf die Hygiene in der Kornvermahlung ein Augenmerk zu richten. Döbner verlangte, daß man die Lagerhalter zu den eingerichteten Unterrichtsreisen der Konjunkturoffiziale zu jähren und heranzieht. Sie wollen und sollen aufgeführt sein über die Beschaffenheit der Waren, das sei für sie noch wichtiger als für die Kaufleute.

Nach dem Schluß der Diskussion fanden

Verbandsangelegenheiten

auf der Tagesordnung. Die erfolgte Verschmelzung des Verbandes der Lagerhalter mit dem Zentralverbande der Handlungsgehilfen wurde besprochen. Viel Aufregung wurde laut über den Nachfolger der „Lagerhalter-Zeitung“, der als „Hilfsleiter“ und Beiblatt der „Handlungsgehilfen-Zeitung“ in seiner ersten Nummer der

Konferenz vorlag. Man verlangte entschieden Besseres als „diesen Handzettel“, wie das Blatt im Lager von einigen Rednern genannt wurde. Die Angelegenheit soll in der nächsten Vorstandssitzung besprochen werden. Auch mit der Frage der Einrichtung eines Arbeitnachweises, der die Lagerhalter große Bedeutung beimeßen, soll sich der Vorstand beschäftigen.

Nach der Präzisierung waren auf der Konferenz anwesend 119 Lagerhalter, davon 88 aus Berlin, ferner 17 Verwaltungsmitglieder, 3 Mitglieder des Hauptvorstandes und einige Gäste.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Eine Delegiertenkonferenz für den Landtagswahlkreis Erfurt Stadt und Land fand am Sonntag in Erfurt statt. Das auch unter der ländlichen Bevölkerung wachsende Interesse an dem preußischen Wahlrechtskampf befandete sich in der erfreulichsten Weise durch die Besichtigung der Konferenz durch die Landorte, von denen 12, zum Teil recht abseits liegende, durch Delegierte vertreten waren. Insgesamt waren 88 Delegierte anwesend. Der Landtagskandidat Genosse Paul Reichhaus-Erfurt hielt einen instruktiven Vortrag über das Wahlverfahren zum preußischen Landtag, dem ein Referat des Genossen Schulle-Erfurt über die Beschlüsse des preußischen Parteitages folgte. Die Resolution über die Wahlstatistik bei den Urwahlen und Abgeordnetenwahlen fand die volle Zustimmung der Konferenz; immerhin ist bemerkenswert, daß Zweifel laut wurden, ob den Aufhandlungsgehilfen mancher Parteigenossen mit den Liberalen auch wirklich ein wirksamer Niegel vorgeschoben ist. — Zur Ausklärung der Genossen auf dem Lande dürfte die Konferenz gute Dienste geleistet haben.

Die drittgrößte Parteiorganisation Deutschlands, der Sozialdemokratische Verein für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis Leipzig-Land hielt am 12. d. M. ihre Halbjahresgeneralversammlung ab. Dem Berichte des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß das vergangene Halbjahr reichliche Arbeit für die tätigen Genossen zurufachte. Die in den letzten Monaten stattgefundenen Gemeinderatswahlen im Kreise haben Erfolge sowohl im Stimmengange als auch in Mandaten erzielt. Es wurden abgehalten 107 Ortsvereinsversammlungen sowie 75 öffentliche, unter letzteren 18 Versammlungen für Frauen. Neuaufnahmen an Mitglieder waren 3373 zu verzeichnen. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1913: 83 815, darunter 5347 weibliche; die Zunahme gegen den 1. Juli 1912 beläuft sich auf 1006. Besonders zahlreich im Verhältnis zu früheren Jahresabschnitten war die Zahl der gestellten Ausschüßanträge. Letzteres ist zurückzuführen auf die in Leipzig erfolgten Gründungen gelber und nationaler Organisationen.

Trotz der großen Arbeit hatte es sich der Vorstand angelegen sein lassen, auch der Ausbildung seiner Mitglieder Rechnung zu tragen. Außer dem für beide Kreise (12. und 13.) seit Jahren bestehenden Bildungsfiskus, für welchen als Lehrstoff Sozialpolitik, Geschichte und politische Ökonomie gewählt ist, sind nunmehr noch fünf innere Bezirkskurse, die in den angeschlossenen Vororten abgehalten werden, eingerichtet worden mit den Themen: „Die Entwicklung in Natur und Gesellschaft“ und „Die Geschichte des Sozialismus“. Jeder in sich abgeschlossene Vortragszyklus umfaßt 13 Abende. Neben diesen Kurzen wurden noch 12 Vortragszyklen für die Funktionäre der außerhalb liegenden Gemeinden eingerichtet, in denen das Parteiprogramm an 10 Abenden erläutert wurde. An 11 Lukenkurzen waren 3196 Teilnehmer an 110 Abenden zu verzeichnen. Für die inneren Kurse ist der Abschluß noch nicht vollständig; es ist aber heute schon zu konstatieren, daß eine durchschnittliche Besucherzahl von 80 Personen für jeden Abend erreicht werden wird. Interessant ist aus der vom Hauptvorstand aufgenommenen Altersstatistik, daß das größte Wissensbedürfnis die Genossen im Alter von 31—40 Jahren entwickelten; sie stellten die höchste Zahl der Teilnehmer in sämtlichen Kurzen.

Zu bemerken ist weiter, daß die Generalversammlung einstimmig ihre Zustimmung zu einer Vorlage des Hauptvorstandes erteilte, monach in Zukunft die Wahl der Delegierten zu Parteikonferenzen durch Urwahl zu erfolgen hat. Die Kassenverhältnisse des Vereins sind ausgezeichnet; hat er doch neben dem vollen Pflichtbeitrag an den Parteivorstand für das ganze laufende Geschäftsjahr noch nahezu 20 000 M. allein für Agitationszwecke im Halbjahr ausgegeben.

Totrufste der Partei.

Im München verstarb im Alter von fast 72 Jahren der Korrektor Oskar Feulert aus Leipzig. Mit Feulert wurde wieder einer der alten Garde aus untern Reihen gerissen. Unter dem Schandgeißel wegen seiner Tätigkeit am „Volkshaus“ mit anderen führenden Genossen aus Leipzig ausgewiesen, wandte er sich nach München wo er seit Mitte der 80er Jahre agitatorisch und rednerisch für die Partei tätig war. Die Einäscherung fand am Montag im Krematorium in München statt.

Von der Parteipresse. Das polnische sozialdemokratische Parteiorgan Preußens, die „Gazeta Robotnicza“ („Arbeiter-Zeitung“) in Krakow, das bisher dreimal wöchentlich erschien, hat den Titel „Dziennik Robotniczy“ („Arbeiter-Tageblatt“) erhalten und erscheint seit dem 1. Januar täglich.

Jugendbewegung.

Gegen die Arbeiterjugendbewegung.

In Essen wird die organisierte Arbeiterjugend hart verfolgt. Gleich zwei Strafmandate erhielt der Kreisvertrauensmann der „Freien Arbeiterjugend“ des Essener Kreises, der Genosse Kabisch. Einmal, weil er eine öffentliche Jugendversammlung abgehalten, und dann, weil er ein politisches Jugendfest veranstaltet haben soll. Die Genossin Gumprich wurde ebenfalls mit einem Strafmandat bestraft, da sie auf dem Jugendfest registriert und als Leiterin des Festes die Teilnehmer aufgefordert hatte, sich zu Ehren der Opfer der Arbeit auf der Feste „Kochringen“ von ihren Plätzen zu erheben. Dadurch sollte das Fest den Charakter einer politischen Kundgebung erhalten haben, an der Jugendliche unter 18 Jahren nicht teilnehmen dürfen. — Auf beantragte richterliche Entscheidung hat jetzt das Essener Schöffengericht den Genossen Kabisch zweimal mit je 3,50 M. und die Genossin Gumprich mit 10 M. Geldstrafe belegt. Für den Genossen Kabisch fiel „erschwerend“ ins Gewicht, daß er wegen „gleicher Delikte“ schon mehrfach verurteilt ist.

Briefkasten der Redaktion.

- Z. 99. Unter Vorlegung Ihres Verhältnisses an das Volksgewehr. — R. 5. Bitte in einer Nachzahlung, uns in die Annonce nicht bekannt. — G. 96. Ein das sächsische Wollenhaus, Witz Jalousiefrage. — H. 96. 13. M. Freie Studentenzeitung. Geschäftsstelle: Hahn, Reichsstr. 16. Auch karitativen Arbeit nachweis in der Hermannstr. — G. 2. 1. Beides richtig. 2—4. Abmachungen mit dem Vorkommen. — G. 5. 100. Wir haben keine Adresse. Fragen Sie bei der Generalkommission der Gewerkschaften Engelw. 15 an. — G. 2. 2. Verlassen Sie es in den Abrechnungsamt, die Sie im Auftragsamt (1. Teil) finden. — G. 2. 3. Wir halten von beiden nichts. — H. 3. 64. Freie Arbeiterzeitung, Charlottenburg, Sophie-Charlotten-Str. 47 bei Döbe. — G. 2. 25. Rührerfrage 2129. Vordereige Umwandlung in mifam. — G. 2. 2. 1913. Section der Sozialen im Gewerkschaftsbund, Engelw. 15. Mitteilung des Transportarbeiterverbandes. — Seite 50. Willen einschicken wir nicht. — B. 5. 15. Straßener Weg 1/2 Bureau des IV. Wahlkreises. — Straßener, Ja. — B. 2. Genosse Kautzmann an der Güterannahmestelle des Kanalar Bahnhofs. — Seite 29. Wegen Abdruck in einer Tageszeitung an diese direkt. Verhandlung Vorwärts, Lindenstr. 62.

Unserem Genossen
Fritz Zietz
zu seinem 50. Geburtstag
die herzlichste Gratulation
von den Freunden und Genossen
des Bezirks 741. 20315

Unserem lieben Genossen
Theodor Grenz
die herzlichste Glückwünsche
zur Silbernen Hochzeit.
Die Genossen und Genossinnen
des 739. Bez. des 6. Wahlkreises

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
d. 2. Berl. Reichstagswahlkreises.
Bezirk III.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Tischler

Hermann Nitzke
Solmsstraße 26, im Alter von
58 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am
Dienstag, den 14. Januar, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, im städtischen
Krematorium in der Geilich-
straße 37/38.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am 9. d. M. starb nach zwei-
wöchiger Krankheit unser lieber
Kollege, der Tischler

Hermann Nitzke.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt heute
nachmittags 4 1/2 Uhr im städtischen
Krematorium, Geilichstr. 37-38.
Die Kollegen
der Firma Kimbel & Friederichson

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises.
Köpenicker Viertel.
Nachruf!

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Tischler

Wilhelm Wolff
Bückerstr. 3, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am
Montag, den 13. Januar, auf
dem Genuß-Kirchhofe in Neu-
kölln statt.
210/5 Der Vorstand.

Nach schwerem Leiden starb am
Sonntag, den 11. Januar,
meine liebe Frau

Auguste Freythaler.
Die Beerdigung findet von der
Halle des städtischen Friedhofes
in Friedrichstraße aus am Mitt-
woch, den 15. Januar, nachmittags
2 1/2 Uhr statt.
Wilh. Freythaler,
Gartenplatz 1.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Am 11. d. Mts. verstarb unsere
Genossin, Frau

Auguste Freythaler
Gartenplatz 1. (Bezirk 642.)
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, den 15. Januar, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des städtischen Friedhofes
in Friedrichstraße aus statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.
224/9 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Allen Parteigenossen zur Kennt-
nis, daß die Genossin

Auguste Freythaler
(Gartenplatz 1)
nach schwerer Krankheit verstorben
ist. Die Beerdigung findet Mitt-
woch nachm. 2 1/2 Uhr, von der
Halle des städtischen Friedhofes
in Friedrichstraße aus statt.
Die Genossen des Bez. 624.
6. Kreis.

Verein für Frauen und Mädchen
der arbeitenden Klassen.
Am Sonntag, den 11. Janu-
ar starb unser langjähriges
Mitglied, die Genossin

Auguste Freythaler.
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, den 15. Januar, nachmittags
2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
straße aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
203/2 Der Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern zur Nachricht
daß unser Kollege, der Buchbinder

Theodor Kulbe
nach langem, schwerem Leiden
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 14. Januar, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, auf dem Geilich-
hof-Kirchhof, Schönhausen-
Nordend, statt.
Ferner verstarb nach längerem
Leiden unser Kollege, des Karton-
arbeiter

Hugo Schellack
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 14. Januar, nach-
mittags 2 Uhr, auf dem Ge-
meinschaftsriedhof in Köpenick
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Klempner

Herm. Merker
Kraußstr. Hermannstraße 27,
am 11. d. Mts. an Magenleiden
gestorben ist.
Die Beerdigung findet Mittwoch,
den 15. Januar, nachm. 3 Uhr, von
der Leichenhalle des Jerusalem-
Kirchhofes in Kreuzbän, Hermann-
straße, Kirchhof 5, aus statt.
Ferner starb unser Mitglied,
der Schlosser

Johann Kowatschütz
Brandenburgstraße 62
am 11. Januar an Augenleiden.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 14. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Jakob-Kirchhofes
in Kreuzbän, Hermannstraße, aus
statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
110/16 Die Ortsverwaltung.

Verband der Gastwirtsgehilfen.
Ortsverwaltung Berlin I.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied

Gustav Steinlandt
im Alter von 77 Jahren am
10. Januar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 14. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Jakob-Kirchhofes
in Kreuzbän, Hermannstraße, aus
statt.
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Verband der Irenen Gast- und
Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Lichtenberg, Bez. III.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Kollege

Richard Krüger
(Schillerstr. 18) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 16. Januar, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, vom Rummels-
burger Krankenhaus aus statt.
Die Kollegen treffen sich bei der
Kollegin Johanna Jahn, Prinz-
Albert-Str. 23, am 2 Uhr.
Um rege Beteiligung ersucht
72/3 Die Ortsverwaltung.

Verband der
Fahrer Deutschlands.
Zahlstelle Groß-Berlin.
Am Sonntag, den 12. Januar,
verstarb unser langjähriges Mit-
glied

Richard Krüger.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 16. Januar, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, vom Kranken-
haus Rummelsburg aus nach
dem Rummelsburger Gemeinde-
Friedhof statt.
Rege Beteiligung erwartet
56/3 Die Ortsverwaltung.

Heute abend verschied nach
langem Krankenlager unser lieber
Vater, der Tischler

Gustav Franzke.
Der Namen der Hinterbliebenen
Ottowolf,
Beiln, Hallesche 10.
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, nachmittags 3 Uhr, auf dem
Sonnenbühlhof in Köpenick
aus statt.
62/3

Dankfagung.
Für die rege Beteiligung an der
Beerdigung meines lieben Mannes
sage ich allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, insbesondere dem
Deutschen Holzarbeiter-Verband und
den Kollegen der Firma J. C. Wolf,
meinen herzlichsten Dank.
204/6 Frau Amalie Schulz.

Am 12. Januar 1913, abends
10 Uhr, verschied nach langem
schwerem Leiden mein lieber
Vater, unser guter Vater, der
frühere Gastwirt

Ernst Wegener.
Um stille Teilnahme bittet
Frau Karoline Wegener,
geb. Peter,
Ulrichstr. 23.
Die Beerdigung findet Donner-
stag, den 16. Januar, nachmittags
2 1/2 Uhr, von der Halle des
Kaiser-Kirchhofes in der Geilich-
straße aus statt.
75/1

Am 11. Januar, früh 8 Uhr,
verstarb nach langem, schwerem
Leiden meine liebe Frau, unsere
gute Schwester, Schwägerin, Tante
und Großtante, Frau

Otilie Schneider
geb. Lortz.
Um stille Teilnahme ersucht
Alfred Schneider.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 15. Januar,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Zentralriedhofes
in Friedrichstraße aus statt.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.
Berlin VI.
Nachruf.

Am 9. Januar verstarb plötzlich
unser Mitglied

Wilhelm Schulz.
Ehre seinem Andenken!
257/2 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die zahlreichen Teilnahme bei der
Beerdigung meines innig geliebten
Mannes, unseres unvergesslichen
Vaters, sagen wir allen Bekannten,
Kollegen und Genossen, insbesondere
dem Gesangsverein der Bayer Berlin
unseren innigsten Dank.
62/1

Wwe. Helene Adami
nebst Kindern.
Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung meines
unvergesslichen Sohnes und guten
Bruders, des Schriftsetzer

Karl Kleinfeldt
sagen wir allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, den Kollegen der
„Berliner Morgenzeitung“ sowie den
Genossen des 6. Berliner Reichstags-
wahlkreises unseren herzlichsten Dank.
203/5 Familie Kleinfeldt.

Für die zahlreichen Kranzspenden
und sonstige Aufmerksamkeit, welche
mir bei der Beerdigung meines
Sohnes erwiesen wurden, sage ich
hiermit allen Beteiligten meinen
besten Dank.
203/5 Frau Retzlaff nebst Tochter.

Für die so überaus reiche Teil-
nahme und die herrlichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
unvergesslichen Mannes, unseres lieben
Vaters

Ludwig Krolewski
sagen wir allen Beteiligten unseren
herzlichsten Dank.
203/5 Witwe Elisabeth Krolewski
und Kinder Gertrud und Richard.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56
Große Auswahl in schwarzer
Konfektion; auch einz. Röcke,
Blusen, Hüte etc. Anfertigung
nach Maß in 12 Stunden.
Aenderungen sofort.

Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
beliebigen und billig Paul
Gross, Lindenstr. 60, Tel. Wpl. 72/3.

Man beachte unsere morgige Annonce betr.

Juventur
Ausverkauf
(Knabenkleidung)
zu teilweise
**noch nie da-
gewesenen**
Preisen

BAERSONN

Chausseestraße 29/30 11-Brückenstraße 11
Gr. Frankfurterstr. 20. Schönberg, Hauptstr. 10

Vornehme **Herren-** Bekleidung
fertig und nach Maß
erhalten Sie in der modernen
Mass-Schneiderei
J. Kurzberg
auf Wunsch Wochenrate

von **1 Mark** an

Mein Urteil steht fest,
daß Ihr „Wacholder-Extrakt Medico“ von aus-
gezeichnetester Wirkung ist und daher der leidenden Menschheit nicht
warm genug empfohlen werden kann. Ich bin 53 Jahre alt und
habe an mangelhafter Blutcirculation sowie geringer Tätigkeit der
Auscheidungsorgane. Dadurch hatten sich nervöse Erscheinungen
wie mich Angstgefühl, Unruhe, Herzklopfen, Kopfschmerzen, lebhafte
Schmerzen im Kopf, das es mir nicht möglich war, zu denken.
Nachdem ich viel an Heilmitteln zu haben - Schon nach
kurzem Gebrauch Ihres Wacholder-Extraktes blieben die Kopf-
schmerzen weg, der Kopf sowie der ganze Körper wurden leichter,
es stellte sich die bessere Adaperperiode ein verbunden mit einer
Vitalität- und Lebensfreude, aber die ich seit Jahren nicht mehr verfügte.
G. L., Oberinspektor.

Reichels Wacholder-Extrakt Marke „Medico“ ist niemals
aufgenommen, sondern garantiert rein und frisch nur in Original-Flaschen
à M. 1.50, 2.50 und für längeren Gebrauch große Packungen (siehe
vorteilhaft) M. 6.- in den Drogerien und Apotheken erhältlich,
wenn nicht, wende man sich an

Otto Reichel, Berlin 48, Eisenbahnstr. 4.
Man achte aber scharf auf Wort und Marke „Medico“ die allein für Echtheit und Güte bürgt.

Ein Guter Trunk
an Stammtisch und im Hause
sind unsere Biere, weil reich an Nährstoffen und
arm an Alkohol, daher nahrhaft und bekömmlich.
Überall zu haben in Flaschen, Kannen und Öpphon.

BÖHMISCHES BRAUHAUS
NO 18. Teleph.: Amt Köpenick 200, 4.88/0

Josefetti
VERA
Qualitäts-3 Pfg. Cigarette

Gibt es in Berlin noch überfüllte Gemeindefchulklassen?

Der Magistrat teilte Anfang Dezember durch sein Nachrichtenamt den Zeitungen mit, daß in den Gemeindefchulen Berlins im Winterhalbjahr 1912/13 die Besetzung der Klassen sich durchschnittlich auf 43,58 Kinder pro Klasse stellt. Zur Vergleichung zog die Notiz des Nachrichtenamts nicht das Sommerhalbjahr 1912, sondern das Winterhalbjahr 1911/12 heran, wo der Durchschnitt noch 43,89 Kinder pro Klasse war. Hierzu wurde damals im „Vorwärts“ die ergänzende Anmerkung gemacht, daß im Sommer 1912 die durchschnittliche Klassenbesetzung auf 43,46 Kinder pro Klasse stand. Demnach habe, sagten wir, der Winter 1912/13 nicht eine weitere Besserung des Durchschnitts, sondern leider eine Verschlechterung gebracht.

Jetzt hat der Magistrat den Stadtverordneten die übliche Zusammenstellung über die Frequenz der Gemeindefchulklassen für dieses Winterhalbjahr vorgelegt. Aus ihr ist zu ersehen, daß die besonderen Frequenzkurven der einzelnen Klassenstufen sich vom Sommer 1912 zum Winter 1912/13 teils weiter ermäßigt, teils wieder erhöht haben. Unangenehm fällt besonders auf, daß gerade für die achten Klassen eine sehr merkwürdige Erhöhung der durchschnittlichen Frequenz eingetreten ist. Vom Sommer 1912 zum Winter 1912/13 sank oder stieg die durchschnittliche Besetzung der Klassen I von 34,27 auf 34,75, der Klassen II von 34,49 auf 34,75, der Klassen III von 40,45 auf 40,23, der Klassen IV von 43,16 auf 43,46, der Klassen V von 46,71 auf 46,88, der Klassen VI von 47,89 auf 47,47, der Klassen VII von 47,12 auf 46,67, der Klassen VIII von 48,16 auf 48,82. Durchschnittszahlen geben natürlich kein klares Bild der tatsächlichen Verhältnisse. Ob noch Überfüllung von Klassen besteht, lassen die Durchschnittszahlen nicht erkennen. Im einzelnen kann die Besetzung mancher Klassen weit über den Durchschnitt hinausgehen, wofür sie dann bei anderen Klassen vielleicht ebenso weit unter dem Durchschnitt bleibt. Selbstverständlich wäre eine Frequenz von 48,82 Kindern pro Klasse, wie wir sie bei den achten Klassen als Durchschnitt finden, selbst als Maximalfrequenz viel zu hoch.

Aber wie wollen wir nicht erörtern, welche Frequenzen als die höchsten zugelassen werden können, wenn die Arbeit der Schule noch Erfolg haben soll. Wir wollen nur wieder mal untersuchen, wie weit die Schulverwaltung der Stadt Berlin diejenigen Grundzüge respektiert, die sie selber über die Höchstfrequenzen aufgestellt hat. Gegenwärtig gilt der Schuldeputation für die Klassen I bis IV eine Frequenz von 50 und für die Klassen V bis VIII eine Frequenz von 55 als normal. Sie macht aber dabei von vornherein die Einschränkung, daß sie es noch nicht für schlimm hält, wenn auch mal ein paar Kinder mehr in eine Klasse hineingesteckt werden. Sehen wir zu, wie oft in diesem Winterhalbjahr die von der Schuldeputation selber als Norm hingestellte Zahl überschritten worden ist. Klassen, deren Besetzung darüber hinausgeht, zählen wir: bei den ersten Klassen eine mit 51 Kindern; bei den zweiten Klassen eine mit 52 Kindern; bei den dritten Klassen zwei mit 51, eine mit 52 Kindern, zusammen drei Klassen; bei den vierten Klassen 14 mit 51, 11 mit 52, 5 mit 53, 2 mit 54, 1 mit 55, 1 mit 56, 1 mit 57 Kindern, zusammen 35 Klassen; bei den fünften Klassen (von hier ab ist 55 normal) 6 Klassen mit 56, 6 mit 57, 1 mit 58, 1 mit 59 Kindern, zusammen 14 Klassen; bei den sechsten Klassen 19 mit 56, 7 mit 57, 4 mit 58, 2 mit 59, 1 mit 60 Kindern, zusammen 33 Klassen; bei den siebenten Klassen 15 mit 56, 7 mit 57, 5 mit 58, 1 mit 59 Kindern, zusammen 28 Klassen; bei den achten Klassen 30 mit 56, 20 mit 57, 8 mit 58, 7 mit 59, 1 mit 60 Kindern, zusammen 66 Klassen. Das sind im ganzen 181 Klassen (falls wir nicht noch einige übersehen haben), in denen die Norm überschritten worden ist. Von den zusammen 40 Klassen I bis IV, die übermäßig (mit mehr als 50 Kindern) besetzt waren, hatten 17 je 51 Kinder, 13 je 52, 5 je 53, 2 je 54, eine 55, eine 56, eine 57 Kinder; von den zusammen 141 Klassen V bis VIII mit übermäßiger Besetzung (mehr als 55 Kinder) hatten 70 je 56 Kinder, 40 je 57, 18 je 58, 11 je 59, 2 je 60 Kinder. Nimmt man die 181 Klassen ohne Unterscheidung der Klassenstufen, so waren übermäßig: je 1 Kind in 87 Klassen, je 2 in 53, je 3 in 23, je 4 in 13, je 5 in 3, 6 in einer Klasse, 7 in einer Klasse.

Will da einer bestreiten, daß es in Berlin noch überfüllte Gemeindefchulklassen gibt?

Partei-Angelegenheiten.

Zempelhof. Heute Dienstag: Fortsetzung des Kurses über „Die Technik der Landtagswahlen“, im Bismarckgarten, Werlter Straße 9. — Mittwoch, den 15. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Genossenschaftswirtschaftsausschuss, Dorfstraße 50: Generalversammlung. Auf der Tagesordnung steht u. a. Bericht vom preussischen Parteitag, Bericht des Vorstandes, Neuwahlen, Stellungnahme zur bevorstehenden Landtagswahl.

Johannisdorf. Mittwoch, den 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Arbeiterheim: Mitgliederversammlung des Wahlvereins mit Frauen. Tagesordnung: 1. Vortrag über „Schulhygiene“. Referent: Genosse Dr. Alf. Bernstein. 2. Die bevorstehenden Landtagswahlen. u. a. m.

Berliner Nachrichten.

Um die armen Kinder!

Die Weihnachtsfeiertage sind verrauscht. Die Angehörigen der Bourgeoisie haben wieder eine kurze Ruhepause. Wie haben sie sich abmühen müssen im Weltkrieg um die Wohltätigkeit. Wieviel Veranstaltungen allein haben unter dem Dedmantel: Für die armen Kinder! stattgefunden. Für die armen Kinder wurde gesungen, getanzt, gegessen, getrunken, gefirt! Welch gewaltige Anstrengung! Und dann kamen die Bescherungen für die armen Kinder. Wie konnte man sich da zeigen im Seidenkleid, mit Brillanten und anderem kostbaren Schmuck. Welch schöne Zeit war das! Und das alles um der armen Kinder willen. Man gehörte zur Crème der Gesellschaft, die für die Armen sorgte!

Die Feiertage sind vorüber. Die armen Kinder sind immer noch da. In schlachten dünnen Kleidern gehen sie einher. Viele müssen schon sehr früh aufstehen. Was Vater und Mutter verdient, reicht nicht zum Leben. Und fast ist es auch Kohlen noch auch noch sein. Da sollen die Kinder zum Verdienst beitragen. Es ist vielfach bittere Not, die die Kinder zur Mitarbeit nötigt. In aller Frühe tragen die Kinder Frühstück, Zeitungen und Milch aus. Viele sind noch im zartesten Alter. Zwar gibt es ein Kinderschutzgesetz, das die Mitarbeit solcher Kinder verbietet. Aber was hilft es

vielfach, die Not verfehlt, diese gesetzlichen Schutzbestimmungen zu umgehen. Der Vater oder die Mutter meinen, ohne die Arbeit der Kinder müßten sie verhungern. Sie bedenken aber nicht, daß die Kinder auch einmal erwachsen werden und dann auch um ihr Dasein kämpfen müssen. Werden sie heute schon zu intensiver Arbeit herangezogen, so werden sie frühzeitig krank und stoch und können den Kampf ums Dasein gar nicht kämpfen. Ein müdes, abgearbeitetes Kind kann dem Schulunterricht nicht folgen und auch nicht das Benige in sich aufnehmen, das heute in der Volksschule geboten wird. Und dann die Gefahren, die die Kinder umlauern. Ist es dann so verwunderlich, wenn gerade solche Kinder im jugendlichen Alter den Gerichten als Objekte dienen müssen? Gerade die Kinder, die schon frühzeitig in die Erwerbsarbeit hineingezogen werden, die durch die Not der Eltern jeder Aufsicht, jeder geordneten Erziehung entbehren, gerade sie liefern die größte Zahl der jugendlichen Verurteilten. Oder aber man steckt diese Kinder in Fürsorgeanstalten, wo sie körperlich und geistig erst recht verkommen.

Und wie wird die Kinderarbeit entlohnt! Nummer und überall mit ein paar Bettelpennigen. Da trägt ein elfjähriger Junge Frühstück aus und erhält neben ein paar Schrippen 30 Pf. die Woche, also noch nicht 5 Pf. pro Tag. Ein anderer handelt mit Lampenschirmen und verdient täglich 25 Pf. Hier schlägt ein Kind mit dem Handel von Schnürsenkel und Rohr täglich 20 Pf. heraus und dort ist sogar ein Neunjähriger als Handlanger und Laufbursche in einer Tischlerei beschäftigt. Die Arbeit machte früher ein Hausdiener. Der Knabe darf sich als einzige Entlohnung abends Brennholz mit nach Hause nehmen und der Arbeitgeber ist noch der Meinung, daß er der armen Familie eine Wohltat erweist. Die Verkäufer der Wollwolle, die zum Teil ihre Gewinne aus den Knochen der zeitungstragenden Kinder ziehen, drücken ihren Austrägerinnen gegenüber beide Augen zu. Sie müßten ja auch höhere Löhne zahlen, wenn sie verlangen, daß die Arbeit nur von Erwachsenen verrichtet würde. Und was soll man zu der schamlosen Annonce sagen, die neulich ein bürgerliches Blatt veröffentlichte, in der Hausarbeit an kinderreiche Familien ausgeschrieben wurde?

Demgegenüber ist die Kinderbeschaukommission bemüht, die Eltern über die Schädlichkeit der Kinderarbeit aufzuklären und die Kinder so viel als möglich vor Überbürdung und Ausnutzung zu bewahren. Gewiß sind die heutigen sozialen Verhältnisse die Ursache dieser häßlichen Erscheinung der Kinderarbeit. Aber es muß auch heute schon versucht werden, die größten Auswüchse zu verhindern. An Stelle der Kinderarbeit wird dann vielfach die Beschäftigung Erwachsener treten müssen, deren es genug gibt, welche die Arbeit verrichten.

Ein wirksames Mittel hat da jeder Sozialdenkende in der Hand. Er lasse die Waren, die er benötigt, sich nicht von Kindern bringen, er sage dem Bäcker, dem Milchlieferanten und anderen „Kinderfreunden“, daß er die Rundschaft kündigt, wenn er von Kindern bedient wird. In Arbeiterquartieren wird diese Maßnahme immer stärker ausgeübt. Es ist charakteristisch, daß in diesen Vierteln durch die Tätigkeit der Kinderbeschaukommission erhebliche Besserung eingetreten ist; man sieht heute dort weniger Kinder Frühstück, Milch und Zeitungen austragen als früher, während in den Bezirken des reichen Westens diese Kinderarbeit in voller Blüte steht. Dafür wirken die Leute in B.B. auch auf Wohltätigkeitsveranstaltungen für die armen Kinder.

110 Prozent Gemeindesteuerzuschlag in Schöneberg und Charlottenburg.

Wie wir hören, beabsichtigen die Magistrate von Charlottenburg und Schöneberg, ihren Stadtverordnetenversammlungen bei der Vorlage des Etats für 1913 die Erhöhung des Gemeindefinkommensteuereinzuschlages auf 110 Proz. vorzuschlagen.

Die Viehzählung, die am 2. Dezember 1912 angeführt wurde, war umfassender als die des Vorjahres. In den letzten Jahren waren nur Pferde, Rinder, Schafe und Schweine gezählt worden, diesmal aber erstreckte die Zählung sich auch auf Maultiere, Esel, Fiedervieh und Bienensstöcke. Tiere der bei der Zählung berücksichtigten Art wurden für 1912 im Stadtgebiet Berlin bei 13 175 Haushaltungen ermittelt, die sich auf 7644 Grundstücke verteilten, während Berlin am Zählungstage 30 122 Grundstücke hatte. Für 1912 wurden gezählt 46 271 Pferde, 11 143 Rinder, 39 Schafe, 1967 Schweine, gegenüber 49 057 Pferden, 10 991 Rindern, 18 Schafen, 1962 Schweinen in 1911. Ferner wurden bei der Zählung von 1912 vorgefunden 52 Maultiere, 38 Esel, 559 Fiegen, 61 800 Stück Fiedervieh, 115 Bienensstöcke. (Der Vieh- und Schlachthof mit seinem Viehbestand ist außer Betracht gelassen.) An dem Ergebnis aus 1912 fällt besonders die weitere und sehr beträchtliche Verminderung der Pferde auf, von 49 057 in 1911 auf nur noch 46 271 in 1912. In demselben Umfang, wie in 1912, war die Viehzählung zum letzten Mal in 1907 ausgeführt worden. Damals wurden (abgesehen vom Vieh- und Schlachthof) in 13 545 Haushaltungen, die sich auf 8383 von überhaupt 29 524 Grundstücken Berlins verteilten, noch 52 567 Pferde, 11 963 Rinder, 112 Schafe, 1512 Schweine gezählt, ferner 23 Maultiere, 56 Esel, 571 Fiegen, 59 706 Stück Fiedervieh, 77 Bienensstöcke. Bei einer Vergleichung der Ergebnisse aus 1907 und aus 1912 ergibt sich ein bedeutender Rückgang des Pferdebestandes, andererseits ein erhebliches Mehr, besonders von Schweinen. Die einzelnen Stadtteile waren in 1912 an den Gesamtzahlen wieder sehr ungleich beteiligt. Die Pferde waren am zahlreichsten da, wo Kasernen von Kavallerie- und Artillerie-Regimentern liegen, außerdem in einigen Stadtteilen, die Hauptstütze des Fuhrwesens sind. Zur Milchgewinnung wurden Rinder noch in allen Stadtteilen gehalten, am zahlreichsten aber waren sie in den Außenvierteln. Schweine fanden sich fast noch in allen Stadtteilen, mit Ausnahme nur der Altstadt, der Friedrichstadt und des Spandauer Viertels. Ihren Hauptplatz hatte aber die Berliner Schweinezucht auf dem Gesundbrunnen und dem Wedding, wo allein 474 und 390 Schweine (von überhaupt 1957) gehalten wurden. Auch an der Ziegenzucht waren diese beiden Stadtteile und nächst ihnen der nördliche Teil des Königsplatzes besonders stark beteiligt. Fiedervieh wurde in allen Stadtteilen vorgefunden, am häufigsten im nördlichen Teil des Königsplatzes (9880 Stück), ähnlich auf dem Gesundbrunnen und dem Wedding (8149 und 7918).

Bei Wiederbelebungsversuchen wird sowohl von Laien, wie auch von Ärzten, nicht immer der richtige Weg eingeschlagen. Das hat den Verband deutscher Elektrotechniker veranlaßt, bei den Behörden vorstellig zu werden. Die Hauptfehler, die in der Eingabe gerügt werden, sind: Die Wiederbelebungsversuche werden oft zu spät begonnen. Ganz besonders rächt sich dieser Fehler, wenn man in Bergwerken glaubt, den Verunglückten erst über Tag schaffen zu müssen. Hierdurch geht kostbare Zeit verloren, so daß der Verunglückte vielfach auf dem Transport erstickt. Dieser Fehler wird auch von den Ärzten gemacht, die eine Herausführung der Verunglückten anordnen, weil sie in der Krankenkasse bessere Hilfsmittel zur Hand haben. Ähnlich liegen die Verhältnisse auf ausgedehnten Günterwerken und Fabrikanlagen, wo der Verletzte erst in den Verbandsraum geschafft wird. Ferner werden die Wiederbelebungsversuche nicht immer lange genug durchgeführt. Es hat sich in mehreren Fällen gezeigt, daß erst stundenlange Wiederbelebungsversuche den Verunglückten ins Leben zurückrufen. Bei einem Unfall dreier Soldaten, die vom Blitze getroffen wurden, gelang es erst nach zwei bezogen vier Stunden, zwei der Verunglückten ins Leben zurückzurufen. Es hat sich hier also deutlich gezeigt, daß eine Verlängerung der Dauer der Versuche selbst über zwei Stunden hinaus noch Menschen das Leben zu retten vermag. Endlich sind die Anweisungen für Wiederbelebungsversuche oft nicht genügend bekannt; es wäre daher sehr erwünscht, wenn von Seiten der Behörden auf die Betriebe dahin eingewirkt werden könnte, daß die Anweisungen an allen erforderlichen Orten angebracht und dauernd erhalten werden.

Der Mord von Dabendorf scheint nunmehr doch seine Auflösung zu finden. Wie noch erinnerlich, verschwand am 7. Oktober 1909 der Sekretär am Statistischen Amte Franz Behm aus seiner Wohnung in Dabendorf. Seine Ehefrau und ein Brunnenbauer Gustav Kolbe, zu dem die Frau Beziehungen hatte, wurden des Mordes angeklagt, aber von dem Schwurgerichte freigesprochen, da die Anklage nicht einmal feststellen konnte, ob Behm noch am Leben sei, und weil Nachgrabungen keinen Erfolg hatten. Kürzlich soll nun Frau Behm ein Gespräch mit Kolbe gehabt haben, das ein Dritter belauschte und der Berliner Kriminalpolizei berichtet. Frau Behm gab auf der Polizei zu, das Gespräch geführt zu haben und auch zu wissen, daß Kolbe ihren Mann erschossen und vergraben habe. Daraufhin sind nun in den letzten Tagen von der Berliner Polizei erneute Nachgrabungen bei Richtenrade veranlaßt worden, die zu einer Auffindung der Leiche jedoch noch nicht führten. Nur einige wenige Knochen wurden an einer Stelle gefunden, die nun untersucht werden sollen. Kolbe, der sich in der letzten Zeit in einer Laube, die Frau Behm gehört, aufhielt, wird von der Polizei gesucht. Frau Behm hat bei ihrer gestrigen Vernehmung auf der Polizei angegeben, daß sie selbst von der Mordtat vorher nichts gewußt und erst später von Kolbe den Hergang erfahren habe.

Ueber die Bergweihungstat einer jungverheirateten Frau wird aus der Schireldeiner Straße berichtet. Im Hause Nr. 15 bewohnte das seit einem Vierteljahrhe verheiratete Ehepaar Rebigler mit seinem ein Jahr alten Söhnchen eine kleine Stube und Küche. Als der Mann von einem Ausgange zurückkehrte, fand er seine Frau in der Küche tot auf dem Fußboden liegen, während sein Kind im Nebenzimmer schreieend neben dem Bettchen lag. Die Frau hatte einen Zettel hinterlassen, daß sie mit ihrem Manne nicht ansommen könne und deshalb freiwillig aus dem Leben scheiden wolle. Sie habe nicht den Mut, auch ihr Kind mit in den Tod zu nehmen. Dann vergiftete sie sich in der Küche mit Leuchtgas.

Die letzte Abmeldung. In Gegenwart seines Zimmerherrn erschoss sich in der Nacht zum Sonntag der 59 Jahre alte Buchdrucker Ernst Escher, der in der Kolberger Str. 32 mit einem Arbeiter eine gemeinsame Wohnung innehatte. Die beiden Wohnungsgenossen waren am Sonntagabend ausgegangen. Als Escher um 11 1/2 Uhr heimkehrte, legte er dem Arbeiter, der schon früher da war, seine postleiliche Abmeldung hin. Der Mann fragte ihn, was das bedeuten solle und erhielt zur Antwort, er werde das schon sehen. Beide legten sich dann schlafen. Als der Arbeiter gestern morgen um 9 Uhr erwachte, fand er Escher tot auf dem Fußboden liegen. Jetzt wußte er, was die Abmeldung bedeuten sollte. Escher hatte sich vor dem Spiegel erschossen, ohne daß sein schlafender Zimmergenosse erwacht war. Er war seit Monaten arbeitslos gewesen und ist jetzt wahrscheinlich wegen Mittellostigkeit in den Tod gegangen.

Bei einem Straßenbahnzusammenstoß schwer verletzt wurde am Sonntagmorgen gegen 5 Uhr in Keudöben der 55 Jahre alte Grünkrankenwärter Karl Jünger aus der Diegnitzer Str. 27 zu Berlin. Infolge falscher Weichenstellung stießen vor dem Hause Bergstr. 163 zwei Wagen der Linien 18 und 7 zusammen. Der zufällig dort stehende Mann wurde von einem Wagen am Bein erlcht. Die Anstöße wurde ihm durch den Anprall völlig zerquetscht, so daß er nach der Hilfswache gebracht werden mußte. Die Vorderperone beider Wagen wurden stark beschädigt. Die Schuldfrage ist noch nicht ganz geklärt.

In einem Hotel vergiftet hat sich Sonntagmorgen ein von auswärts zugereister Mann. Nach bei ihm vorgefundenen Papieren handelt es sich um einen Schneidermeister Paul Hermann aus Treptow a. d. Rega. Was den Lebensmüden in den Tod getrieben hat, steht noch nicht fest.

Zu den Palettdiebstählen, über die wir berichtet haben, werden wir gebeten mitzuteilen, daß ein bei der Firma Rudolf Woffe beschäftigter Herr Paul Niegold mit dem wegen Palettdiebstahls verhafteten Hausdiener Paul Niegold nicht identisch ist.

Von Schiffen gerettet wurde am Montag nachmittags ein siebenjähriger Schulknabe aus der Lindenstraße, der mit anderen Knaben am Wäckerplatz das Eis des Brandwehrkanals betreten hatte und eingebrochen war.

Die Woddiverfaison hat wieder ihren Anfang genommen. Die Saison war früher in den März und April verlegt. Noch vor zwanzig Jahren war der Karfreitag der Haupttag der Woddiverfaison und auf Tivoli und dem Spandauer Wod spielten sich die tollsten Szenen ab, wie sie heute vielleicht nur noch in Werder während der Baumblüte zu beobachten sind. Heute beginnt die Woddiverfaison bereits Anfang Januar. In den größeren Lokalen, wie in der Reuen Welt und im Friedrichshagen sind die großen Säle entsprechend dekoriert. Der „Baron Rudi“ und der „Weinzierl“ als Festwirte haben das gesamte Arrangement im großen übernommen und sie verstehen es, dem Ganzen einen manchmal mehr wie gemüßlichen Anstrich zu geben.

Vorort-Nachrichten.

Treptow-Baumfchulenweg.

Die Gemeindefvertreterung vom 10. Januar. Der die Entscheidung über die Eingemeindungfrage oblag, vertie, schon rein äußerlich den „großen Tag“. Die Tribüne war bis auf das letzte Plätzchen besetzt, und unten im Sitzungssaal hatten sich, was selten vorkommt, sämtliche Gemeindefvertreter eingefunden, bis auf unseren Genossen Gerich, der leider durch Krankheit aus Welt gefehlt ist. Die ersten Punkte der Tagesordnung erregten wenig Interesse. Unter den Eingängen kam eine Petition des Bürgervereins zur Verlesung, die die Aufbesserung der Lehrer- und Beamtengehälter und trotz früherer Ablehnung die Errichtung einer Fußbodenheizung bei Baumfchulenweg forderte. Die Eingabe wurde

der Bezirkskommission überwiesen. Der Bürgermeister stellte alsdann mit, daß im Jahre 1912 von der Gemeinde an Schulkinder 209 (Jahrg.) Bekleiderungen zu ermäßigten Preisen und an Kinder unbemittelter Eltern 1400 Bekleiderungen abgegeben worden sind. Von der erst im August erfolgten Ermäßigung für Erwachsene ist infolge der eingetretenen Lähmung Witterung nur viermal Gebrauch gemacht worden. Diese Einrichtung soll jedoch in diesem Jahre beibehalten und schon mit Beginn der Bekleidungszeit benutzt werden. In den Sachverhandlungen gegen Verunstaltung der Straßen und Plätze wurden der Gemeindevorstand, die Architekten Schenck-Treptow und Baurat Königberger-Adershof gewählt. Sodann fand es der Gemeindevorstand überflüssigerweise für notwendig, die Gemeindevertretung öffentlich zu einer privaten Kaisergeburtstagfeier einzuladen. Die Neuwahl eines Schöffen für den insofern Ablauf der Amtsperiode auscheidenden Schlichters Dr. Geng brachte dem nunmehr 73-jährigen Herrn eine Verneinung in Form der einstimmigen Wiederwahl.

Die Eingemeindungsfrage, über deren Ausgang wir in der Sonntagsnummer bereits eingehend im Lokalen Teil berichtet haben, brachte einmal ausnahmsweise viel Redner auf den Plan. Von den 23 stimmberechtigten Teilnehmern äußerten sich 14 zu diesem Punkte, und fast ausnahmslos in zustimmendem Sinne. Von den Gegnern der Eingemeindung wurde lediglich die Notwendigkeit dieses Schrittes bezweifelt und Bedenken geäußert, daß in einer großen Gemeinde die Außenbezirke eher vernachlässigt werden könnten, auch würden die Wünsche der einzelnen Bürger nicht im selben Maße wie in der kleinen berücksichtigt werden. In namentlicher Abstimmung wurde mit allen gegen die Stimmen der Kommerzienräte Beckmann und Graeb und des Herrn Weigand und der Stimmenthaltung des Bauunternehmers Godegast beschlossen:

„dem Antrage der Stadt Berlin vom 11. Dezember 1912 auf Vereinigung der Landgemeinde Berlin-Treptow mit der Stadtgemeinde Berlin vorbehaltlich der zu vereinbarenden Bedingungen zuzustimmen“.

Als Bedingungen sind von einzelnen örtlichen Vereinen aufgestellt und wurden zum Teil auch unverbindlich genannt solche, die sich auf Ausbau des Schulwesens, Hebung des Verkehrswesens und für die Hebung der Zeit auf ein Grundsteuerprivileg sowie eine besondere Deputation für Treptower Angelegenheiten beziehen. Charakteristisch war, daß in der ausgiebigen Diskussion auf die im voraus ablehnende Haltung der Kreis- und Provinzialbehörden nicht näher eingegangen wurde, ein Zeichen, daß man allgemein das für und Wider der Eingemeindungsfrage selbst für wichtiger als diese äußeren Widerstände betrachtete.

Mit diesem ersten Schritt zur Vereinigung mit der Muttergemeinde dürfte die Gemeindevertretung dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung entsprochen haben. Abgesehen davon, daß sich fünf Treptower Vereine in Eingaben an den Gemeindevorstand jetzt im gleichen Sinne geäußert haben, hat dies ja die frühere Abstimmung der Bevölkerung anlässlich der Bürgerfrage Anknüpfungspunkt deutlich gezeigt. Und die drei Gemeindevorstände, die sich jetzt dem Anschluß widersetzen, haben als Erwähler der ersten Klasse ganze 9 Wähler hinter sich, während in der dritten Klasse allein unsere Parteigenossen bei den letzten Wahlen in den vier Wahlbezirken 1453 Wähler auf sich vereinigten. Die Durchführung der nun angebahnten Eingemeindung kann selbst bei baldiger Heberwindung der Widerstände sich noch lange hinausziehen.

Karlshorst.

Mit den bereits mehrfach erwähnten Mißständen beim Verkauf des russischen Fleisches beschäftigte sich eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Einwohner von Karlshorst. Nicht nur Arbeiterfrauen, sondern auch eine beträchtliche Anzahl bürgerlicher Frauen waren erschienen, um gegen das Verhalten des Schlächtermeisters am Ort den Käufern gegenüber zu protestieren. Nach einem heftig aufgenommenen Referat des Genossen Bergmann wurde mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß die Schlächtermeister nur bestrebt seien, durch allerlei Mittel den Hausfrauen den Einkauf russischen Fleisches zu vereiteln. Am Schluß der Versammlung wurde folgender Resolution einstimmig zugestimmt:

Die am 10. Januar im Restaurant „Fürstentad“ tagende Versammlung verurteilt aufs Schärfste das Verhalten der hiesigen Schlächtermeister beim Verkauf des russischen Fleisches. Gleichzeitig nimmt sie mit Genugtuung davon Kenntnis, daß der Gemeindevorstand dazu übergegangen ist, den Verkauf des russischen Fleisches der Konsumgenossenschaft zu übertragen. Die Versammelten verpflichten sich, durch regen Einkauf dafür zu sorgen, daß der Bezug des russischen Fleisches am Orte nicht ins Stocken gerät.

Hertzfelde.

Eine neue nebenamtliche Kreisinspektion Strauberg III (Sitz Hertzfelde) ist jetzt vom Landrat eingerichtet worden. Derselben sind die Schulorte Hertzfelde, Fernmündorf, Müldersdorf, Werles-Grünheide (sämtlich in Niederbarnim), Hohenstein, Klosterdorf, Garzow, Werder, Jindorf, Kappel, Stienbaum, Hertzfelde, Pichtenow, überwiesen worden. Zum Stellvertreter dieser neuen Inspektion ist der Herr Herrmann als Stellvertreter ernannt.

Bernau.

In gemeinschaftlicher Sitzung mit dem Magistrat wählte die Stadtverordnetenversammlung mit 23 Stimmen den Bürgermeister Raab zum Kreisratsabgeordneten. Genosse Werner erhielt 8 Stimmen. Während erfolgte die Einführung des als Erfahrungsmann gewählten Stadtverordneten Giesebart in sein Amt. Die Vorstandswahl ergab die Wahl des Stadtverordneten Schneidewitz als Vorsitzender mit 13 Stimmen; der stellvertretende Vorsitzende Wols erhielt nur 11 Stimmen. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde der Rechtsanwalt Dreymann-Pennig mit 14 Stimmen gewählt, auf den Genossen Werner entfielen 9 und auf den Stadtverordneten Schulze 1 Stimme. Zum Schriftführer wurde Genosse Helbig mit 16 Stimmen wiedergewählt. Stadtverordneter Gruban erhielt 8 Stimmen. Als vereideter Protokollführer wurde der bisherige Protokollführer Weidmann einstimmig mit 24 Stimmen wiedergewählt. In einer vorausgegangenen Besprechung über die Kandidaten hatten die Bürgerlichen bereits betont, daß sie auf keinen Fall den stellvertretenden Vorsitzenden Wols zum Vorsitzenden wählen wollten, weil derselbe in der letzten Sitzung gegen Gen. Knöschke, der an den gesunden Menschenverstand der Stadtverordneten appellierte, nicht mit der nötigen Schärfe vorgegangen sein soll. Unserer Ansicht nach dürfte das wohl nicht der ausschließliche Grund gewesen sein, eher ist anzunehmen, daß Herr Wols deshalb nicht wiedergewählt wurde, weil er bei manchen Abstimmungen mit unserer Genossen stimmte. Der Antrag unserer Genossen betreffend die Einführung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert soll in der nächsten Sitzung verhandelt werden. In die Rechnungsprüfung- und Staatskommission wurden die Genossen Helbig und Knöschke wiedergewählt. Der Magistratsvorlage betreffend die Annahme eines Vermächtnisses von 3000 M. des Amtsgerichtsrats Schädler wurde zugestimmt.

Potsdam.

Das Arbeiterauskunftsbureau wurde im vergangenen Jahre von 820 Personen gegen 716 im Jahre vorher aufgesucht, hiervon waren 191 Besucher weiblichen Geschlechts. In den Nachbarorten wohnten 121 Personen. Die Auskünfte erstreckten sich auf Krankenversicherung mit 72 Fällen, Unfall 60, Invaliditäts-, Alters- und Hinderlichebenversicherung 88, Arbeits- und Dienstvertrag 121, Bürgerliches Recht 254, Strafrecht 80, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 151, Diverstes 84 Fälle, zusammen 899 Fälle gegen 754 im Jahre vorher. Die Auskünfte erforderten die Anfertigung von 512 Schriftstücken gegen 408 vorher. Von den männlichen Besuchern waren 641 gewerkschaftlich und 178 von diesen außerdem politisch organisiert. 98 männliche Personen gehörten gar keiner Organisation an; es wurden diese, wo es angebracht erschien, über den Wert der gewerkschaftlichen Organisation belehrt. Das Auskunftsbureau besteht jetzt seit sechs Jahren. Die Auskunft erfolgt an jedermann ohne Rücksicht auf Organisationszugehörigkeit. Für die Anfertigung von Schriftstücken

und für die Auskunfterteilung werden Gebühren nicht erhoben. Das Auskunftsbureau befindet sich Kreuzstr. 15 (Expedition der „Brandenburgischen Zeitung“ und des „Vorwärts“) und ist geöffnet werktäglich außer Mittwochs von 6—8 Uhr abends.

Spandau.

Keine Freigabe der Säle zu Parteiversammlungen. Der bürgerliche Saalbesitzerverein hat das Ersuchen der Lokalkommission, ihre Säle allen Parteien zur Verfügung zu stellen, abgelehnt. Die Saalbesitzer hatten sonderbarerweise ein Gesuch an den Stadtkommandanten und den Oberbürgermeister gerichtet, ihre Säle allen Parteien zur Verfügung stellen zu dürfen, ohne daß der Militärbesitz über ihr Lokal verhängt würde. Sie wollten der Militärbehörde von der Abhaltung sozialdemokratischer Versammlungen vorher Anzeige erstatten, damit den Soldaten das Betreten des Lokals an dem Tage verboten werden könnte. Weiter wollten sie dementsprechende Plakate an den Eingängen des betreffenden Lokals anbringen, wie es in anderen Garnisonen auch schon gehandhabt wird, worin den Soldaten das Betreten des Lokals während der Versammlung untersagt wird. Der Stadtkommandant hat aber alle diese Vorschläge abgelehnt und die Freigabe der Säle zu sozialdemokratischen Versammlungen wieder mit dem Militärbesitz bedroht. Jetzt scheint daher auch die Courage der Saalbesitzer zu Ende zu sein und sie halten nunmehr ihren alten Beschluß aufrecht, wonach auch weiterhin keiner Partei die Säle zu politischen Versammlungen zur Verfügung gestellt werden sollen. Hiergegen könnte ja auch die Partei nichts unternehmen, wenn, wie bei der Reichstagswahl, alle Parteien ihre Versammlungen in Pichelsdorf abhalten könnten; aber der Beschluß hat ein großes Loch. Paffig, der Wächter des „Roten Adler“, ist aus dem Saalbesitzerverein ausgeschieden und stellt den bürgerlichen Parteien seinen großen Saal zur Verfügung. Die bürgerlichen Parteien können zu der Landtagswahl also ihre Versammlungen in Spandau abhalten, während die Sozialdemokratie ihre großen Versammlungen nach Pichelsdorf verlegen muß. Die organisierte Arbeiterkraft wird sich mit dem Beschluß der Saalbesitzer wohl schwerlich zufrieden geben.

Ein Jugendheim als Stiftung zum Regierungsjubiläum des Kaisers soll hier errichtet werden. Eine von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Kommission hat nun in Gemeinkchaft mit dem Magistrat beschlossen, den Stadtverordneten folgende Vorlage zu unterbreiten: „Es sollen 50.000 Mark aus den Lebersteuern des laufenden Jahres entnommen und mit dieser Summe ein Grundstück zur Errichtung eines „Jugendheims Kaiser Wilhelms II.“ gebildet werden. Die Anstalt wird zu dienen haben der Sammlung der Jugend. Mit der Anstalt kann unter Umständen ein Spielplatz, ein Sportplatz, eine Pausenanstalt verbunden werden.“ Es soll also an den Steuergroßen der arbeitenden Bevölkerung eine Einrichtung zur Bekämpfung der freien Jugendbewegung geschaffen werden, denn selbstverständlich plant man, das Jugendheim nur dem Jungdeutschlandbund und anderen patriotischen Jugendvereinen zur Verfügung zu stellen.

Gerichts-Zeitung.

Die berechtigten Interessen der Gewerkschaftspressen.

Das Reichsgericht hat am Freitag sich gegen das schablonenhafte Abschneiden berechtigter Interessen der Gewerkschaftspressen geäußert.

Wegen Beleidigung des Vorsitzenden des Düsseldorf Schiedsgerichtes, des Geh. Regierungsrats Fohle, und des Sachverständigen Dr. med. Pieper war vom Landgericht Essen a. N. am 25. April 1912 der Redakteur des „Bergknappen“, Heinrich Imbusch, zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Wiederholt war, nach der Darlegung im Urteil, ihm von Mitgliedern über die allzu patriarchalische Art geklagt worden, wie die Arbeiter, die vor dem Schiedsgericht Düsseldorf ihre Recht suchen, vom Vorsitzenden behandelt wurden. Da sich die Klagen wiederholten und er weiterhin von Mitgliedern aufgefordert wurde, ihre Interessen wahrzunehmen, veranlaßte er einen jungen Studenten der Philosophie, N., in Begleitung eines Arbeitersekretärs einer Verhandlung des genannten Schiedsgerichtes von Anfang bis zu Ende beizumohnen. N. schrieb dann auf Grund seiner sorgfältigen stenographischen Notizen einen Artikel, den er dem Angeklagten übergab. Dieser fand darin alle ihm schon früher vorgetragenen Klagen bestätigt. Dennoch trug er Bedenken, den Artikel, so wie er war, zu veröffentlichen. Er entfernte zunächst daraus alle Orts- und Personennamen und sodann noch alle Ausdrücke, welche ihm als zu scharf erschienen. Mit einer entsprechenden Vorbemerkung veröffentlichte er dann das Schriftstück in seinem Blatte. Für Sachkundige war aber dennoch leicht zu erkennen, welches Schiedsgericht gemeint war. Der Regierungspräsident stellte sodann Strafantrag wegen Beleidigung der zuerst genannten Herren. Das Landgericht hat dem Angeklagten nicht den Schutz des § 193 zuteil werden lassen, weil das Schiedsgericht ausgesprochen habe, daß ein Redakteur den Schutz des § 193 nur dann in Anspruch nehmen könne, wenn er berechtigte eigene Interessen wahrnehme. Im übrigen wurde festgestellt, daß der Artikel Beleidigungen enthalte, obwohl zugegeben wurde, daß zu einzelnen Verdächtigungen begründeter Anlaß vorlag. Den schroffen Ton, mit welchem der Vorsitzende des Schiedsgerichtes einzelne Rechtsuchende anredete, und den Umstand, daß er ihnen das Prädicat „Herr“ vorsetzte, sucht das Urteil dadurch zu entschuldigen, daß es meint, der Vorsitzende habe sein Verhältnis zu den Rechtsuchenden als ein patriarchalisches aufgefaßt. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt, die vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts durch den Verteidiger Dr. Drucker aus Leipzig vertreten wurde. Er rügte Verletzung des § 193 und führte aus, er habe in familiären Vätern der Reichsgerichtsidentifizierungen kein einziges Urteil gefunden, welches den vom Landgericht dem Reichsgericht unterzohlenen Grundsatze aufgestellt hätte. Gerade der erkennende Senat habe vielmehr ausdrücklich ausgesprochen, daß unter Umständen auch ein Redakteur fremde berechtigter Interessen vertreten könne. Der Angeklagte sei tatsächlich von Mitgliedern seines Vereins beauftragt worden, ihre Interessen wahrzunehmen. Habe aber der Angeklagte berechtigte Interessen vertreten, dann müsse ihm der Schutz des § 193 voll zugute kommen. Das Urteil sage selbst, der Angeklagte habe nicht aus Sensationslust, sondern in bester Absicht gehandelt. Das Gericht habe also selbst keine Beleidigungsabsicht feststellen können. Der Vertreter der Reichsanwaltschaft, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wiehen, beantragte die Verkürzung der Revision. Das Reichsgericht hob aber das Urteil auf und verwies die Sache nicht an das Landgericht Essen, sondern an das Landgericht Aachen. Zu Unrecht, so wurde ausgeführt, hat das Landgericht dem Angeklagten den Schutz des § 193 verweigert. Das Landgericht hat selbst festgestellt, daß der Angeklagte von Bergarbeitern gebeten worden ist, ihre berechtigten Interessen wahrzunehmen und daß der Angeklagte gehandelt hat in Wahrnehmung dieser berechtigten Interessen dritter Personen, mit deren Wahrnehmung er betraut gewesen ist.

Krank oder strafbar?

Als einen Kletterkünstler ersten Ranges, der mit einer fast nicht glaublichen Verwegenheit Diebstähle ausgeführt hatte, bezeichnete der Vorsitzende den erst vierzehnjährigen, jetzigen Fürstengögling Paul M., gegen den gestern die als Jugendgerichtshof unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmitzer tagende 7. Strafkammer des Landgerichts I zu verhandeln hatte.

Der Angeklagte ist ein kleiner Dreifüßler mit recht ungeschicklichen Bewegungen, in den man nichts von verbrecherischer Beweglichkeit lesen konnte. Um so größere Ueberraschung rief es hervor, als der Vorstehende dem vor dem Zeugentisch stehenden Knirps ein recht umfangreiches Sündenregister vorhielt. Es ergab sich, daß der jugendliche Angeklagte mit einer wirklich assenartigen Behendigkeit Diebstähle ausgeführt hatte, indem er von seiner Schlafkammer aus an dem Sims, entlang an der Außenseite des Hauses, in andere Wohnungen geklettert war. Diese Diebstähle verübte er mitten in der Nacht in tiefster Dunkelheit, so daß jeder Schritt für ihn der sichere Tod bedeutete. In anderen Fällen kletterte er aus den Podestufen auf das Dach hinaus und dann an der Außenseite der Häuser entlang, bis er an ein offenes Fenster kam. Da die Diebstähle blieben lange Zeit hindurch völlig unauffällig, da die Schloßer der Wohnungen in Ordnung waren und niemand auf den Gedanken kam, daß der Dieb von der Außenseite aus in eine im dritten oder vierten Stockwerk gelegene Wohnung gelangt sein konnte. — Der Staatsanwalt beantragte gegen den geständigen Angeklagten 6 Wochen Gefängnis. Das Gericht trug jedoch verständigerweise Bedenken, den Angeklagten zu verurteilen, da erhebliche Zweifel darüber beständen, ob dieses Nachtwandeln nicht auf irgend einen dunklen Trieb zurückzuführen sei. Außerdem sei es zweifelhaft, ob der geistig und körperlich sehr zurückgebliebene Angeklagte, der mit Vorliebe abenteuerliche Schmäler gelesen und sich jetzt in einer Fürsorgeanstalt befindet, die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht besessen habe. Das Urteil lautete deshalb auf Freisprechung.

Verkauftes Fleisch.

Einen groben Verstoß gegen die Gesundheit seiner Mitmenschen hat der Schlächtermeister Hermann Gebrat aus Schwerin begangen, gegen den gestern die 3. Strafkammer des Landgerichts I eine Anklage wegen wissentlichen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu verhandeln hatte.

Der Angeklagte betreibt in Schwerin ein größeres Schlächtergeschäft und versendet auch große Vöten Fleisch nach außerhalb und insbesondere nach Berlin. Da es sich um fast auffällig billiges Fleisch handelte, ließen sich zahlreiche Berliner Fleischermeister verleiten, bei dem Angeklagten dieses billige Fleisch zu bestellen, welches zur Wurstfabrikation dienen sollte. Vor einiger Zeit wurde auf dem letzteren Bahnhof ein Posten dieses billigen Fleisches beschlagnahmt, weil es einen „Dust“ ausströmte, der schon den Bahnbeamten aufgefallen war. Der Polizeiarzt Dr. Nidel stellte fest, daß es sich um völlig in Säure übergegangen Fleisch handelte, dessen Genuß schwere gesundheitliche Schädigungen hervorzurufen hätte. Das Gericht erkannte, weil die höchst gemeingefährliche Handlungsweise des Angeklagten zu den schwersten gesundheitlichen Schädigungen hätte führen können, auf 4 Monate Gefängnis sowie Publikation im „Lokalanzeiger“ und der „Allgemeinen Fleischereizung“.

Schuh vor Schuhschleuten.

Vor dem Schöffengericht in Hannover wurde am Sonnabend gegen zwei Wollner, Unverzagt und Nühlhaus, wegen angeblicher Beleidigung, Widerstandes, Körperverletzung und Sachbeschädigung verhandelt. Die Verhandlung ergab neben interessanten Beziehungen eines Polizeibeamten zu einer „Bar“, daß, abgesehen von einer unerheblichen Beleidigung, die Nühlhaus einem Polizeibeamten gegenüber begangen hatte, nicht die Angeklagten, sondern die Polizei auf die Anklagebank gehörten.

Die Angeklagten hatten die Bar zum „Nadensteiner“ besucht. Bei der Bezahlung kam es zum Streit, weil mehr als getrunken bezahlt werden sollte. Die Wollnerin rief darauf ihren Schwager. Als solcher entpuppte sich der Kriminalkommissar Najork. Er forderte die Angeklagten zur Bezahlung auf, gab sich als Polizeibeamter aus, lehnte aber ab, sich zu legitimieren. Nühlhaus machte eine als Beleidigung aufgefaßte Bemerkung über diesen polizeilichen Schwager. Es kamen dann der Oberwachtmann Baumgarten und noch zwei Schuhschleuten ins Lokal, um die beiden Angeklagten nach der Wache zu bringen. Auf dem Wege zur Wache mißhandelte Najork ohne jeden Grund die Angeklagten. In der Wache wurden beide mit gefährlichen Werkzeugen so bearbeitet, daß sie beim Verlassen des Lokals völlig entkräftet ausliefen. Strafanzeige gegen die Schuhschleuten wurde erlassen, Anklage aber zunächst — gegen die Angeklagten erhoben, denen die obenerwähnten Vergehens von Najork zur Last gelegt wurden. In der Verhandlung gaben die Schuhschleuten mit Ausnahme des Najork zu, daß die Angeklagten ruhig und ohne Widerstand zur Wache gefolgt seien. Im Wochstallhause, behaupteten sie, habe aber ein Widerstand stattgefunden und dann eine Schlägerei, bei der die Schuhschleuten nur in Ausübung ihres Amtes vorgegangen seien. Auf Grund der Beweisaufnahme mußte jedoch der Amtsanwalt selbst beantragen, die Angeklagten freizusprechen, Nühlhaus wegen Beleidigung zu der geringsten zulässigen Strafe von 3 M. zu verurteilen. Das Gericht folgte diesem Antrage.

Es wird nunmehr gegen die Schuhschleuten, gegen Najork, der inzwischen aus dem Amt ausgeschieden ist, wohl auch wegen Meineides das Verfahren fortgesetzt werden.

Kette „Schuhschleuten“.

Im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen.

Ein über 60 Jahre altes Ehepaar hatte sich vor einiger Zeit vor der Strafkammer zu Göttingen unter der Beschuldigung zu verantworten, die 83-jährige Mutter der angeklagten Frau in ihrer Krankheit nicht genügend gepflegt zu haben. Die alte Frau, die lange Zeit bettlägerig war, soll infolge längeren Liegens sich Wunden am Rücken zugezogen haben. Das sogen. „Durchliegen“ des Körpers sollte zu einer Vereiterung und Verstopfung von Wundgefäßen geführt und dadurch den Tod der alten Frau verursacht haben. Die Strafkammer erachtete die Angeklagten der fahrlässigen Tötung für schuldig und verurteilte die Ehefrau zu einem Jahre, den Ehemann, der weniger mit der Pflege zu tun hatte, zu drei Monaten Gefängnis. Die eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen. Die Verteidiger beantragten darauf das Wiederaufnahmeverfahren. Dem praktischen Arzt Dr. Julius Löwenheim, Berlin gelang es, nach eingehender Untersuchung der ausgegrabenen Leiche den Nachweis zu führen, daß die Todesursache der alten Frau nicht durch das „Durchliegen“, sondern durch eine Herzmuskel-schwäche herbeigeführt worden sei. Diesem Gutachten schloß sich das Medizinalkollegium der Provinz Hannover und der Leiter der Göttinger Universitätsklinik an. Das Göttinger Landgericht entsprach darauf dem Antrage auf Wiederaufnahme des Verfahrens. Kurz vor der neuen Verhandlung starb der Ehemann infolge der erlittenen Aufregungen. Die Ehefrau wurde auf Grund des neuen Gutachtens freigesprochen.

Aus der Frauenbewegung.

Die Leiden der jungen Verkäuferinnen.

Eine verdienstvolle und verhältnismäßig objektive Arbeit in dem kürzlich erschienenen Buche von Dr. Käthe Wende, „Mädchen der Jugendliche Ladnerinnen zu Hause und im Beruf“, liegt jetzt vor. Bezüglich der Angaben auch nur auf München, so sind die Verhältnisse in den übrigen Großstädten nicht viel anders, und in kleineren Orten sind sie womöglich noch trauriger. Die große Verkommenheit des Mittelalters, aus dem die Mädchen stammen, das gering entwickelte Klaffengefühl, die durch den Beruf gegebene Hebung von der großen Menge der Arbeitsgenossen, die Hoffnung, den Beruf nur vorübergehend auszuüben, all das läßt den Organisationsgedanken nur sehr schwer unter den Mädchen Verbreitung finden. Es zeigt sich die Erscheinung, daß die Lehrenden im Handelsgewerbe immer stärker aus dem Proletariat, immer weniger aus den bürgerlichen Ständen sich rekrutieren. Nur 1 Prozent der Mädchen hatte eine höhere Mädchenschule besucht, die übrigen stammten

aus der Volksschule. Das Alter der Lehrlinginnen schwankt zwischen 12 und 19 Jahren. Immer zahlreicher werden die 13-14jährigen, immer seltener die 17-19jährigen Lehrlinginnen.

Im Vergleich mit den Ergebnissen anderer Umfragen der letzten Jahre ist die durchschnittliche Dauer der Lehrzeit in München relativ hoch. Bei zwei Dritteln der Mädchen betrug die am Anfang festgesetzte Lehrzeit zwei Jahre. Wie wenig praktische Bedeutung die Festsetzung der Lehrzeit hat, beweist die Tatsache, daß bei Zurechnung der Vereinbarungen von 316 Mädchen schon 287 im Alter von 16 Jahren und darunter, also im fortbildungspflichtigen Alter, ausgelernnt hätten. Doch äußerten die meisten Chefs, ein fortbildungspflichtiges Mädchen könne noch nicht Verkäuferin sein. Das Gehalt der sogenannten Lehrlinginnen ist äußerst niedrig, es wird nicht als Lohn für die Tätigkeit angesehen, sondern als Taschengeld. Das Durchschnittsgehalt betrug im ersten Jahre 8,33 M., im zweiten 17,20 M. und im dritten 30,65 M. monatlich. Doch kommen auch höhere Gehälter vor, im ersten Jahre bis zu 9 M., im zweiten bis zu 30 M. und im dritten Lehrjahre bis zu 55 M. Diese verhältnismäßig gutbezahlten Stellen sind aber fast nur im Konsumbereich anzutreffen, der gemäß dem mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen geschlossenen Tarif Anfangsgehälter an Lehrlinginnen zahlt, wie sie sonst nirgends vorfinden, wie Dr. Mendel lobend hervorhebt. Die Groß- und Mittelbetriebe zahlen im Durchschnitt höhere Gehälter als die Kleinbetriebe, in denen sich aber die meisten Verkäuferinnen aus Arbeiterkreisen finden, da die Kleinbetriebe gleich von Anfang der Lehrzeit an keine Gehälter geben, dann aber sehr langsam aufbessern.

Nach Abzug der Pausen betrug die Arbeitszeit durchschnittlich 10-11 Stunden. Über auch Arbeitszeiten von 11-12 Stunden kamen reichlich, solche von 12-13 Stunden immerhin noch öfter vor. Vereinzelt fanden sich dann noch 13-15stündige Arbeitszeiten. Zwei Drittel der Mädchen hatten eine Arbeitszeit von 10-12 Stunden. Am schlechtesten waren die Mädchen daran mit freier Station. Da hier die Arbeitsbereitschaft während des Essens nicht unterbrochen wurde, so betrug die Arbeitszeit nie unter 12, meistens 13-15, ja in einigen Fällen bis 16 Stunden. Mit wachsender Größe des Betriebes sinkt die Arbeitszeit. Die Mädchen der „freien Station“ zeigen sich nicht nur in der langen Arbeitszeit, sondern auch in schlechten Wohn- und Kostverhältnissen. Lederhaupt galt das Lehrlinginnen mit freier Station vielfach als Hilfsdienstmädchen. Es mußte beim Kochen, Abwaschen, Spülen helfen und hatte tagsüber nicht eine einzige freie Minute für sich.

Wiederholt berichteten Mädchen, daß sie noch nach zwei Jahren niemals zum verkaufen gekommen sind. Sie müssen den Fußboden aufwischen und einölen, Fenster heizen, Fenster putzen, die älteren Verkäuferinnen bedienen, beim Auspacken des Waggons an der Bahn und der Risten am Lager helfen, Waren vom Laden in den Keller transportieren. Dr. Mendel erzählt, daß die Mädchen oft abends, vor Müdigkeit weinend, kaum noch das Essen einzunehmen imstande waren. Und auch zu Hause fanden viele der Mädchen nicht die nötige Ruhe und Sauberkeit. Einige lebten in geradezu furchtbarem Wohnungszustand. Von den befragten Mädchen waren 32,2 Proz. ohne eigenes Bett, sie mußten es mit der Mutter oder Geschwister teilen. Das ist bezeichnend für die Armut der Familien, aus denen die Verkäuferinnen kommen. Auf einen Haushalt fielen durchschnittlich 2,9 Mütter, und zwar

in bürgerlichen Familien mit Vater	4,00 Mütter
in Arbeiter-	2,95 Mütter
in ehelichen ohne Vater	2,16 Mütter
in unehelichen	2,10 Mütter

Aus dem ausführlichen Kapitel über die Wohnungen der Familien der jungen Verkäuferinnen ist klar zu ersehen, wie groß die Kluft zwischen ihrem „zu Hause“ und ihrer Arbeitsstätte und deren Publikum ist. Die Mängel der Lehre können nach Dr. Mendel Ansicht nur durch Zwangsschulen behoben werden. Mindestens ebenso notwendig ist die Zusammenfassung der Verkäuferinnen in einer guten Organisation, die das Gefühl der Zusammengehörigkeit unter den Berufsgenossinnen anbahnt und für angemessene Bezahlung und Arbeitszeit sorgt. Wo die Verfasserin die gewerkschaftliche Organisation der Verkäuferinnen — den Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen — erwähnt, da wird sein Einfluß lobend anerkannt. Nach den Verträgen des Zentralverbandes mit einigen Warenhäusern in München muß ein Teil des Personals in den stillen Sommermonaten abwechselnd um 7, in einem Betrieb um 1/2 7 Uhr entlassen werden. — Die Ueberstunden der Lehrlinginnen werden seit nie bezahlt — abgesehen von einem Kaufhaus, das laut Vertrag mit dem Zentralverband pro Ueberstunde 60 Pf. zu zahlen verpflichtet ist. Die meisten kaufmännischen Vereine sind gegen die Aufstellung von Tarifen. Der Zentralverband tritt für Verträge ein und hat auch solche in München mehrmals abgeschlossen. Bei Dr. Mendel Erhebung gehörten nur 3 Lehrlinginnen einem Fachverein an, alle 3 dem Zentralverband. Im Jahre 1910 zählte der Zentralverband in München 513 Verkäuferinnen, das waren neun Zehntel der überhaupt in München organisierten Verkäuferinnen. Mögen die Mitglieder für eine Verstärkung der Organisation sorgen. Das ist das beste Mittel der Ausbeutung der Lehrlinginnen und späteren Verkäuferinnen entgegenzuarbeiten.

Aus aller Welt.

Die wahren Bauernfreunde.

Die Agrarier erzählen ihrem Kleinbäuerlichen Anhang unaufhörlich von der furchtbaren Gefahr, die dem Bauern von der auf „Teilen“ ausgehenden Sozialdemokratie drohe. Um so besser sorgen die hohen Herren, die an der Spitze jener Bewegung stehen und zumeist schon vor einigen Jahrhunderten ihre Teilung an dem Bauernlande vollzogen haben, für das Wohl des geliebten Bruder Bauern. Ein kleines Beispiel von vielen erzählen die südböhmischen „Baldvireler Nachrichten“. Dort ist das riesige Gebiet des Grafen Duquoi, dessen wildreiche Wälder die Gemeinde Buchers umgeben. Der Graf, der großer Jagdfreund ist, hatte lange das große Gebiet der Gemeinde zur Jagd gepachtet und zahlte dafür den fürstlichen oder gräflichen Betrag von 60 Kronen im Jahre, einschließlich des Wildschadens, der weit über 1000 Kronen ausmacht. Warum gab ihm denn die Gemeinde ihre Jagd so billig? So fragte sie auch und verpackete, um den Wildschaden zu vermindern, die Jagd an Gemeindeglieder. Die Folge war das Verbot, aus den gräflichen Wäldern Holz an Gemeindeangehörige zu verkaufen. Das bessere Holz wurde nach auswärts verkauft, das geringere und die Abfälle, die für die Gemeindeglieder in Betracht kommen, wurden verbrannt. Lieber trug der Graf diese Kosten, als den widerspenstigen Bauern für Geld Holz abzulassen. Gäbe es nicht weiter entfernt andere Wälder, so wäre die Gemeinde, die bei früherer Teilung allen Wald an die Herrschaft hatte fallen sehen, erströmen. Da aber die anderen Forste weit entfernt sind, auch eigene Leute als Abnehmer des Holzabfalls haben, wurden die Bauern von Buchers zahm. Sie gaben die Jagd wieder dem Grafen, der jetzt 80 Kronen zahlte und für den Wildschaden ein Holzstück überließ, das etwa 150 Kr. jährlich abwarf. Da aber der Wildschaden immer weiter wuchs, verpackete man die Jagd wieder an den Reistbietenden, einen Arzt, der 100 Kr. Pacht und 250 Kr. für Wildschaden zahlt, also 120 Kr. mehr als der reiche Graf. Und wieder gab dieser die Antwort: Holz und Streu, die für die Bauern lebensnotwendig sind, werden ihnen nicht mehr verkauft, sondern verbrannt. Kann die Gemeindegliederlichkeit des privaten Großgrundbesitzes deutlicher illustriert werden als durch diese Schikane des jagdgerigen Müßiggängers gegen arbeitende und entscheidende Kleinbauern? Von der Bauernfreundlichkeit der Großagrarier gar nicht zu reden. Die ist ja über allen Zweifel erhaben.

Blutige Schlägerei in Mex.

In der Nacht zum Sonntag hat sich in Mex. ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Dragonerwachtmeister und Mitgliedern eines Musikvereins zugetragen. Der Wachtmeister Raimann hatte seine Frau von der Bahn abgeholt und begleitete sie nach Hause. Auf dem Wege wurde er von Mitgliedern des Musikvereins La Renaissance, die ein Fest gefeiert hatten, belästigt. Der Wachtmeister verbat sich das. Es kam zu einem Streit. Im Verlaufe desselben verlegte einer aus der Gruppe dem Wachtmeister zwei Schläge ins Gesicht. Dieser zog blank und verfehlte dem Angreifer einen Hieb, der ihn schwer am Halse verlegte. Die Kameraden des Verlegten fielen nun über den Wachtmeister her, entrieffen ihm die Waffe, hieben ihm damit mehrere Male auf den Kopf, so daß er schwer verletzt zu Boden sank. Besinnungslos und mit schweren Hieb- und Stichwunden wurde der Wachtmeister ins Lazarett gebracht. Unterdessen fielen die Angreifer nochmals über ihn her. Im Laufe des Sonntags wurden von der Polizei sechs Teilnehmer an dem Ueberfall festgenommen.

Schneesturm in England.

Infolge eines furchterlichen Schneesturmes in Schottland sowie in Nord- und Mittelengland sind alle telegraphischen und telephonischen Verbindungen unterbrochen. Zahlreiche auf der Landstraße vom Schneeege über überraschte Personen sind erfroren. In der Nord- und Ostküste haben sich viele Schiffbrüche ereignet und eine Fülle von Schiffstrümmern sind ans Ufer gespült worden. Mehrere Eisenbahnzüge sind in der Nähe von Burnley eingeschneit, und konnten dieselben trotz der sofort aufgenommenen Versuche, die Gleise freizuschneiden, nicht weiter verfahren. In Lowestoft sind mehrere Häuser vom Sturm zerstört worden.

Infolge dichten Nebels ist am Sonntagmorgen in der Nähe von Birmingham ein von Leicester kommender Schnellzug mit einem Personenzug, der von Wallall kam, zusammengestoßen. Zwei Wagen des Personenzuges wurden vollständig ineinander geschoben. Die Maschine des Schnellzuges entgleiste. Zwei Personen wurden getötet, vierzig verletzt.

Kleine Notizen.

Myriadorfer Tod einer Familie. Am Sonntagmorgen wurden in Heidenau bei Pirmas der Viehträger Starke, seine junge Frau und seine Schwiegermutter tot, anscheinend vergiftet, am Kaffeetisch aufgefunden. Daneben lag im Bett das acht Wochen alte Kind der Starke'schen Eheleute lebend. Selbstmord ist nach Auffassung der Verwandten ausgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft hat sofort eine Untersuchung eingeleitet.

Im Bankrott in Rindheim. Wie aus München gemeldet wird, sollen die Passiven des Bankrotts Schellhorn über eine Million Mark betragen. Velmilich hat sich Schellhorn unter der Selbstbegünstigung, ihm anvertraute Depositionen unterschlagen zu haben, der Polizei gestellt.

Schwerer Betriebsunfall. Auf Bahnhof Sandgrün in Oberschlesien wurden zwei Streckenarbeiter von einem Personenzug überfahren. Beide waren sofort tot. Die Unglücklichen scheinen das Warnungssignal überhört zu haben.

Auf dem Eise eingedrückt. In Karlstad (Schweden) brach am Sonntagabend der sechsjährige Sohn eines Fabrikarbeiters auf dem Eise ein, ebenso die zu Hilfe geeilten Eltern und der achttjährige Bruder. Alle vier ertranken; die Leichen wurden am Sonntagabend gefunden.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Neutölk. Donnerstag, den 16. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Rathaus, Berliner Straße 63, neuer Sitzungssaal. Tagesordnung u. a.: Einführung der neuwahlgewählten Stadtratsmitglieder. Wahl des Stadtratsvorsitzenden, seines Stellvertreters, des Schriftführers, seines Stellvertreters und zweier Beisitzer.

Kaltberge-Waldersdorf. Dienstag, den 14. Januar, abends 8 Uhr, im Röhrenschichtsaal.

Spandau. Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Rathaus. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Vermehrung der Zahl der Stadtratsmitglieder zum 1. Januar 1914 von 48 auf 54.

Adlershof. Donnerstag, den 16. Januar, abends 6 1/2 Uhr, im Gemeindegarten, Bismarckstr. 1.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Arbeiter-Abstinenzband. Ortsgruppe Berlin W. Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung im Volkshaus, Charlottenburg, Rosenthalstr. 3. Vortrag des Genossen L. Jampelburg über: „Waffen mit die arbeitende Jugend über die Gefahren des Alkoholgenusses aufklären!“ Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn über Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Anwesenheitskarte beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

N. G. 30. 1. Kein. 2. Die Haushaltsgegenstände verbleiben in vollem Umfange dem Manne, der fällige Nachschuß zur Hälfte. Die andere Hälfte fällt an die Eltern. — **Selene.** Die Armenverwaltung kann die Anwaltskosten beschlagnehmen. — **G. Z. 1876.** Kein. — **M. 29. 82.** Ja. — **Petrus 13.** Ja. — **M. 1111.** 1. Befähigungsgewinn der Heimatsbehörde. Geburtsurkunde. 2. Kein. 3. Geburtsurkunde und das mit Rechtskraft versehenen Scheidungsurteil. 4. Der Mietvertrag besitzt keine Gültigkeit, falls der Verkauf freihändig erfolgt ist. — **Judenwalde 1000.** Der Mietvertrag kann vor Ablauf der im Vertrage festgesetzten Zeit nicht gelöst werden. Falls das Verprechen des Vorbesizers nachweisbar ist, können Sie auf Erfüllung klagen. — **S. 8. 77.** 1. Nachdem das Amtsgericht von dem Ableben Kenntnis erhalten hat, 2. Soweit die Abwesenheit dem Gericht bekannt ist, erhalten die Erben Bescheid. Es ist Sache der Erben, sich bei dem Amtsgericht zu melden. 3. Zuständig ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Erblasser verstorben ist. — **N. 30.** Falls der Antrag auf Erlass des Substanzabsechtes noch im vergangenen Jahre bei Gericht eingegangen ist, so ist dadurch die Verjährung nicht unterbrochen. Ist der Antrag aber erst in diesem Jahre gestellt, so kann Verjährung eingewendet werden. — **M. 29. 10.** Ist noch unentschieden.

Paul 13. Ihre Angaben reichen nicht aus, kommen Sie in die Sprechstunde. — **M. 6.50.** 1. Der Lieferant hat einen Zahlungsauftrag. 2. Ja. Da der Kautschuk als Frage kam. — **Glückwünschenberg.** In der Regel wird die Rente für die Zeit nach der Entlassung aus der Kasse an den Rentenempfänger bezogen, seinen gesetzlichen Vertreter angezählt. Stellen Sie einen dahingehenden Antrag bei der Armenverwaltung. — **W. 7. Warend.** H. G. Ja. Bei den jüdischen Feiertagen zweifellos, falls nicht anderes vereinbart ist. — **G. 7.** Falls Sie zur Kostenzahlung verurteilt sind und der Anwalt seine Kosten hat leisten lassen, kann die Vollstreckung durch einen Gerichtspolizier erfolgen. — **G. 7. 56.** Selbst wenn im Urteil das Eheverbot nicht ausgesprochen ist, so gilt es dennoch, wenn die Ehe wegen Ehebruch geschieden ist. Es kann bei dem Landgericht, welches die Ehe geschieden hat, ein Antrag wegen Verletzung vom Eheverbot gestellt werden. — **H. 9. 24/25.** 1. Läßt sich mir sagen, wenn die genaue Anzahl der Marken bekannt ist. 2. Kein. 3. Zahlungsunfähigkeit könnte eintreten. — **S. 1. 100.** Ja. — **G. 7. 100.** 1. und 2. Die Abfahrtszeiten erfahren Sie im Bureau des Norddeutschen Lloyd, Unter den Eichen 5. 3. Sie werden die Adresse nicht richtig schreiben. — **Johannisburg 2.** Zentrale für Auswanderer, Berlin NW, Karlshof 9/10. — **S. 8. 80.** Ihre Begehren hatten wir für berechtigt, empfehlen aber Rücksprache mit dem Rector. — **Wappen.** Deroldsbau, Wilhelmstr. 73. — **Zwei Genossen.** Ohne Angabe, welcher Kreis gemeint ist, kann die Frage nicht beantwortet werden. — **S. 29.** Geschäftsstelle: Otto Wölke, Brunnenstr. 84. — **W. 8. 3.** Schreiben Sie darüber nicht, es ist nicht erlesen. Ein neuer Verlag durch einen Fachmann. — **S. 6.** Vorsichtliches Einreiben mit grauer Salbe. Die Kleider stark erhitzen. — **Adina.** Basillienstadt der Karte. —



gr. **Stiller** 1867

Der Inventur - Verkauf

der alten Stiller-Firma beginnt am
Freitag den 17. Januar

